

Forum Pazifismus



Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

3 Ulrich Finckh

Deutsche Kriegspolitik – der falsche Weg;
Die Entwicklung der Bundeswehr zur Interventionarmee

7 Knut Krusewitz

Das Trugbild vom »demokratischen Frieden«
– oder: Zur Realdialektik von Frieden und Kriege

Diskussion

18 Wolfgang Sternstein

Hat der europäische Pazifismus versagt?

21 Joachim Schramm

Pazifismus ist mehr als direkte gewaltfreie Aktion

23 Reinhard J. Voß

Von falschen Freunden und schiefen Vergleichen

25 Andreas Buro

Die Friedensbewegung sagt nicht immer nur »Nein«

27 Matthias Engelke

Gegen falsche Alternativen

29 Ellen Diederich

»Die Waffen nieder« aktuell – Die Rolle von Frauen
beim Engagement gegen Kriege und Gewalt

33 Klaus Pfisterer

KDV-Statistik 2004

34 Karl-Klaus Rabe

»Gesegnete Unruhe« – Hans A. de Boer zum 80. Geburtstag

35 Rezensionen zu

Kramer/Wette: Recht ist, was den Waffen nützt; Sternstein: Mein Weg
zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit; Christian Herz: Kein Frieden mit
der Wehrpflicht; Nauerth: Handbibliothek Christlicher



Foto: Regine Liebrum

Liebe Leserin, lieber Leser,

»alle Jahre wieder«, könnte man denken, wenn wieder einmal »dem Pazifismus« Versagen vorgeworfen wird, weil Krieg und Völkermord nicht verhindert wurden.

»Robuster Pazifismus« lautete das Stichwort, unter dem der damalige grüne Staatsminister Ludger Volmer vor einigen Jahren eine solche Debatte über das Selbstverständnis und die Aufgaben des Pazifismus lostrat. Die Grünen hatten sich damals als Regierungspartei am NATO-Krieg gegen Jugoslawien beteiligt und dadurch ihr Gründungsprinzip »gewaltfrei« offen aufgegeben. Das Volmer-Gerede vom »robusten Pazifismus« hatte die Funktion, den »grünen Pazifismus« (sofern es ihn denn je wirklich gab!?) den »veränderten Rahmenbedingungen anzupassen«, ihn zu »modernisieren«. Das grüne Wählerpotenzial unter Friedensbewegten sollte gehalten werden, indem so getan wurde, als sei Krieg und Gewaltanwendung zu Gunsten humanitärer Ziele die richtige Methode – eben »robuster Pazifismus«. Auch wenn PazifistInnen sich damals mit ihren Argumenten einbrachten, so war doch klar, dass der Zweck der Debatte die Legitimierung von Militär und Krieg als Mittel der Politik war.

Jetzt hat Wolfgang Sternstein »dem Pazifismus« Versagen vorgeworfen, behauptet, er erschöpfe sich im Nein-sagen, und davon gesprochen, es gebe kein Gegeneinander, sondern ein Nebeneinander von Pazifisten und Bellizisten. Bei jemandem wie Wolfgang Sternstein, den man jahrelang aus gemeinsamer Arbeit kennt und der demnächst zum bereits neunten Male eine Gefängnisstrafe wegen seine gewaltfreien direkten Engagements absitzen muss, geht es sicher nicht um eine Legitimierung von Militär und Krieg. Seine Kritik ist auch deshalb in anderem Maße ernst zu nehmen als die damals von Volmer. Wir haben Sternstein gebeten, seine in einem Leserbrief in der »Frankfurter Rundschau« veröffentlichte Pazifismus-Kritik ausführlicher darzulegen. Gleichzeitig haben wir einige Menschen aus pazifistischen Organisationen gebeten, sich mit der Sternstein-Kritik auseinanderzusetzen. Sie lesen diese Debatte ab Seite 18 in dieser Ausgabe von Forum Pazifismus – und sollen sich gerne zu eigenen Beiträgen herausgefordert fühlen; wir wollen die Debatte in der nächsten Ausgabe fortsetzen.

Stefan K. Philipp

IMPRESSUM

Forum Pazifismus – Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

wird gemeinsam herausgegeben vom Internationalen Versöhnungsbund - deutscher Zweig, der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) mit der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, dem Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und der Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung PAX AN.

Verleger: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Redaktion: Kai-Uwe Dosch, Michael Schmid, Stefan K. Philipp (Leitung; v.i.S.d.P.)

Bestellschrift und Aboverwaltung:
Forum Pazifismus,
Postfach 150354, 70076 Stuttgart

Anzeigenverwaltung: SPS-Graphics, Postfach 150354, 70076 Stuttgart, Telefon: 0711/99337245; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.5.2004 gültig

Druck: GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart

Versand: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstr. 35, 70329 Stuttgart

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der Herausgeber. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht, muss aber mit der Redaktion vereinbart werden.

Erscheinungsweise: in der Regel vierteljährlich in der zweiten Quartalshälfte

Bezugsbedingungen: Forum Pazifismus kann nur im Abonnement bezogen werden. Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt 20.- Euro zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30. November schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Für Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes - deutscher Zweig ist der Bezug von Forum Pazifismus im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

Mitglieder der DFG-VK und des BSV können Forum Pazifismus zum ermäßigten Jahrespreis von 18.- Euro (zzgl. 2.- Euro für Verpackung und Versand) abonnieren.

Der Preis für das Förderabo I beträgt 30.- Euro, für das Förderabo II 40.- Euro; das Förderabo III zum Preis von 50.- Euro beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende (jeweils zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung).

ISSN 1613-9070

Redaktionsschluss war der 22. März 2005.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2005,

Redaktionsschluss ist der 15. Mai 2005.

Forum Pazifismus

Postfach 150354, 70076 Stuttgart

Fon 0711/636 5028, Fax 636 1376

eMail: Redaktion@Forum-Pazifismus.de

Internet: www.forum-pazifismus.de

Ulrich Finck

Deutsche Kriegspolitik – der falsche Weg

Die Entwicklung der Bundeswehr zur Interventionsarmee

»**I**m Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, dem Frieden der Welt zu dienen«, leitet die Präambel des Grundgesetzes die friedensstaatlichen Bestimmungen ein, die in den Artikeln 1 (Abs. 2), 4 (Abs. 3), 24, 25 und 26 (Abs. 1) festgelegt sind. Der nachträglich eingefügte Artikel 87 a GG legt die Streitkräfte zudem auf Verteidigung und die im Grundgesetz ausdrücklich genannten Aufgaben fest.

Trotz dieser Vorgaben unserer Verfassung ist die Bundeswehr mit Billigung des Verfassungsgerichtes an Kriegen in aller Welt beteiligt. Die juristische Hintertür, über die das ermöglicht wurde, war im Somalia-Urteil eine fragwürdige Interpretation von Artikel 24 GG. Die NATO, ein klassisches Militärbündnis, wurde zu einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit ernannt, so dass NATO-Einsätze im Grundgesetz verankert wurden. Das erfolgte gegen allen bisherigen Sprachgebrauch und gegen die Fachdiskussion der Konfliktforscher, die darunter gerade nicht Bündnisse, sondern Systeme verstehen, die über Fronten hinweg Sicherheit organisieren.

Im Streit über die neue NATO waren schon vorher vom Gericht die Ausweitung des NATO-Vertrages über das vereinbarte Bündnisgebiet hinaus, ihre Option zum Ersteinsatz von Massenvernichtung und die mögliche Missachtung von internationalem Recht der UNO nicht als Änderungen des NATO-Vertrages eingestuft, sondern behauptet worden, da das Ziel Friedensbewahrung geblieben sei, müsse der geänderte Vertrag nicht erneut dem Bundestag vorgelegt werden. NATO-Beschlüsse hebeln alle Friedensverpflichtungen aus, wenn der Bundestag zustimmt.

Folglich wurde nicht beanstandet, dass die Bundeswehr sich am Krieg gegen Jugoslawien zu Gunsten der separatistischen Albaner im Kosovo beteiligte, obwohl es keinen Auftrag des Sicherheitsrates gab. Die Begründungen waren unrichtig, insbesondere der angebliche serbische Hufeisenplan. Ähnlich daneben waren die Begründung und die Praxis beim Krieg in Afghanistan. Mit Hilfe der Drogenbosse und Warlords wurde die Regierung des Landes angegriffen, ohne vorher die verlangten Beweise der Verantwortung von Al Qaida für die Anschläge des 11. September 2001 offen zu legen. Die Sicherheitsratsbeschlüsse zu Afghanistan wurden missachtet. Die USA nannten den Krieg Selbstver-

teidigung, obwohl das Recht dazu endet, sobald sich der Sicherheitsrat eines Streitfalles annimmt. Dieser hatte aber schon erste Embargomaßnahmen beschlossen. Danach hatte also nur er das Recht, weitere Maßnahmen (z.B. militärische Einsätze) zu beschließen. Aber die USA setzten sich über das Völkerrecht hinweg, und die Bundeswehr beteiligte sich mit KSK-Einheiten an der Jagd auf die Taliban und Al Qaida – noch dazu absolut geheim, sogar gegenüber dem Deutschen Bundestag. Nicht einmal dem Verteidigungsausschuss wurde über die Aktionen berichtet, sondern vertraulich nur den Obleuten der Fraktionen im Ausschuss. Die Umstellung auf militärische Interventionen ist in den Verteidigungspolitischen Richtlinien klar ausgesprochen. Die militärischen Rüstungsprogramme und die zunehmende Ausrichtung auf Freiwillige entsprechen dem, und die Beispiele zeigen, dass wir uns in einer neuen Phase kriegerischer deutscher Politik befinden.

Die Presse kommentiert z.T., dahinter stecke das Bemühen um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, der über die hohen Beitragszahlungen hinaus nur mit aktivem militärischem Einsatz erreichbar sei. Da manche Einsätze an der UNO vorbei erfolgen, glaube ich das nicht. Ich sehe eher ein Bemühen um das Wohlwollen der USA, aber diese Beurteilung ist nicht so wichtig. Deutlich ist jedenfalls: Dies ist Kriegspolitik. Deshalb sollten wir auch neu über die Entwicklung der Bundeswehr nachdenken. Wir haben bisher besonders kritisiert, dass die Wehrpflicht Kriegsdienstverweigerer in schwierige Situationen bringt, radikale Verweigerer sogar kriminalisiert und insgesamt die Gesellschaft militarisiert. Diese Kritik bleibt notwendig. Sie wird unterstützt durch die Nazi-Begründungen der 1935 wieder eingeführten Wehrpflicht, die »Die Zeit« in der Ausgabe vom 24. Februar abgedruckt hat. Wir müssen – ohne die Kritik an der Wehrpflicht aufzugeben – jedenfalls überlegen, wie wir auch der kriegerischen Ausrichtung der Politik und der veränderten Bundeswehr entgegen treten können. Ich halte dafür mehrere Punkte für wichtig:

■ Verfassungstreue

Die Bundeswehr muss endlich – wie das schon die demokratische Bewegung 1847 in den Offenburger Forderungen des Volkes verlangt hat – auf

die Verfassung (im Grundgesetz also auch auf deren friedensstaatliche Ausrichtung) vereidigt werden. Das gab es in einigen deutschen Ländern 1848, doch wurde es bald widerrufen, weil die Militärs befürchteten, Soldaten könnten über die Verfassungsmäßigkeit von Befehlen diskutieren, statt einfach zu gehorchen.

Dann gab es die Vereidigung auf die Verfassung in der Weimarer Republik, das wurde aber von den Nazis sofort beendet. Dagegen ist der derzeitige Eid der freiwilligen Soldaten (wie auch das entsprechende Gelöbnis der wehrpflichtigen Soldaten) zu vage. Wer zur Bundeswehr geht, verspricht Verteidigung von »Recht und Freiheit des deutschen Volkes«. Das ist unklar im Blick auf deutsche Minderheiten in anderen Staaten und ebenso unklar im Blick auf die nationalen Minderheiten in Deutschland. Es ist aber nicht die Verpflichtung auf die Verfassung des Staates. Weiterhin wird versprochen, »der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen«. Das ist eine Aussage ohne Inhalt im Blick auf das, was befohlen wird, nur Gehorsam als solcher. Eine Vereidigung auf das Grundgesetz würde dagegen auf Friedenswahrung und Vorrang internationaler Streitschlichtung verpflichten, den Schutz und die Grundrechte aller in Deutschland lebenden Menschen einbeziehen, aber die staatlichen Grenzen klar achten und das Handeln des Militärs zugleich an das Völkerrecht binden.

Wenn der Verteidigungsminister von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch spricht, ist das keine inhaltliche Begründung des Gehorsams, sondern zeigt nur Willkür, bestenfalls die Verlegenheit, etwas als Verteidigung ausgeben zu müssen, was damit nichts zu tun hat. Vollends unsinnig wird die Benutzung des Begriffs Verteidigung für die Wahrung von Interessen im Bereich von Handel, Kommunikation und Zugang zu Ressourcen, wie es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien geschieht.

Keine Berufsarmee

Auch wenn wir eigentlich gegen jede nationale Armee sind, kann uns die Gestaltung der Bundeswehr, solange sie besteht, nicht gleichgültig sein. In der Diskussion über eine Wehrpflicht- oder Berufsarmee müssen wir darauf dringen, dass statt einer an lebenslangem Dienst orientierten Berufsarmee mit der Gefahr einer zu starken Eigenentwicklung allenfalls eine Freiwilligenarmee mit zeitlich begrenzten Dienstzeiten geregelt wird. Diese Freiwilligen dürfen aber nicht schon – wie das derzeit möglich ist – als pubertierende 16- oder 17-Jährige verpflichtet werden, die dann durch möglichst rabiaten Auftreten ihre Männlichkeit beweisen wollen. Wohin das führt, haben wir gerade an den Misshandlungen von Gefangenen durch Angehörige der US-Army und der britischen Armee im Irak studieren können.

Aus unserer deutschen Geschichte ist an die Untaten der Waffen-SS zu erinnern, die ihre Freiwilligen schon unter 15-Jährigen angeworben hat, weil man Pubertierende leichter mit dem Appell an ihre noch fehlende, aber ersehnte Männlichkeit fangen und zu verbrecherischem Tun bringen kann.

UNO-Polizei

Als stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen hat der deutsche General Eisele, der für die Blauhelmeinsätze zuständig war, vorgeschlagen, die UNO von nationalem Militär und den Interessen der Nationalstaaten unabhängig zu machen und eine UNO-Polizeitruppe aufzustellen. Er wollte sie finanzieren durch die Kosten, die die Mitgliedsstaaten bei gleichzeitiger Verringerung ihres nationalen Militärs einsparen.

Wenn die UNO Sicherheit und Frieden garantieren kann, wird nationales Militär überflüssig, denn Sandsäcke schleppen, wenn ein Deich bricht, kann man auch ohne Schießausbildung. Die deutsche Reaktion auf den sinnvollen Vorschlag war, dass Verteidigungsminister Volker Rühle Eisele sofort abberief, und die Regierung sich danach wunderte, dass kein Deutscher mehr an leitender Stelle in den Vereinten Nationen vertreten war.

Völkerrecht achten

Wir müssen uns die Mühe machen, geltendes internationales Recht Ernst zu nehmen und dafür einzutreten. Die Charta der Vereinten Nationen legt klar fest, dass – abgesehen von der unmittelbaren Verteidigung bis zum Einschreiten der UNO – nur der Sicherheitsrat militärische Einsätze beschließen kann.

Dagegen wird regelmäßig gesagt, dieser sei manchmal nicht handlungsfähig. Das stimmt, ist aber vor allem eine Herausforderung an die Diplomatie. Häufig wird der Rat aber auch übergangen, nicht zuletzt von unseren Verbündeten.

Wenn wir Frieden wollen, müssen wir von unserer Regierung und den internationalen Organisationen verlangen, dass sie das Völkerrecht achten und mit ihren immer wieder betonten Ansprüchen an Rechtsstaatlichkeit in der Beachtung des internationalen Rechtes beispielhaft voran gehen. Auch Recht, das nicht rabiat sanktioniert werden kann, ist Recht und muss beachtet werden, wenn wir eine friedliche Welt wollen. Wer so mächtig ist, dass er sich über das Recht hinwegsetzen kann, ohne Sanktionen fürchten zu müssen, muss als erster mit gutem Beispiel voran gehen, sonst kommen wir nie zu rechtlich geregelterm Frieden auf der Welt. Und angesichts der technischen Entwicklung sind auch für die Mächtigsten Frieden und Recht Voraussetzungen lebenswerten Lebens, erst recht für kleinere Staaten wie unseren.

■ Krieg löst keine Probleme

Je mehr Interventionstruppen zur Verfügung stehen, desto größer ist die Gefahr rascher militärischer Aktionen. Die Achtung des Völkerrechtes verlangt von uns, dass wir uns die Mühe machen, Konflikte, an denen die NATO oder unser Land beteiligt sind oder sich beteiligen wollen, genau zu analysieren und detailliert und öffentlich die Kritik zu üben, die Pazifisten an kriegerischen Interventionen haben. Wir sehen doch ständig, dass Militäreinsätze mehr schaden als nützen und deshalb schon nach den alten Regeln vom gerechten Krieg, die jetzt auch als UN-Vorschlag auftauchen, nicht zulässig sind.

Die Leiden der Bevölkerung, weil man ein paar Regierende bestrafen will, sind nicht zu rechtfertigen. Und die durchsichtigen Interessen an Öl oder anderen Ressourcen in Nahost und Mittelasien rechtfertigen erst recht keine Kriege.

■ Rechtzeitig vermitteln

Zu einer friedlichen Welt gehört, dass wir dafür werben, sich anbahnende Konflikte rechtzeitig mit friedlichen Mitteln anzugehen.

Im Kosovo gab es mindestens zehn Jahre lang vor dem Ausbruch der Gewalt ständig Probleme und Unrecht gegenüber der albanischen Bevölkerung, die immer wieder mit friedlichen Protesten das Unrecht kritisiert hat. Als dann gar die Autonomie der Provinz aufgehoben und damit die jugoslawische Verfassung von serbischer Seite gebrochen wurde, hätte der Westen dringend etwas tun müssen, statt zu warten, bis die Unterdrückten sich mit Drogen- und Menschenschmuggel das nötige Geld für Waffen besorgten. Aber erst, als gewalttätige Separatisten die Macht hatten und die Fernsehbilder zu kriegerischem Einsatz drängten, wurde eingegriffen. Aus friedlichem Protestieren war inzwischen eine separatistische Bewegung geworden, deren Führung nicht mehr am Recht, sondern nur noch an Gewalt und Rache interessiert war.

■ Kriegslügen entlarven

Regelmäßig haben wir erlebt, dass Kriege mit Lügen begründet wurden. Das war so im Zweiten Weltkrieg mit dem von der SS in polnischen Uniformen verübten Überfall auf den Sender Gleiwitz. Das war so zum Beginn des Vietnamkrieges, als ein US-amerikanischer Zerstörer in vietnamesische Hoheitsgewässer eindrang und die vietnamesische Abwehr als Überfall in internationalen Gewässern dargestellt wurde. Das war so mit der Fiktion des Hufeisenplanes im Kosovo und mit der Behauptung von Massenvernichtungsmitteln im Irak, um nur die bekanntesten Beispiele zu zitieren. Wir dürfen nicht müde werden, die Erinnerung daran wach zu halten, um die Öffentlichkeit und die Sol-

datinnen und Soldaten damit kritisch zu machen. Ginge es den USA und Europa um humanitäre Hilfen, hätte man nicht in Kambodscha und Ruanda wegsehen können.

■ Polizei statt Militär

Uns wird ständig entgegen gehalten, gegen große Gewalt könne nur Militär etwas ausrichten. Innerstaatlich und auch in manchen internationalen Konflikten wird aber durchaus mit Erfolg Polizei eingesetzt. Polizisten werden nicht ohne Grund drei Jahre lang ausgebildet und haben ganz andere Vorgehensweisen als das viel schlechter ausgebildete Militär.

Ich mache mir das gern an dem Beispiel klar, was gegen eine Verbrecherbande unternommen würde, die in einem Ort oder Land ihr Unwesen treibt. Polizei würde sie unter möglicher Schonung der Bevölkerung suchen, um sie dingfest zu machen und den Gerichten zu übergeben. Militär würde einfach den Stadtteil oder gar das ganze Land bombardieren – siehe Afghanistan und Irak. Wie wenig das hilft, sieht man in beiden Ländern zur Genüge. Und wie katastrophal das für die Zivilbevölkerung ist, sieht man dort auch. Umso mehr müssen wir auf andere Wege setzen.

Dass schließlich auch gegen staatliche Gewalt friedlicher Widerstand etwas ausrichten kann, haben wir in letzter Zeit mehr als einmal gesehen, zuletzt in der Ukraine. Das zu unterstützen und im übrigen Geduld zu haben, scheint mir besser als jede kriegerische Intervention.

■ Recht, nicht Gewalt weiterentwickeln

Wenn wir unsere selbst gestellte Aufgabe Ernst nehmen, für eine Kultur des Rechtes und des Friedens einzutreten, dann müssen wir darauf bestehen: Eine andere Welt ist möglich. Das gilt auch für den Übergang zu einer Weltinnenpolitik und zu Verhaltensweisen, die dem angemessen sind.

Die Rede von der internationalen Gemeinschaft ist eine hohle Phrase und meint in der Regel nur die USA und ihre Verbündeten (um nicht zu sagen Satelliten), manchmal nur die USA und ihre Mitläufer, die »Willigen«.

Die Menschheit weiß aus bitterer Erfahrung, welches Übel Krieg ist. Die Gründung des Internationalen Schiedsgerichtshofes in Den Haag vor dem Ersten Weltkrieg, des Völkerbundes nach dem Ersten und der UNO nach dem Zweiten Weltkrieg waren deshalb Versuche, das Übel des Krieges zu bannen.

Wir dürfen nicht hinter solche Ansätze zurück, sondern müssen diese offensiv aufnehmen und gegen den Umbau der Bundeswehr und die dahinter stehende Kriegspolitik ebenso angehen wie gegen die Verpflichtung zur ständigen Aufrüstung der EU-Verfassung. Stattdessen müssen wir fordern,

dass Ansätze wie die OSZE und manche einzelnen internationalen Verträge ausgebaut werden.

■ Gewalt führt zu neuer Gewalt

Die teure Umrüstung der Bundeswehr ist mehr noch als der Übergang auf eine Freiwilligenarmee Teil der Vorbereitung auf Interventionskriege. So vernünftig es war, dass Deutschland trotz aller indirekten Unterstützung der USA wenigstens im Irak-Krieg nicht direkt mitgemacht hat, so bedrohlich ist die Entwicklung in Richtung auf kriegerische Interventionen.

Es muss dabei bleiben: Krieg ist ein Verbrechen, und daran dürfen wir uns nicht beteiligen. Wir müssen ihn als solches bezeichnen und für die positive Alternative einer Politik der Verständigung, des Ausgleichs und des internationalen Rechtes eintreten. Dazu ist jede Kriegsdienstverweigerung ein persönlicher Beitrag und jeder Friedensdienst, wie ihn viele Mitgliedsverbände der Zentralstelle KDV organisieren, eine sichtbare Werbung.

Eingreifen mit Gewalt birgt immer die Gefahr neuer Gewalt, sei es als Korrektur der erzwungenen Entscheidung, sei es einfach als Rache. Dabei sind die Schäden kriegerischer Eingriffe in aller Regel für die betroffenen Menschen katastrophal, oft sogar für viele Unbeteiligte tödlich, nicht etwa nur für die kämpfenden Truppen.

■ Zivile Hilfe ist billiger und besser

Diskutieren sollten wir auch, mit welchen Mitteln die Interventionsarmee beworben wird. Die vertretbaren Einsätze im Auftrag der UNO sind das eine, humanitäre Einsätze das andere Mittel der Propaganda. Zuletzt war es der Truppenversorger »Berlin« der Bundeswehr, der nach der Tsunami-Katastrophe in Indonesien geholfen hat. Das war sicher hilfreich und insoweit nicht zu beanstanden. Aber das Rote Kreuz und andere Hilfsorganisationen können auch Hilfskrankenhäuser aufbauen und den von der Flut beschädigten Kliniken bei der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit helfen. Es ist einfach nicht wahr, wenn behauptet wird, dafür brauche man Militär. Unangemessen war, dass die Berichterstattung der Medien ausgerechnet die militärische Hilfe immer wieder zeigte, obwohl zugleich im großen Umfang für Spenden geworben wurde. Da hätte es näher gelegen, vor allem über die zivile Hilfe zu berichten.

Bei der »Berlin« handelte es sich schließlich – und das wurde stets verschwiegen – um ein Schiff, das Nachschub aller Art, nicht zuletzt Munition und Treibstoff, dazu Werkstattkapazitäten und ein Lazarett als Hilfe für landunabhängige Kampfhandlungen bereit hält. Dass man damit auch ziviles Hilfs-

material transportieren kann, ist klar. Aber wegen der militärischen Nutzbarkeit ist ein solches Versorgungsschiff viel teurer, viel unrentabler als jede normale zivile Versorgung. Ähnliches gilt für Kampfhubschrauber. Auch solche Ungereimtheiten sollten wir ansprechen.

■ KDV-Recht für Freiwillige

Zum Schluss möchte ich auf ein Problem hinweisen, das mir aufgefallen ist, als ich für einen Artikel über Kriegsdienstverweigerung in Europa bei verschiedenen Botschaften nach den Regelungen ihrer Staaten gefragt habe.

Die Militärattaches der Länder mit Freiwilligenarmeen antworteten durchweg, das Problem KDV gebe es bei ihnen nicht, weil nur Freiwillige zum Militär gehen. Wir wissen aber, dass auch Freiwillige nachträglich verweigern können, wenn sie merken, was Krieg für die Menschen in Kriegsgebieten bedeutet. Selbst in Friedenszeiten kann es nach Unfällen, Übungen, Unterricht oder Waffenvorfürungen zu neuen Gewissensentscheidungen gegen Kriegsdienst kommen. Das betrifft bisher wenige, die in unserem Land erfreulicherweise derzeit keine besonderen Schwierigkeiten haben. Beim Krieg um das Öl in Kuwait haben wir aber bei US-amerikanischen und britischen freiwilligen Soldatinnen und Soldaten gesehen, wie leicht es zu Strafverfahren und Repression kommt, wenn eine KDV erst im kriegerischen Einsatz beantragt wird.

Je mehr kriegerische Interventionen es gibt und je erfolgreicher unsere Kritik daran wird, desto mehr werden wir auch nachträglichen Verweigerern helfen müssen. Denn eines dürfen wir nicht vergessen: Für die derzeitige liberale Handhabung gibt es keine Garantie. Immer noch ist KDV ein Recht, das nur auf Antrag nach staatlicher Überprüfung als eine Art Privileg verliehen wird, kein wirkliches Grundrecht. Es ist eher die Karikatur eines solchen und vor staatlichen Übergriffen nicht sicher. Deshalb dürfen wir nicht müde werden, die unmittelbare Geltung dieses garantierten Grundrechtes zu fordern. Wenn Leute verweigern, die sich vorher freiwillig zur Bundeswehr gemeldet hatten, sind sie ganz besonders darauf angewiesen, dass dieses Recht der KDV als Grundrecht beachtet wird.

Ulrich Finckh war bis zu seiner Pensionierung evangelischer Pastor und ist Mitglied im Versöhnungsbund. Der hier veröffentlichte Text wurde als Referat auf der Mitgliederversammlung der Zentralstelle KDV, deren Vorsitzender Finckh bis Ende 2003 mehr als 30 Jahre lang war, Anfang März in Berlin gehalten.

Knut Krusewitz

Das Trugbild

vom »demokratischen Frieden«

- oder: Zur Realdialektik von Frieden und Kriege

In den Mitgliedsstaaten der Nordatlantischen Allianz (NATO) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Europäischen Union (EU) macht seit Ende des Kalten Krieges die Rede vom »demokratischen Frieden« eine beachtliche wissenschaftliche und mediale Karriere. Die meisten Interpreten erklären ihren Erfolg mit den normativen, rationalen und institutionellen Stärken demokratisch verfasster Gesellschaften:

- In Demokratien stellten Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die friedliche Lösung von Konflikten »hohe und weitgehend internalisierte Werte dar, die auf die internationalen Beziehungen übertragen werden«;

- demokratische Gesellschaften vermieden Kriege, da sie »das Verlustrisiko für ihr Leben und ihren Besitzstand« steigern, und »Zerstörungen immense Folgekosten für die Gemeinschaft nach sich ziehen«;

- solche normativen und materiellen Interessen würden durch demokratische Institutionen gesichert, weil sie es ermöglichten, kollektive Friedensinteressen »politisch auch gegen Partikularinteressen durchzusetzen.« Dadurch käme ihnen »eine friedensfördernde Funktion zu«. Sie behinderten oder verlangsamten »die Vorbereitung eines Krieges beziehungsweise die Entscheidung zum Krieg unter anderem durch die Transparenzpflichten der Exekutive, die Gewaltenteilung und die Pressefreiheit.«¹⁾

Und weil Demokratien dauerhaft friedensfähig seien, könne die »Gewalt in der Welt« nur von denjenigen ausgehen, »die mit Intoleranz, Fundamentalismus, brutalem Machtstreben die der Demokratie zugrunde liegenden Prinzipien verletzen.« Dies Credo bestimmt »weitgehend unser Alltagsdenken über Krieg und Frieden sowie in weiten Zügen unsere Außen-, Sicherheits-, und Entwicklungspolitik. Es kritisch hinterfragen zu wollen, mag manchem wie eine Ketzerei erscheinen.«²⁾

Das tatsächliche Friedensverhalten europäischer und nordamerikanischer Demokratien könnte der Ketzerei allerdings scharenweise neue Anhänger zutreiben, allemal umwelt- und wirtschaftswissenschaftlich argumentierende.

Aus dieser disziplinären Sicht formuliere ich zunächst sechs Thesen, die ich anschließend, wenn nötig, ausführlicher begründe.

These 1: Es waren »friedliche« Demokratien, die allein im Zeitraum zwischen 1991 und 2003 ohne Selbstverteidigungsgrund bereits sieben Mal Krieg geführt haben: Gegen Irak 1991 (Golfkrieg), in Somalia 1993, in Bosnien 1994/95, im Irak 1998 (Operation »Desert Fox«), gegen Jugoslawien 1999, gegen Afghanistan 2001 und gegen Irak 2003. Das ist ein beachtlicher Widerspruch zum vorherrschenden Selbstverständnis³⁾, ein Urteil, das unmittelbar einleuchten dürfte.

These 2: Wer das Modell des »demokratischen Friedens« ausschließlich normativ, materiell und institutionell begründet, erkennt weder seine Beziehung zum frühbürgerlichen »liberalen Frieden« noch seine weltgesellschaftlichen und biosphärischen Konsequenzen. Leider begehen auch herausragende Kritiker des Modells⁴⁾ diese folgenschweren Fehler. Über Gründe und Konsequenzen wird in diesem Beitrag ausführlich zu reden sein.

These 3: Der Annahme, Demokratien seien grundsätzlich friedlich, ist das militärökonomische Verständnis des Kalten Krieges immanent. Es besagt: Investitionen für Hochrüstung, Streitkräfte und Kriege beeinflussen das Wirtschaftswachstum positiv, sie stabilisieren die Konjunkturentwicklung, wirken sich günstig auf Beschäftigung, Nachfrage und Regionalentwicklung aus, forcieren den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und heben den Lebensstandard.⁵⁾ Diese Argumentation ist das Ergebnis einer militärspezifischen Unmündigkeit westlicher Demokratien, die vor vierzig Jahren einem Vorsitzenden des Streitkräfte-Ausschusses des US-Senats noch auffiel, ein Vorfall, der heute absurd erschiene: »Es gibt etwas an der Vorbereitung

1) Mölling, Christian: »Mittel und Methoden der Kriegsführung demokratischer Staaten«. In: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.): Demokratien im Krieg. AFK-Friedensschriften Bd. 31; Baden-Baden 2004; S. 204 f.; Meyers, Reinhard: »Krieg und Frieden - Zur Entwicklung von Konflikt- und Kooperationsformen im 20. Jahrhundert«. In: Wichard Woyke (Hrsg.): Krieg und Frieden. Schwalbach/Ts. 2003; S. 8-22

2) Müller, Harald: »Sind Demokratien wirklich friedlich?« In: HSFK-Standpunkte. Beiträge zum demokratischen Frieden. Heft 2/2001; S. 1

3) Müller, ebda.

4) Schweitzer, Christine/Björn Aust/Peter Schlotter (Hrsg.): Demokratie im Krieg. Baden-Baden 2004

5) kritisch: Vilmar, Fritz: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Überarbeitete und aktualisierte Ausgabe, Frankfurt am Main 1973; S. 157 ff.; Hoffmann, Lutz: »Was kostet die Hoffnung auf Frieden? Einige wirtschaftliche Aspekte der Rüstung«. In: Universität Regensburg (Hrsg.): Interdisziplinäres Kolloquium: Beiträge der Wissenschaft zu Krieg und Frieden, o. O. o.J. (Regensburg 1983); S. 123-144

der Zerstörung, das die Menschen dazu bringt, unbekümmerter Geld auszugeben, als sie das tun, wenn es sich um konstruktive Zwecke handelt. Ich weiß nicht«, fuhr der damalige Senator Richard B. Russell fort, »warum das so ist; aber in einem Zeitraum von fast dreißig Jahren im Senat habe ich beobachtet, dass an dem Kauf von Waffen, mit denen man tötet, zerstört, Städte ausradiert und große Transportsysteme auslöscht, etwas dran ist, das die Menschen dazu bringt, nicht so mit dem Dollar zu rechnen, wie sie das tun, wenn sie sich mit angemessenem Wohnungsbau und der Sorge für die Gesundheit menschlicher Lebewesen befassen.« Ein »niederschmetternderes Urteil«, urteilten die einst bedeutenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Paul Baran und Paul Sweezy, »über die gesamte Gesellschaft ist kaum vorstellbar.«⁶⁾

These 4: Wer Gründe für die genannten Fehlnahmen des »demokratischen Friedens« untersucht, stößt möglicherweise auf einen brisanten Befund – die Begrenztheit des »liberalen« Friedensprojekts im 19. und des »demokratischen« im 21. Jahrhundert. Für die Annahme, dass die Funktionsbedingungen des »demokratischen Friedens« weltgesellschaftlich und weltökologisch nicht verallgemeinerbar sind, sprechen beachtliche historische, ökonomische und ökologische Daten. So findet sich in einem Weißbuch der EU-Kommission über Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert (1994) die selbstkritische Erkenntnis, in der Europäischen Gemeinschaft seien während des Kalten Krieges viele politische Entscheidungen zustande gekommen, die mit dem Ziel einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung nicht mehr vereinbar seien, weshalb die EU ein »tauglicheres Wirtschaftsmodell« entwickeln müsse.

These 5: Aus der These, die Funktionsbedingungen des »demokratischen Friedens« seien weltgesellschaftlich nicht verallgemeinerbar, folgt nicht, westliche Demokratien seien friedensunfähig. Darauf verweist jedoch eine andere Feststellung. Wären die Sieger des Kalten Krieges tatsächlich friedensfähig, hätten sie den epochalen Rio-Prozesses mit seinem weltgesellschaftlichen Sustainability-Gebot genutzt, um Schritte zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung einzuleiten.⁷⁾ Bekanntlich wählten sie das Gegenprogramm. Sustainability (Nachhaltigkeit) ist der Inbegriff für das Gegenmodell einer Realität, in der bislang noch stets die Gesellschaft gewinnt, deren Eigentums- und Machtverhältnisse gewährleisten, dass der Mensch seinesgleichen ausbeuten und die Natur

am umfassendsten, rücksichtslosesten und raffiniertesten verwerten darf. Der Westen entschied sich gegen eine nachhaltigkeitsgestützte Abrüstungsplanung, obwohl mit dem Konzept des frühbürgerlichen »liberalen Friedens« eine universelle Entmilitarisierungstheorie und mit den vertragsreifen Entwürfen für allgemeine und vollständige Abrüstung der USA und der UdSSR von 1962/1963 ein faszinierendes Abrüstungskonzept vorlagen. Die sowjetisch-amerikanischen Entwürfe befürworteten »die völlige Eliminierung der militärischen Gewalt in den Händen der einzelnen Staaten«, so dass kein Staat der Welt mehr über »militärische Machtmittel verfügen« sollte, »die er gegen andere Länder einsetzen kann.«⁸⁾

These 6: Warum die Propagandisten des »demokratischen Friedens« nach der Selbstauflösung des Warschauer Vertrages (1991) daran nicht anknüpfen, lässt sich nicht nur mit ihrer nachhaltigkeits- und konversionsökonomischen Unmündigkeit erklären. Dazu kommt ihre doppelte wissenschaftliche Befangenheit. Sie sind zum einen befangen gegenüber dem »modernen militärischen Establishment«⁹⁾, das sich mit dem militärisch-industriellen Komplex eine »demokratische« Institution schuf, die nicht nur in den USA von Parteien, Parlamenten und Regierungen mit überragender Macht ausgestattet wurde.¹⁰⁾ Das militärische Establishment in den mächtigsten Demokratien beeinflusste schon während des Kalten Krieges das Tempo und die Form der Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung, weshalb es nach Kriegsende alle Bemühungen um tatsächliche Abrüstungen nachgerade spierisch hintertreiben konnte.¹¹⁾

Zum ändern sind sie befangen gegenüber radikalpazifistischen Folgen einer entmilitarisierten Welt, wozu in den westlichen Demokratien die Konversion ihrer Ökonomie des Todes¹²⁾ in eine Ökonomie der Friedenskultur gehört, die wiederum eine Sustainabilisierung des Globalisierungsprozesses¹³⁾ ermöglichen würde. Als integrierende Verpflichtung für Gesellschaft, Politik, Verwaltung, Militär und Wirtschaft hätte Sustainability die Transformation wachstums-, profit- und gewaltorientierter Arbeitsgesellschaften in nachhaltige Wirtschaftsgesellschaften zur Folge, die, weil sie

6) Baran, Paul A./Paul M. Sweezy: Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; Frankfurt am Main 1967; S. 205
7) Krusewitz, Knut: »Umweltfolgen permanenter Kriegsbereitschaft – Beziehungen zwischen militäroökologischen Zyklen, Kriegsvölkerrecht und Sustainability«. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Konturen einer militärischen Globalisierung. Münster 2004; S. 133 f.

8) Vereinigung Deutscher Wissenschaftler: Die amerikanischen und sowjetischen Vorschläge für eine allgemeine und vollständige Abrüstung und die Atomsperrverträge bis 1967. Göttingen 1967; S. 32
9) Galbraith, John Kenneth: Die Herrschaft der Bankrotteure. Der wirtschaftliche Niedergang Amerikas. Hamburg 1992; S. 164
10) Eisenhower, Dwight D.: »Military-Industrial Complex Speech«. In: ders.: Public Papers of the President. Washington 1960; S. 1035-1040
11) Krysmanski, Hans Jürgen: Hirten und Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research. Mit einem Beitrag von Rainer Rilling. Münster 2004; S. 99 f.; S. 143
12) Barnet, Richard J.: Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes. Mit einem Beitrag von Claus Grossner. Reinbek 1971
13) Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1994: Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart 1994 Wehler, 2001, S. 106

nur noch qualitativ wüchsen, tatsächlich friedensfähig werden könnten.

Gewiss, mit solchen Einwänden ist das Credo, wonach nur die Demokratisierung der Weltgesellschaft eine erfolgversprechende Friedensstrategie sei, wegen der Dominanz des militärisch-industriellen Komplexes in demokratischen Gesellschaften und der Dominanz des Kapitalismus im Weltsystem nicht zu erschüttern.

Dennoch wollen wir den Entstehungszusammenhang des »demokratischen Friedens«, seine Funktionsbedingungen und seine weltgesellschaftlichen Konsequenzen genauer durchleuchten, weil die Realdialektik von Frieden und Krieg kaum anders darstellbar wäre.

■ Zur Dialektik von Frieden und Krieg

Von der liberalen zur imperialistischen Friedensordnung

Beginnen möchte ich den empirischen Teil mit der Fragestellung, wann die Programmatik vom »liberalen Frieden« entstand, wie sie begründet wurde, an wen sie sich richtete und warum sie obsolet wurde.

■ Das frühbürgerliche Ideal vom »liberalen Frieden«

Die Behauptung, Demokratien seien friedfertiger als andere Regime, geht in Europa zurück auf die politischen und ökonomischen Verheißungen des frühbürgerlichen Nationalliberalismus. Diese politische Bewegung war das Ergebnis zweier Revolutionen: Der französischen Revolution, die das Ancien Régime stürzte und der industriellen Revolution, die den feudal-bornierten Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur überwand. Beide bewirkten zusammen mit der französischen Aufklärung und der englischen liberalen Nationalökonomie den epochalen Wandel von der feudalen Agrar- zur kapitalistischen Industriegesellschaft. Ihre vielschichtigen sozialen, ökonomischen, rechtlichen und politischen Folgeerscheinungen brachten auch ein neues friedenspolitisches Denken hervor. Die politische »Utopie des aufsteigenden Nationalismus« gründete auf dem Versprechen, »nach der Beseitigung der bisher dominierenden Konfliktursachen – des monarchischen Ehrgeizes, der das Ansehen der Dynastie und des Fürstenstaates immer wieder mit dem Mittel des Krieges steigern wollte, überhaupt des kompetitiven aristokratischen Rivalitätsdenkens –, die im Prinzip friedliche Welt der bürgerlichen Nationsgenossen heraufzuführen.« Und ihrem »Interessenausgleich im Inneren entspreche«, so die Folgerung, »geradezu natürlich die friedliche Koexistenz aller Nationalstaaten, denen die Unruhefelder des fürstlichen Kräftemessens ganz und gar abgingen.«¹⁴⁾

Gleichsam »verwissenschaftlicht« wurde die politische Vision einer »liberalen Friedensordnung« durch die klassische bürgerliche Ökonomie. Ihre Urheber, namentlich Adam Smith, David Ricardo und John Stuart Mill, wollten erklären, warum die bürgerliche Gesellschaft sich von den vorangegangenen feudalen und theokratischen Gesellschaften wesentlich unterschied: Sie sei die erste, die Macht nun ökonomisch ausüben könne, weshalb physische und militärische Gewaltanwendung dauerhaft verzichtbar seien. Eine entsprechende Begründung von Mill lautete: »Es war vergeblich, Gefühle der Brüderlichkeit unter den Menschen nur durch moralischen Einfluss zur Geltung zu bringen, so lange nicht zugleich das Bewusstsein der Gemeinschaftlichkeit der Interessen begründet werden konnte; und dieses Bewusstsein verdankt man dem Handel. Der Handel ist es, welcher rüstig zu Werke geht, um Kriegführung in Vergessenheit zu bringen, indem er die versöhnlichen Interessen, welche in natürlicher Opposition gegen den Krieg stehen, mehr und mehr stärkt und vervielfältigt. Und weil aller Wahrscheinlichkeit nach Krieg jetzt das alleinige Ereignis ist, welches das Fortschreiten der menschlichen Entwicklung für längere Zeit wieder zurückdrängen könnte, so darf man ohne Übertreibung behaupten, dass die große und rasche Zunahme des internationalen Handels, indem sie die hauptsächliche Garantie des Weltfriedens ist, zugleich die große dauerhafte Sicherheit gewährt für das ununterbrochene Fortschreiten der Ideen, Staatseinrichtungen und des Charakters des Menschengeschlechts.«¹⁵⁾

Krieg bewerteten die englischen Klassiker als Ergebnis nicht funktionierender und durch staatlichen Dirigismus gelenkter Marktbeziehungen, Frieden dagegen als notwendige Konsequenz des Freihandels mit seinen wachsenden Warenmengen und zunehmenden Finanzströmen. Jede militärische Variante der Machtpolitik kritisierten sie als zu kostenträchtig, Rüstung und Streitkräfte als unproduktiv. »So sind z.B. der Monarch und alle seine Civil- und Militärbeamten mit der ganzen Armee und Flotte, unproduktive Arbeiter. Sie sind die Diener des Volkes und empfangen ihren Unterhalt durch einen Teil vom Jahresprodukt des Fleißes anderer Leute.«¹⁶⁾ Und noch Mitte des 19. Jahrhunderts machten liberale süddeutsche Ökonomen »Rüstungsausgaben für die Armut bestimmter Bevölkerungsgruppen verantwortlich.«¹⁷⁾

Dauerhaft friedliche Verhältnisse würden sich einstellen, wenn rationale, technokratische Indu-

14) Mill, John Stuart: Grundsätze der politischen Ökonomie nebst einigen Anwendungen auf die Gesellschaftswissenschaft. Bd. 2, Hamburg 1852; S. 35

15) Smith, Adam: Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes. Bd. II, 2. durchgesehene und verbesserte Aufl., Berlin 1906 (zuerst 1775/1776); S. 78

16) Pribram, Karl: Geschichte des ökonomischen Denkens. Bd. I+II, Frankfurt am Main 1992; Bd. I, S. 390

17) Mann, Michael: Geschichte der Macht. Bd. 3, Teil II, Frankfurt - New York 1998; S. 153 f.

strielle und Bankiers regierten, Profit an die Stelle von kolonialer Ausplünderung trete, Mehrwert fortan durch rein ökonomische Mittel erzielt würde, Markt und Arbeitsteilung sich selbst regulierten, sobald sie erst einmal Wirklichkeit geworden seien. Macht hatte außerdem eine internationale Dimension, weil Europa sich transnational industrialisierte. Als Ergebnis würde es sich zwangsläufig zum Zentrum »einer Weltwirtschaft und Weltgesellschaft« entwickeln, die dem Krieg seine wesentlichen Ursachen entzogen habe.¹⁸⁾

Die historische Bedeutung der Annahmen über die Funktionsbedingungen des »liberalen Friedens« besteht in der rational-aufklärerischen Analyse von Frieden und Krieg. Sie unterstellte Kriegsursachen nicht mehr als naturwüchsig oder schicksalsverordnet und wies Frieden als planbar nach. Dadurch ebnete sie den Weg für alle späteren wissenschaftlichen Arbeiten über Kriegsgründe und Friedensbedingungen.

Das Bürgertum wurde imperialistisch, weshalb es die Funktionsbedingungen einer »liberalen Friedensordnung« zerstörte

Die sympathische bürgerliche Friedensmission scheiterte gegen Ende des 19. Jahrhunderts am Bürgertum selber. Sein liberales Nationalstaats-Konzept erwies sich als unfähig, »Probleme des innergesellschaftlichen und außenpolitischen Friedens befriedigend lösen zu können.«¹⁹⁾ Dafür waren mehrere Gründe verantwortlich.

1. England verlor durch die industriellen Revolutionen in mehreren Staaten sein Monopol auf dem Weltmarkt, weshalb an die Stelle des Freihandels ein System protektionistischer, erbittert rivalisierenden Nationalwirtschaften trat.

2. Die Krisenhaftigkeit des Laissez-Faire-Kapitalismus, die dieser Ökonomie wegen ihrer Eigentums-, Verteilungs-, Verwertungs- und Konkurrenzbedingungen immanent war -, verursachte 1857 die erste Weltwirtschaftskrise, 1873 die zweite, der eine zwanzigjährige »Große Depression« folgte. »In dieser Phase vollzogen sich im Innern der kapitalistischen Gesellschaften einschneidende Veränderungen. Der Aufstieg mächtiger, politisch einflussreicher Interessenverbände, die Ablösung der freien Konkurrenz durch einen raschen Konzentrationsprozess im Industrie- und Bankwesen, die Abschottung des Binnenmarkts hinter wachsenden Schutzzollmauern und eine vom Bürgertum gestützte Repressionspolitik gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung bewirkten die Abkehr von einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.«²⁰⁾

3. Die erste ökonomische Strukturkrise in den entwickelten Industriegesellschaften konnte nach vorherrschender Auffassung nur durch expansio-

nistische Strategien überwunden werden. »Dank der systemimmanenten Tendenz zum Ausbau von Überkapazitäten wurde die Notwendigkeit, neue Märkte auch in Übersee suchen zu müssen, ohnehin als gebieterisch empfunden, vor allem aber schien nur der Export ein Hilfsmittel gegen die wiederkehrenden Depressionen, die Gesellschaft und Politik in Mitleidenschaft zogen, zu bieten. Da zugleich die Suche nach Investitionschancen und der Fall der Profitrate mächtige Finanzgruppen auf die Außenmärkte verwies, entwickelte sich unter dem Zwang des Waren- und Kapitalexports, aber auch der Erhaltung überkommener gesellschaftlicher Machtstrukturen und Einkommensverhältnisse ein forciertes, zunehmend von der Staatsgewalt unterstützter Wettbewerb um Einflussphären und geschützte Kolonialmärkte.«²¹⁾ In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde das europäische und nordamerikanische Bürgertum imperialistisch.

Imperialismus »ist Kampf gegen die Arbeiter im Heimatstaat und gegen die Eingeborenen in den Kolonien; ist die Welt der Monopole, des Bankkapitals, der Trusts, die sich auf den Rest der Menschheit werfen; ist schließlich die Gesamtheit der weißen Bevölkerung, die durch diese Kräfte in Gang gesetzt wird. Angeregt durch Überfluss an industriellen Gütern und Armut an Rohstoffen in den europäischen Ländern, jagt der Imperialismus diese Länder in eine Reihe von Abenteuern.«²²⁾ Auf diese Weise verwandelte sich der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Großunternehmen um Außenmärkte rasch in einen Machtkampf der imperialistischen Länder untereinander, was wiederum die internationalen Spannungen erhöhte und »sie bis zur Gefahr eines Kriegs«²³⁾ steigerte.

Der frühere US-Außenminister R. Olney reflektierte solche Zusammenhänge 1905 rückblickend aus amerikanischer Sicht. Danach war der Übergang der USA zum Imperialismus unvermeidbar. Denn das amerikanische Volk »hatte einzusehen begonnen, dass seine industrielle und kommerzielle Entwicklung durch die begrenzte Nachfrage des Binnenmarktes nicht eingengt werden durfte, sondern freien Zugang zu allen Märkten brauchte.

Um diesen Zugang sicherzustellen, musste die Nation nicht nur gewaltige Bedürfnisse und ein ungeheures latentes Potential, sondern auch furchterregende Machtmittel besitzen, um ihren Willen sofort mit Nachdruck verfolgen und durchsetzen zu können.«²⁴⁾

21) Wehler, a.a.O., S. 108

22) Hallgarten, George W. F.: Das Schicksal des Imperialismus im 20. Jahrhundert. Drei Abhandlungen über Kriegsursachen. Frankfurt am Main 1969; S. 8

23) Wehler, Hans-Ulrich: »Einleitung« zu: ders. (Hrsg.): Imperialismus. Köln 1970; S. 19

24) Olney, R.: »The Nation's Parting of the Ways«. In: Harvard Graduate's Magazine, Vol. 13, 1904/05; S. 48 ff.; zit. Nach: Wehler, Hans-Ulrich: Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865-1900. 2., bibliographisch ergänzte Auflage, Göttingen 1987; S. 272

18) Wehler, Hans-Ulrich: Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen. München 2001; S. 106

19) Wehler, a.a.O., S. 107

20) Wehler, ebda.

Aufbau und Entwicklung »furchterregender Machtmittel« erzwangen neue Formen der Militär-, Rüstungs- und Kriegsplanung. Dabei »spielten die nationalen Kriegsflotten [...] eine immer größere Rolle, denn ihre Aufgabe war es, die Seewege in die Kolonialgebiete zu kontrollieren und zu sichern. Besonders wichtig war die Kriegsflotte für Großbritannien, für das der Zugang zu den überseeischen Territorien eine Frage der nationalen Sicherheit wurde.«²⁵⁾ Dies erklärt, warum ausgerechnet Großbritannien, die Hochburg des internationalen Liberalismus, mit dem Aufbau einer privaten Rüstungsindustrie begann, die sich rasch zum militärisch-industriellen Komplex entwickelte²⁶⁾, den seine Profiteure in Regierungen, Parlamenten, Großindustrie und Banken schon damals auch mit konjunkturellen und arbeitsplatzschaffenden Argumenten rechtfertigten.²⁷⁾ Vorher waren, außer in den USA, Unternehmen zur Herstellung unmittelbar militärischer Bedarfsgegenstände, insbesondere von Waffen, sogenannte »Magazine«, in staatlichem Besitz.²⁸⁾ Auf diesen Bruch mit dem Fortschritts- und Reichtumskonzept der klassischen Ökonomie läst sich die militärökonomische Unmündigkeit westlicher Demokratien zurückführen.

Zu den innenpolitischen Voraussetzungen, die zu einem »in die Welt ausgreifenden Imperialismus«²⁹⁾ führten, gehörten die nationaldemokratische Organisation der führenden Mächte durch Wahlrechtsreformen und Ausbau der Parlamente. »Sie verschaffte den bürgerlichen Schichten im höheren Maße politische Handlungsfreiheit als sie bis dahin besaßen und verstärkte seine Verbindungen zu den militärischen Führungsgruppen, die für jede expansionistische Politik unentbehrlich waren.«³⁰⁾ Die sozialistischen Militärtheoretiker, namentlich Friedrich Engels und Walter Mehring, waren übrigens der Ansicht, erst die sozialistische Gesellschaft werde die Ursachen für Kriege endgültig beseitigen. In der Periode des Kapitalismus hielten sie Krieg für ein Mittel der Politik, mit dem bürgerliche und sozialistische Politiker rechnen müssten.³¹⁾

Am Ende war ein System konkurrierender industriekapitalistischer Nationen entstanden, die »insgesamt als »imperialistisches Zentrum« der

nicht-industrialisierten »Peripherie« gegenübertraten.«³²⁾ Die imperialistische Ausdehnung Europas erreichte 1914 ihren Höhepunkt. »Unter unmittelbarer Herrschaft europäischer Staaten oder mindestens in indirekter Abhängigkeit von ihnen standen vor Kriegsausbruch 55,7 Millionen Quadratkilometer und 540,8 Millionen Einwohner. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren 55 Prozent der Erdoberfläche von Europa und von Staaten, die aus europäischen Kolonien hervorgegangen sind, abhängig. Dieser Anteil stieg bis 1878 auf 67 Prozent, bis 1914 auf 84,4 Prozent.«³³⁾

■ »Demokratischer Frieden« als universelle Norm?

Der »demokratische Frieden« und seine »neuen Bedrohungen«

Ohne den Ausgang des Kalten Krieges ist die zweite Karriere »liberaler Friedensvorstellungen« – diesmal als Credo vom »demokratischen Frieden« –, kaum vorstellbar. Hatten die Kontrahenten bis 1989/1990 »die Verteidigungsbereitschaft ihrer Bürger auf die jeweiligen Wertesysteme« gestützt, dienten danach das westliche Wertesystem – Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft –, zur Begründung, es »notfalls mit militärischer Gewalt [weltweit] durchzusetzen.«³⁴⁾

Die Rechtfertigung für den militärischen Notfall mussten »neue Bedrohungen« liefern. Ihre Wahrnehmung und Verfügbarkeit geht auf Studien zurück wie den Bericht einer Expertengruppe: Beobachtungssatelliten für Europa.³⁵⁾ In diesem Bericht, den das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik bereits Mitte 1989 in Auftrag gegeben hatte, präsentierten die »Experten aus Forschung und Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, sowie Verwaltung, Parlament und Publizistik«³⁶⁾ schon wenige Tage nach Beendigung des Kalten Krieges eine verblüffend detailreiche »Bedrohungsanalyse«. »Die politischen Umwälzungen in Osteuropa und Deutschland sowie die tiefgreifenden Veränderungen im Ost-West-Verhältnis haben die Rahmenbedingungen deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend gewandelt.« Große Kriege werden »noch unwahrscheinlicher als bisher. Zugleich steigt die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die von Nationalismen und Autonomiebewegungen, ethnischen Rivalitäten und Irredenta ausgehen. [...] Es zeichnen sich neue Herausforderungen zum Teil globaler Natur ab, die heute

25) Hallgarten, George W. F.: Das Wetrüsten. Seine Geschichte bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main 1967; S. 22

26) McNeill, William H.: Krieg und Macht. Militär, Wirtschaft und Gesellschaft vom Altertum bis heute. München 1984; S. 238 ff.

27) Hallgarten, a.a.O., S. 47 f.

28) Schröter, Alfred: »Militärwesen und Wirtschaft«. In: Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): Handbuch der Wirtschaftsgeschichte. Bd. 2, Berlin 1981; S. 718-723

29) Schieder, Theodor: Geschichte Europas 1848-1918. Staatensystem als Vormacht der Welt. Augsburg 2002; S. 251

30) Schieder, a.a.O., S. 250 f.; für das Deutsche Reich: Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus. Köln 1969; Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914. Düsseldorf 1978

31) Krusewitz, Knut: »Pazifistisches, sozialistisches und militärisches Friedensverständnis«. In: Ralph-M. Luedtke/Peter Strutynski (Hrsg.): Wege aus Krieg und Gewalt. Kassel 2003; S. 178-185

32) Hardach, Gerd: »Bürgerliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert – Wirtschaftswachstum und sozialer Wandel 1870-1970«. In: Josef Mück (Hrsg.): Die Wirtschaftsgesellschaft. Frankfurt am Main 1978; S. 180

33) Schieder, a.a.O., S. 293

34) Reeb, Hans-Joachim: »Die Rolle der Lüge in der Kriegsgeschichte. Historischer Längsschnitt und systematisierende Überlegungen«. In: Vorgänge, Jg. 43, H. 3 (Sept.) 2004; S. 58

35) Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bericht: Beobachtungssatelliten für Europa. Bonn 1990

36) Forschungsinstitut, a.a.O., S. 5

die Sicherheit Europas gefährden und derer sich eine vorausschauende Friedenspolitik annehmen muss: Umweltbedrohungen, der grenzüberschreitende Terrorismus, der weltweite Drogenhandel sowie die Verbreitung gefährlicher Technologien wie chemische und Nuklearwaffen sowie Raketentechnologie, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in unberechenbarer Weise eingesetzt werden könnten. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Partner stehen vor der Aufgabe, ihr technologisches, ökonomisches und politisches Potenzial zu nutzen, um in diesen Bereichen eine vorausschauende Friedenspolitik zu betreiben.³⁷⁾

Diesen »friedenspolitischen« Denkstil mit seinen Bedrohungstereotypen übernahmen zunächst die Verteidigungspolitischen Richtlinien³⁸⁾, und später die Europäische Sicherheitsstrategie.³⁹⁾ Übrigens war das gleiche militärische Satellitenprogramm nur zwei Jahre vorher, also noch im Kalten Krieg, von fünf europäischen Instituten in ihrem gemeinsamen Bericht »Europas Zukunft im Weltraum«⁴⁰⁾ nicht mit irgendwelchen Bedrohungen begründet worden, sondern mit der »europäischen Einigung«, der »Förderung von Spitzentechnologien«, der Überwachung von »Rüstungskontrollvereinbarungen« und mit »Europas Sicherheitsinteressen [die] nicht mit denen der Vereinigten Staaten deckungsgleich« seien.⁴¹⁾

■ »Demokratischer Frieden« als Rechtfertigung für »demokratischen Krieg«?

Trotz solchen Interessendivergenz versagten die USA später der deutsch-europäischen Waffenkammer für »vorausschauende Friedenspolitik« in der National Security Strategy 2002 nicht die gebotene Anerkennung. »The great struggles of the twentieth century between liberty and totalitarianism ended with a decisive victory for the forces of freedom – and a single sustainable model for national success: freedom, democracy, and free enterprise.«⁴²⁾ Und an anderer Stelle: »The lessons of history are clear: market economies, not command-and-control economies with the heavy hand of government, are the best way to promote prosperity and reduce poverty. Policies that further streng-

then market incentives and market institutions are relevant for all economies – industrialized countries, emerging markets, and the developing world.«⁴³⁾

Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft – damit fand die US-Administration jene trinitarische Formel für das, was der Westen inzwischen unter »demokratischem Frieden« versteht. Freiheit gilt als beste Bedingung für die Beziehungen zwischen Ländern, Demokratie als der beste Weg, das politische Leben in den einzelnen Ländern zu organisieren und freie Märkte als unentbehrlich für die Produktion von Wohlstand.⁴⁴⁾

Nun ist aber die Vorstellung, das westliche Modell eines »demokratischen Friedens« solle weltweit durchgesetzt werden, nicht nur auf dem Hintergrund des US-Imperialismus der letzten hundert Jahre nicht akzeptabel, und zwar aus mehreren Gründen.

»Historisch lässt sich zeigen, dass amerikanische Präsidenten seit 1898 kontinuierlich militärische Interventionen mit dem Ziel der Ausbreitung der Demokratie verbunden haben. Und selbst dort, wo zunächst nur nationale Sicherheitsgründe im Vordergrund standen, wurde häufig im Laufe der Kriegshandlungen das Kriegsziel geändert und ein Regimewechsel angestrebt. Grundlage für diese Politik ist die Überzeugung, dass Demokratie nicht nur ein Wert ist, der militärisch verteidigt werden muss, sondern auch ein Ideal, das offensiv verbreitet werden soll.«

Dies führt »zu einer wesentlich aktiveren Interventionspolitik, als sie während des Kalten Krieges möglich war. [...] Die sogenannten »humanitären Interventionen« der frühen neunziger Jahre verfolgten genau dieses Ziel: die Durchsetzung von Menschen- und Freiheitsrechten und damit die Ausbreitung der Grundlagen der Demokratie.«

Es ist absehbar, dass »die Berechtigung zum demokratischen Krieg« hier nicht endet. [...] Auch wenn juristisch noch umstritten ist, in welchem Maße ein Recht existiert, das Dritten – mit oder ohne UN-Mandat –, die gewaltsame Herstellung demokratischer Herrschaftsverhältnisse einräumt, deutet sich an, dass Demokratie zunehmend als eine universelle Norm verstanden wird. Demokratie wird auf diese Weise zu einem globalen, expansionistischen Projekt«⁴⁵⁾ und damit zum alternativlosen Programm für »Friedensarbeit im 21. Jahrhundert«.⁴⁶⁾

37) Forschungsinstitut, a.a.O., S. 9

38) Bundesminister der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien. Bonn, 26. November 1992; ders.: Verteidigungspolitische Richtlinien, Berlin, 21. Mai 2003

39) European Security Strategy: A Secure Europe in a better World. 12. Dezember 2003; Internet: www.uni.kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html

40) Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik u.a.: Europas Zukunft im Weltraum. Ein gemeinsamer Bericht europäischer Institute, Bonn 1988

41) Deutsche Gesellschaft u.a., a.a.O., S. XVII; Hagen, Regina/Jürgen Scheffran: »Europas hochfliegende Weltraumpläne mit militärischem Anstrich«. In: Frankfurter Rundschau, 9. Juli 2001; Internet: www.fr-aktuell.de/fr/160/t16001.htm; Oberansmayr, Gerald: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union. Wien 2004; S. 117-121

42) Bush, George W.: »Vorwort«, in: Regierung der Vereinigten Staaten, National Security Strategy 2002. Washington 2002; S. 1

43) National Security Strategy, 2002, S. 17

44) Maya-Ambia, Carlos: »Globalisierung der Ökonomie, Polarisierung der Macht. Dilemmata der US-amerikanischen Hegemonie«. In: Prokla; Jg. 34, H. 4 (Dezember) 2004; S. 629

45) Daase, Christopher: »Drei Gründe für die Unfriedlichkeit von Demokratien«. In: Christine Schweitzer/Björn Aust/Peter Schlotter a.a.O.; S 62 f.

46) Eppler, Erhard: »Friedensarbeit im 21. Jahrhundert«. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 296, 18. Dezember 2004; S. 9

■ Dialektik von Frieden und Krieg

Vom »tauglicheren« europäischen
Wirtschaftsmodell zur EU-Strategiekultur

Die EU-Kommission hat 1994 und 2002 zwei Dokumente vorgelegt, die von beachtlicher friedenspolitischer Bedeutung sind. Im Jahre 1994, also kurz nach Ende des Kalten Krieges, legte die EU-Kommission ein Weißbuch über Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert vor. Im Schlusskapitel präsentierte sie erstaunlich selbstkritische Einsichten. »Viele politische Entscheidungen [der EU] in den Bereichen Besteuerung, Subventionsvergabe, Wettbewerb, Infrastruktur, Arbeitsorganisation, Bodennutzung, Stadtplanung usw.« waren jeweils »in bestimmten konkreten Zusammenhängen oder aber aufgrund von langfristigen Erwägungen zustande gekommen, die mit dem Ziel einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung nicht mehr vereinbar sind.« In noch stärkerem Maße gelte dies für die »sektorale Politik in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft, bei denen bestimmte Entscheidungen, die in den 50er oder 60er Jahren getroffen wurden, gründlich überprüft werden müssten.«⁴⁷⁾

Deshalb hielt die Kommission den »Übergang zu einem tauglicheren Wirtschaftsmodell« für zwingend, und zwar aus sozialen, ökologischen, aber auch pazifistischen Gründen. Würden nämlich die gegebenen industriellen Produktions- und Verbrauchsmuster in Europa »auf die ganze Welt ausgedehnt, so benötigte die Erde ein Zehnfaches der derzeit verfügbaren Ressourcen.« Die »Extrapolation veranschaulicht das Ausmaß der weltweiten Verteilungskämpfe [sic!], die drohen, falls es nicht gelingt, die gegenwärtigen Trends umzukehren.«

Und die damit zusammenhängenden »Formen der Umweltschädigung bedrohen nicht bloß örtliche Ökosysteme, sondern auch das natürliche Gleichgewicht der ganzen Erde: Klima, Ozonschicht, Artenvielfalt«⁴⁸⁾, was, so wollen wir ergänzen, die Entwicklungsmöglichkeiten der Weltgesellschaft schwer beeinträchtigen dürfte.

Dies Erklärungsmodell führt, zu Ende gedacht, zu einer brisanten friedenspolitischen Erkenntnis: Das neoliberale Globalisierungsideal markt- und wachstumsbasierter europäischer und nordamerikanischer Demokratien ist nicht verallgemeinerbar, womit die Behauptung, die Demokratisierung der Weltgesellschaft sei die erfolversprechendste Friedensstrategie, am Ende ihrer Weisheit wäre.

Solche Konsequenzen aus den kritischen Einsichten der EU-Kommission wollten die Regierungen der Mitgliedstaaten aus naheliegenden Gründen nicht ziehen. Deshalb war in den nächsten Jahren vom notwendigen Wandel zu einem taugliche-

ren, d.h. nachhaltigen europäischen Wirtschaftsmodell keine Rede mehr. Mit dieser Entscheidung ersparten sich die EU-Gesellschaften dann auch den aufklärerischen Diskurs über die Verantwortung ihres untauglichen Wirtschaftsmodells für die obszöne Verteilung des Weltreichtums mit ihren verheerenden weltökologischen Folgen.

Allerdings musste sich die EU schon einige Jahre später im Vorfeld des Johannesburg World Summit on Sustainable Development (2002) erneut mit der Frage nach einem »tauglicheren« Wirtschaftsmodell beschäftigen. Zu diesem Anlass erarbeitete die EU-Kommission ein Strategiepapier, das die Etappen auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung⁴⁹⁾ beschrieb. »Since the Rio Conference in 1992, many new initiatives have emerged to address specific elements of sustainable development, but overall progress has been slow« – auch innerhalb der Europäischen Union. Deshalb verbesserte sich die soziale Lage der Weltgesellschaft nach Erkenntnis der Kommission seither kaum. »Half of the world's population lives on less than \$ 2 per day. Inequality between and within countries is increasing. In 1960, the income of the richest fifth of the world's population was 30 times larger than that of the poorest fifth: today it is 90 times larger. The richest fifth account for nearly 86% of total private consumption. About one billion women and men are unemployed, underemployed or working poor, 250 million children are working world-wide, and some 80% of the working age population do not have access to basic social protection.«⁵⁰⁾ Die Liste ließe sich verlängern: Nur »20 Prozent der Menschheit genießen inzwischen 90 Prozent der Güter; die reichsten 200 Weltbürger verfügen über ein Vermögen, das dem jährlichen Einkommen der Hälfte der Menschheit entspricht (über eine Billion US-\$), eine Milliarde Personen lebt im Wohlstand, eine Milliarde in grausamem Elend, vier Milliarden vegetieren am Existenzminimum.«⁵¹⁾

Die verheerende soziale Lage des armen Teils der Weltgesellschaft birgt schwer kalkulierbare Gefahren für den Reichen: »Humankind is increasingly aware that it shares a common and interlinked future and that conflict and injustice on the other side of the world can have direct repercussions close to home. In addition, poverty and deprivation can provide a breeding ground for discontent and anger, creating conditions in which ethnic and religious issues are easily exploited and magnified.«⁵²⁾ Der folgende Abschnitt nahm das Thema des Weißbuchs 1994 wieder auf: »Industrialised countries have important responsibilities in promoting

49) Europäische Kommission: »Auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung«. In: COM [2002] 82 final, nicht im Amtsblatt veröffentlicht; Brussels, 13. Febr. 2002; S. 1 ff.

50) EU-Kommission, a.a.O., S. 10

51) Müller, Friedrich: »Einschränkung der nationalen Gestaltungsmöglichkeiten und wachsende Globalisierung«. In: Kritische Justiz, Jg. 37, H. 2 (April-Juni) 2004; S. 195 ff.

52) EU-Kommission, a.a.O., S. 4

47) Europäische Kommission: Weißbuch 1994: Wachstum, Wettbewerb, Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Luxemburg 1994; S. 181 f.

48) Europäische Kommission, a.a.O., S. 176

sustainability initiatives – first and foremost by putting their own house in order, and by supporting a move to sustainable production and consumption patterns [...] All their policies – internal and external – should integrate sustainable development goals and take into account global needs.«⁵³⁾

Solche Einsichten und Selbstverpflichtungen lassen sich, nach allem was wir wissen, nur durch den Übergang zu einem nachhaltigen Demokratie- und Wirtschaftsmodell verwirklichen.

Wenn das nicht geschieht, weiß sogar die rheinland-pfälzische Umweltministerin Margit Conrad, »ist absehbar, was kommt. Dann wird ein gewaltiger Verteilungskonflikt, ein globaler und viele regionale Verteilungskonflikte um die elementaren Ressourcen die Alternative sein. Und dieser Konflikt wird alles andere als friedlich verlaufen.«⁵⁴⁾

Unerfindlich bleibt deshalb, warum die EU das gleichzeitig im Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens der UNO⁵⁵⁾ verabschiedete Verständnis von Friedenskultur und nachhaltiger Entwicklung auf ihrem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung links liegen ließ. Die einschlägigen Passagen in dem UN-Aktionsprogramm lauten: Unter »Kultur des Friedens ist die Gesamtheit der Wertvorstellungen, Einstellungen, Traditionen, Verhaltens- und Lebensweisen zu verstehen«, die »auf der Achtung des Lebens, der Beendigung der Gewalt sowie der Förderung und Übung von Gewaltlosigkeit durch Erziehung, Dialog und Zusammenarbeit [...] beruhen.«⁵⁶⁾

Die »Entfaltung einer Kultur des Friedens« ist »untrennbar verknüpft mit der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.«⁵⁷⁾

Aktivitäten, die eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung fördern, finden sich in den Maßnahmen. Das Spektrum reicht von der »Durchführung umfassender Maßnahmen auf der Grundlage geeigneter Strategien und vereinbarter Zielwerte zur Beseitigung der Armut durch nationale und internationale Anstrengungen«, der »Verstärkung von Maßnahmen auf allen Ebenen zur Umsetzung einzelstaatlicher Strategien zur nachhaltigen Ernährungssicherung«, über die »Stärkung der einzelstaatlichen Kapazitäten für die Durchführung von Politiken und Programmen zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte innerhalb der einzelnen Staaten, unter anderem durch internationale Zusammenarbeit« bis zur »Förderung wirksamer und ausgewogener entwicklungsorientierter Dauerlösungen

für die Auslandsverschuldungs- und Schuldendienstprobleme der Entwicklungsländer, unter anderem durch Schuldenerleichterung.«⁵⁸⁾

Wenn nur Gesellschaften, die eine Kultur des Friedens entwickeln, tatsächlich friedlich werden, während jene, die Alternativen zum Wachstums- und Profitwahn ihrer besten aller ökonomischen Welten machtförmig verhindern, weiterhin ihre Kriegskultur brauchen, dann ist die strategische Debatte über die Funktionsbedingungen einer »friedlichen menschlichen, sozialen und ökonomischen Entwicklung«⁵⁹⁾ unabweisbar.

Die EU macht die Rede vom »demokratischen Frieden« unglaubwürdig

Die im Weißbuch 1994 prognostizierten Ressourcen-, Verteilungs- und Umwelttrends sowie die in der Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung begründeten Selbstverpflichtungen haben eines gemeinsam: Sie raten zu friedlichen Lösungen, die verallgemeinerbar sein müssen. Selbst die Bundesregierung gibt vor, sie verbinde globale Sicherheitsprobleme mit Nachhaltigkeits- und nicht mit Militärlösungen, »ein Verständnis, das auch der einschlägigen Philosophie der Europäischen Union zugrunde liegt.

Danach muss Sicherheit in erster Linie präventiv hergestellt werden, durch die systematische Bearbeitung der großen Konfliktursachen namentlich in den unterprivilegierten Regionen der Welt: Armut, Seuchen, Umweltzerstörung.«⁶⁰⁾ Das ist zynische Propaganda, denn tatsächlich plant die EU mit der Europäischen Sicherheitsstrategie⁶¹⁾ und dem Vertrag über eine Verfassung für Europa das Gegenteil – die Militarisierung weltgesellschaftlicher und weltökologischer Problemlösungen.

In beiden Schlüsseldokumenten strukturieren nämlich nicht etwa selbstkritische Einsichten und Selbstverpflichtungen, sondern der dumpfe Verweis auf die eigenen Machtkapazitäten den Zusammenhang von Frieden, Nachhaltigkeit und Krieg. Die EU mit ihren 25 Mitgliedsstaaten und 450 Millionen Einwohnern, liest man in der ESS, produziere zirka ein Viertel des Welt-Bruttosozialprodukts, unterhalte zwei Millionen Soldaten und finanziere 160 Milliarden Euro für Militärausgaben.⁶²⁾ »Damit ist die EU zu einer Militärmacht innerhalb der NATO aufgestiegen.«⁶³⁾ Wie jede Botschaft, die eine frohe werden soll, musste auch diese zunächst für den anschauungsbedürftigen gemeinen Menschenverstand übersetzt und anschließend medial verbreitet werden. »Die EU ist ein Koloss gemessen

53) EU-Kommission 2002, a.a.O., S. 5 f.

54) Conrad, Margit: »Vortrag anlässlich der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung Friedenssicherung und Nachhaltigkeit«, Mainz 23. Sept. 2004; Internet: www.krimm.de/upload/Texte.Beiträge/Conrad; S. 1-8

55) Vereinte Nationen: »Erklärung über eine Kultur des Friedens und Aktionsprogramm für eine Kultur des Friedens«. In: »Resolution A/RES/53/243 der Generalversammlung vom 13. Sept. 1999

56) Vereinte Nationen, a.a.O., Artikel 1

57) Vereinte Nationen, a.a.O., Art. 3, Satz g

58) Vereinte Nationen, a.a.O., Abschnitt B/10, Abs. a-d

59) Generalversammlung der Vereinten Nationen, 1999, ebda.

60) Pries, Knut: »Die Chance ist so gut wie nie«. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 282, 2. Dez. 2004; S. 6

61) ESS, a.a.O.

62) ESS, 2003

63) Göller, Josef Thomas: »Ein Ausblick auf die internationalen Probleme: Quo vadis, deutsche Außenpolitik?« In: Das Parlament, Nr. 52/53, 20. Dezember 2004; S. 1

an der Zahl ihrer Menschen, an ihrem zivilisatorischen und technischen Stand und ihrer Wirtschaftskraft. Wer so groß ist, der muss in der Welt eine Rolle spielen⁶⁴⁾, zumal eine militärische. Genau dies Ziel verfolgt die ESS mit ihrer Forderung, die EU müsse eine gemeinsame Verteidigung aufbauen, um sich auf der Basis ihrer bereits vorhandenen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kapazitäten zu befähigen, »Verantwortung für die globale Sicherheit« zu übernehmen⁶⁵⁾, militärisch vor allem.

Zu diesem Zweck werde sie erst ihre Militärstruktur zügig entwickeln, um danach europäische Kampfverbände als weltweites sicherheitspolitisches Instrumentarium einsetzen zu können.

Wer die Weltgesellschaft auf seinem Weg ins 21. Jahrhundert so betrachtet, der muss zur Umwertung der Werte schreiten. »Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. [...] Aktivitäten in Mittel- oder Südostasien können eine Bedrohung für die europäischen Länder oder ihre Bürger darstellen.«⁶⁶⁾ Das ist nicht auszuschließen, denn eine fortschreitende Verelendung dieser Region dürfte zur »Intensivierung militärischer und terroristischer Auseinandersetzungen«⁶⁷⁾ führen, eine Entwicklung, vor der Karl Georg Zinn schon vor 25 Jahren warnte.

Die Frage ist allerdings, welche »Aktivitäten« wen bedrohen. Darauf hat Konrad Raiser, von 1992 bis 2003 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, kürzlich eine beeindruckende Antwort gegeben. »Im Zentrum der Logik der ökonomischen Globalisierung steht die Verabsolutierung des Wettbewerbs im Rahmen des freien Marktes als Idealmodell wirtschaftlichen Handels.

Wettbewerb ist ein strukturierter Kampf um wirtschaftlichen Vorteil und Gewinn, ein Kräfte-messen, an dessen Ende der kapitalstärkere, schnellere und erfindungsreichere Partner obsiegt. Wettbewerb folgt der Logik von Gewinn und Verlust, Sieg und Niederlage, und unregulierter Wettbewerb führt unweigerlich zur Verdrängung der schwächeren Partner. Dieselbe Logik von Macht im Sinne der Ausübung von Herrschaft der Stärkeren

über die Schwächeren ist am Werk in Situationen der Gewalt bzw. bei allen Versuchen, soziale und politische Konflikte auf gewaltsame Weise durch den Einsatz überlegener physischer oder militärischer Macht zu lösen. Konflikte werden dann nach dem Modell eines Nullsummenspiels betrachtet, in dem jeder Zugewinn an Macht für die eine Seite einen entsprechenden Machtverlust für die andere Seite zur Folge hat. [...] Gewalt kann aber kaum durch den Einsatz überlegener Machtmittel überwunden werden; damit lassen sich Gehorsam und Unterwerfung oder Kapitulation erzwingen, aber keine dauerhafte Friedensregelung erreichen. Alle Gewalt ist letztlich Ausdruck von zutiefst gestörten Beziehungen und des gleichen rein konfrontativen Verständnisses von Macht, das auch in den verschärften Formen globalen Wettbewerbs am Werk ist.«⁶⁸⁾

Weil die EU zukünftig wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen der Weltgesellschaft durch den Einsatz überlegener militärischer Macht »lösen« will, muss sie »eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.«⁶⁹⁾ Die militärische Debatte über »Strategische Kultur« beginnt zwar erst⁷⁰⁾, aber ihr Ergebnis ist umrisshaft erkennbar. Diese Grand Strategy soll der EU alle Instrumente expansionistischer Systemsicherung bereit stellen – wirtschaftliche, politische, militärische, ökologische, ideologische – und zur Erreichung des Ziels integrieren.⁷¹⁾

Das folgende Beispiel illustriert, wie Protagonisten der Strategischen Kultur sogar Belange, die sich logisch und sachlich wechselseitig ausschließen – in diesem Fall Militär- und Nachhaltigkeitsbelange –, integrieren mit der Absicht, sie der Öffentlichkeit als durchaus vereinbar erscheinen zu lassen.

Beteiligt sind eine Umweltministerin (Margit Conrad), ein General (Bernd Diepenhorst) und ein Bundesministerium (Bildung und Forschung). Ministerin und General treffen zunächst eine Feststellung, danach eine Vereinbarung. Sie stellen fest, »nachhaltige Entwicklung« gehöre für »beide Kooperationspartner zum festen Bestandteil eines umfassenden Sicherheitsbegriffs«⁷²⁾ und vereinbaren deshalb, den neuen Bereich »Friedenssicherung und Nachhaltigkeit« gemeinsam »in die Gesellschaft [zu] vermitteln.«⁷³⁾ Das Bundesbildungsministerium verbreitet daraufhin die Information, zu dieser Vermittlung wollen Militär- und Umweltbehörden »Schulen, Hochschulen, Kirchen und Unternehmen [...] sowie ein Forum zur Planung gemeinsamer Projekte« nutzen.⁷⁴⁾

64) Winter, Martin: »EU-Kampftruppen: Wehrhafte Union«. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 274, 23. November 2004; S. 3

65) ESS, a.a.O.

66) ESS, a.a.O., S. 7

67) Zinn, Karl Georg: »Die Kategorien »produktiv« und »unproduktiv« in der Ökonomie«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Beilage 17/1980 vom 26. April 1980; S. 37

68) Raiser, Konrad: »Herausforderungen für eine Kultur des Friedens«. In: EIRENE-Rundbrief Nr. IV (Herbst) 2004; S. 3

69) ESS, a.a.O., S. 9

70) Riemer, Andrea K.: »New World Order – Grand Strategies – Gesamtstrategien im 21. Jahrhundert. Eine kritische Einschätzung«. In: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Bd. 7, Wien 2004; S. 38-101; Farwick, Dieter: »Grundzüge der politischen Strategie«. In: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie; a.a.O.; S. 7-14

71) Riemer, a.a.O., S. 60

72) Conrad, a.a.O., S. 2

73) Conrad, a.a.O., S. 7

74) Bundesministerium für Bildung und Forschung: Pressemitteilung: »Bundeswehr und Umweltministerium setzen sich gemeinsam für Friedenssicherung und Nachhaltigkeit ein«; 4. Sept. 2004; Internet: www.fona.de/webEdition; S. 1

Dies Volksbildungsprojekts will die öffentliche Akzeptanz eines sicherheits-, also gewaltförmigen Nachhaltigkeitsverständnisses erreichen, und sonst nichts. Der verständnisheischende Kernsatz lautet: Militär verhindert nachhaltige Entwicklung nicht, sondern fördert sie.⁷⁵⁾

Besonders durch »nachhaltigkeitsverträgliche« Kriegsübungen europäischer und deutscher Interventionsstreitkräfte in Internationalen UNESCO-Modellregionen wie dem Biosphärenreservat Rhön.⁷⁶⁾ »Mit der Bundeswehr gibt es daher einen kompetenten und glaubwürdigen Partner, um die [...] Herausforderungen Nachhaltiger Entwicklung zu kommunizieren und anzupacken.«⁷⁷⁾ Wie wahr. Früher betrieb der glaubwürdige Militärpartner nämlich im NATO-Rahmen 30 Jahre lang das Programm Friedenssicherung und Umwelt. Es endete bekanntlich mit der kompetent betriebenen Militarisierung der Erde und des erdnahen Weltraums.⁷⁸⁾

■ Vom »demokratischen Frieden« zur demokratischen Friedlosigkeit

Strategische Kultur wäre danach eine Doktrin, die Krieg im Frieden vorbereiten soll. Diese Bewertung der Europäische Sicherheitsstrategie stützt auch der Vertrag über eine Verfassung für Europa, den die Staats- und Regierungschefs am 17./18. Juni 2004 angenommen haben. Denn er verpflichtet alle Mitgliedstaaten zur stetigen Aufrüstung (Art. I-40,3; III-212,1), wofür das »Europäische Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten« (Art. I-40,3) die erforderlichen Bedrohungsszenarien liefern soll. Aus friedenskultureller Sicht sind sie jedoch unerheblich, weil vorhersehbar ist, dass die hegemoniale Struktur des Kapitalismus im Weltsystem für das EU-Rüstungsamt niemals einen Bedrohungstatbestand darstellen wird. Es wird auch Verteilungskonflikte tabuisieren, weil sich andernfalls die Frage stellt nach der europäischen Verantwortung für den »Zusammenhang von Verteilungsnormen, Hunger, Gewalt und Krieg, nach Sinn und Unsinn von bestimmten Produktionen und der hierfür notwendigen Arbeit«.⁷⁹⁾

Es ist das strukturkonservative Verhältnis von Kapitalismus und politisch-militärischer Macht, das die Rüstungsagentur und deren interessenbedingte Verkehrung der tatsächlichen Gefährdungsursachen hervorbringt. Dieser Strukturkonservatismus verlieh und verleiht beiden ein besonderes Maß an Beharrungskraft, die den Übergang zu einer tauglicheren europäischen Wirtschaftsmodell und einer entsprechenden Friedensordnung bisher verhinderte.

75) Conrad, a.a.O., S. 7

76) Krusewitz, Knut: »Militär gefährdet die nachhaltige Regionalentwicklung«. In: Jürgen Scheffran/Wolfgang R. Vogt (Hrsg.): Kampf um die Natur. Umweltzerstörung und die Lösung ökologischer Konflikte. Darmstadt 1998; S. 161-175

77) Conrad, ebda.

78) Krusewitz, 2004, a.a.O., S. 125-142

79) Zinn, a.a.O., S. 21 ff.

Er erklärt auch, warum die Sieger des Kalten Krieges kein Interesse an Abrüstung haben. »Over two years world military spending increased by 18 per cent in real terms, to reach \$956 billion (in current dollars) in 2003. High-income countries account for about 75 per cent of world military spending but only 16 per cent of world population. The combined military spending of these countries was slightly higher than the aggregate foreign debt of all low-income countries and 10 times higher than their combined levels of official development assistance in 2001. [...] Thus, there is a large gap between what countries are prepared to allocate for military means to provide security and maintain their global and regional power status, on the one hand, and to alleviate poverty and promote economic development, on the other.«⁸⁰⁾

Zu planen wäre das Gegenteil: »[O]ur current world is one in which military activities annually absorb an amount of economic resources corresponding to the annual income of half of the world population, while at the same time there is an enormous need for these resources to stave off poverty, hunger and preventable diseases. [...]

The overall challenge lies in how to reduce military expenditures and international arms transfers and channel the released resources into economically and socially more beneficial uses.«⁸¹⁾

Wenn 16 Prozent der Weltbevölkerung, wozu neben den USA die reichen EU-Mitgliedsstaaten zählen, rund 75 Prozent der weltweiten Militärausgaben bestreiten, dann verringern sie dramatisch ihre Fähigkeit, die Kosten einer »globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung«, den verbindlichen Rahmen für eine zukünftige weltgesellschaftliche Friedenskultur, zu finanzieren.

Auf diesem Hintergrund richtet das Europäische Amt für Rüstung zukünftig seine Security Guidelines nicht an tatsächlichen Gefährdungen der Weltgesellschaft aus, sondern an den Erfordernissen imperialer Interventionsfähigkeit.⁸²⁾ Und diese Praxis wird sich solange nicht ändern, wie die kriegsrelevanten Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozesse auf solche undemokratischen Foren beschränkt bleiben wie den militärisch-industriellen Komplex, die NATO und das Europäische Rüstungsamt.

Es liegt folglich gar nicht im Interesse westlicher Demokratien, mit allgemeiner und vollständiger Abrüstung zu beginnen, und zwar auch dann nicht, wenn sich andere Länder dem Programm anschließen würden. Deshalb tarnt sich imperiale Hegemonialpolitik mit Blick auf Steuerzahler, Wähler und die Weltöffentlichkeit als Verteidigungserfor-

80) SIPRI Website, SIPRI Yearbook 2004, appendix 10A, table 10A.1 and table 10A.3; heruntergeladen am 11. Juni 2004

81) Sköns, Elisabeth: »Trends in Military Expenditure and Arms Transfers«. In: Internet www.unu.edu/millennium/skons; S. 16 f.

82) Zinn, Karl Georg: Der Kapitalismus und die neue Hegemonialstellung der USA. Zur Rolle von Ökonomie, Politik und Militär zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: ders.: Zukunftswissen, Hamburg 2002; S. 109 f.

dernis, greifen ihre Anwälte immer schneller immer tiefer in den Werkzeugkasten der Kriegspropaganda⁸³⁾ und Kriegslügen⁸⁴⁾.

»Wenn Kriege in der Vergangenheit begründet wurden, standen dieselben Motive zu Gebote, die auch heute überzeugend wirken: Verteidigung, Befreiung, Rechtsexekution, Friedensstiftung und allgemeines zivilisatorisches Sendungsbewusstsein gehören fest zum Repertoire. Dazu kommt die Erzeugung einer fatalistischen Grundstimmung, der Überzeugung nicht anders als so handeln zu können, zur Waffengewalt keine Alternative zu haben. [...] Ganz gleich, ob es die Öffentlichkeit der Höfe im Mittelalter, die Öffentlichkeit der versammelten Reichsstände in der Frühen Neuzeit, die Medienöffentlichkeit der Späten Neuzeit oder schließlich unsere demokratische Öffentlichkeit ist: Stets werden die höchsten moralischen und rechtlichen Normen der Zeit bemüht, um Kriege zu rechtfertigen. So ist auch nur ein Wandel, kein Fortschritt zu verzeichnen, wenn der Krieg ehemals ein Werk Gottes war und jetzt ein Akt säkularer Nächstenliebe sein soll. [...] Beide Begründungsmuster sind unserer Zeit nicht so fern wie vermutet, denn die Behauptung, Wahrheit und Moral auf der eigenen Seite zu haben, ist so wenig verschwunden wie die Bewunderung für charismatische Politiker, sofern ihre Rechtsbrüche Erfolg haben. Überwunden scheint die Begründung »Die Nation braucht es. Wie aber sieht es aus mit dem »Sicherheitsbedürfnis« und dem Wunsch nach »Befriedung« der Welt? [Sie] betreffen das Kriegsdesign unserer Zeit.«⁸⁵⁾

■ Zusammenfassung

Die Annahme, Demokratien seien grundsätzlich friedensfähig, geht in Europa zurück auf die politischen und ökonomischen Verheißungen des frühbürgerlichen Nationalliberalismus. Die politische Utopie des aufsteigenden Nationalismus gründete auf dem Versprechen, nach Überwindung des aristokratischen Rivalitätsdenkens sei eine im Prinzip friedliche Welt der bürgerlichen Nationsgenossen zu gewährleisten. Gestützt wurde sie durch die klassische bürgerliche Ökonomie. Ihre Gründer erklärten, warum Macht, wenn sie fortan ökonomisch ausgeübt würde, auf physische und militärische Gewaltanwendung verzichten könne. Jede militärische Variante der Machtpolitik kritisierten sie als zu kostenträchtig und Rüstung, Streitkräfte sowie Kriege als unproduktiv. Die historische Bedeutung der Annahmen über die Funktionsbedingungen einer »liberalen Friedensordnung« bestand in ihrer rational-aufklärerischen Methode, die

Kriegsausbrüche nicht mehr als naturwüchsig, schicksalsverordnet behaupten musste und deshalb Frieden als planbar nachweisen konnte.

Die frühbürgerliche Vision eines Europas, das sich zwangsläufig friedlich entwickeln würde, scheiterte am Bürgertum selber. Zum einen erwiesen sich seine Konzepte von Nationalstaat und Freihandel als unfähig, Probleme des inneren und äußeren Friedens zu lösen; zum andern zwang die Krisenhaftigkeit des Laissez-faire-Kapitalismus zur kolonialistischen Expansion. Unter dem Zwang der Erhaltung überkommener gesellschaftlicher Machtstrukturen und Einkommensverhältnisse entwickelte sich ein forcierter, zunehmend von der Staatsgewalt unterstützter Wettbewerb um Einflussphären und geschützte Kolonialmärkte. Gleichzeitig wurde der Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Großunternehmen um Märkte ein Machtkampf der imperialistischen Länder untereinander. Die Folge waren Aufbau und Entwicklung beispielloser nationaler Kriegsführungspotenziale in Europa und den USA. Ihre Finanzierung rechtfertigten Regierungen, Parlamente, Großindustrie und Banken auch mit konjunkturellen und arbeitsplatzschaffenden Argumenten. Am Ende des »liberalen Friedens« war aus Europa kein friedliches Zentrum der Weltwirtschaft und -gesellschaft geworden, sondern ein System konkurrierender, hochgerüsteter imperialistischer Nationen. Die Rechnung für den eklatanten Bruch des herrschenden Bürgertums mit den Ökonomie- und Friedensannahmen seiner liberalen Klassiker war der Erste Weltkrieg, den allerdings vor allem das internationale Proletariat zahlen musste.

Der Ausgang des Ost-West-Konflikts verhalf »liberalen« Friedensvorstellungen in den NATO-, OECD- und EU-Staaten zu einer zweiten Karriere, diesmal als Credo vom »demokratischen Frieden«.

Dieser Programmatik waren indes folgenschwere methodische und sachliche Mängel immanent. Aus diesem Grund waren ihre Protagonisten nicht irritiert, als westliche Demokratien unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges neue Bedrohungsszenarien entwarfen, statt, gemäß den propagierten Funktionsbedingungen »demokratischen Friedens«, zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu schreiten.

Inzwischen planen nicht nur die USA, sondern auch die EU-Mitgliedsstaaten, dauerhaft in soziale, wirtschaftliche und ökologische Krisen der Weltgesellschaft, deren Rückwirkungen ihre Privilegien bedrohen könnten, mit überlegener militärischer Macht einzugreifen. Für diesen Zweck entwickelt die Europäische Union nach den USA eine Strategiekultur. Durch diese Politik verringern sie dramatisch ihre Fähigkeit, die Kosten einer weltgesellschaftlichen Friedenskultur anteilig zu finanzieren. Offenkundig erscheint es den Profiteuren des weltwirtschaftlichen Status quo nur noch »strategiekulturell« möglich, ihn zu verteidigen.

83) Morelli, A.: Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Springe 2004

84) Reeb, a.a.O., S. 56-64

85) Fath-Lihic, Nette/Manuela Sissakis: »Zusammenfassung des Beitrages von Ludolf Kuchenbuch »Kriegsbegründungen in Vergangenheit und Gegenwart« anlässlich der Konferenz »Kriegsbegründungen in der Geschichte. Strategien der Legitimierung und Legalisierung militärischer Gewalt« (Berlin 30.-31. Januar 2004): In: Humanitäres Völkerrecht, Jg. 17, Heft 2 [Mai-Juli] 2004; S. 114 f.

Weil das alles nichts mit Verteidigungserfordernissen zu tun hat, muss sich die imperiale Hegemonialpolitik mit Blick auf Steuerzahler, Wähler und Weltöffentlichkeit als Bedrohung des »demokratischen Friedens« tarnen, müssen seine Propagandisten in immer kürzeren Abständen in die Kiste der Kriegspropaganda und der Kriegslügen greifen.

Prof. Dr. Knut Krusewitz ist Mitglied der DFG-VK und war bis zu seiner Emeritierung Hochschullehrer an der TU Berlin. Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Referates beim Friedensratschlag im letzten Dezember in Kassel.



Notwendige Debatte: Selbstverständnis und Aufgaben des Pazifismus

Am 24. Dezember 2004 erschien in der »Frankfurter Rundschau« ein Leserbrief des Stuttgarter Friedensforschers und -aktivisten Wolfgang Sternstein, mit dem er auf einen zuvor erschienenen Beitrag des SPD-Politikers Erhard Eppler reagierte. In seinem Leserbrief schrieb Sternstein am Schluss:

»Selbstverständlich gibt es Situationen, in denen Gewaltandrohung und Gewaltanwendung nötig ist, um Massenmord und schwere Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Sich darum zu kümmern, ist die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Politik, die von ethischen Prinzipien, statt von Interessen geleitet ist. Die Aufgabe von Pazifisten usw. besteht jedoch darin, mit gewaltfreien Mitteln für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungserhalt zu kämpfen. Insofern gibt es kein Gegeneinander, aber auch kein Miteinander, wie Eppler nahe legt, sondern ein Nebeneinander von Pazifisten und Bellizisten.«

Diese Aussage ist – verständlicherweise und zu Recht – auf Kritik gestoßen. Beides macht aber auch die Notwendigkeit einer weiterführenden Debatte zu Selbstverständnis und Aufgaben des Pazifismus deutlich. Wir haben deshalb Wolfgang Sternstein gebeten, seine Position als Ausgangspunkt für eine Diskussion zu formulieren, was er unter der Überschrift »Hat der europäische Pazifismus versagt?« getan hat. Wir eröffnen die Debatte mit den Stellungnahmen von Joachim Schramm (DFG-VK), Reinhard J. Voß (pax christi), Andreas Buro (Komitee für Grundrechte und Demokratie) und Matthias Engelke (Versöhnungsbund) zu Wolfgang Sternsteins Papier. Die Debatte soll in der nächsten Ausgabe fortgesetzt werden. Die Leserinnen und Leser sind eingeladen, sich daran mit Beiträgen zu beteiligen (Texte mit einer maximalen Länge von 11.000 Zeichen bitte per eMail an redaktion@forum-pazifismus.de).

18

Wolfgang Sternstein Hat der europäische Pazifismus versagt?

Kritik tut weh, vor allem dann, wenn wir ihre Berechtigung nicht einsehen. Anders verhält es sich bei der Selbstkritik, sofern sie nicht von außen erzwungen wird, denn gewöhnlich erkennen wir sie als berechtigt an und bemühen uns, es künftig besser zu machen. Das Folgende möchte ich in erster Linie als Selbstkritik eines Pazifisten verstanden wissen, denn ich begann meine Laufbahn als gewaltfreier Aktivist als Kriegsdienstverweigerer.

»Nein« sagen genügt nicht

Aber schon damals – im Jahr 1961 – genügte mir das bloße Neinsagen zu Krieg und Gewalt nicht. Ich spürte instinktiv, dass die Verneinung von etwas Bestehendem von dem, was wir verneinen, abhängig bleibt. In jeder Verneinung steckt latent eine Bejahung, in jeder Bejahung latent eine Verneinung. Freud hat diese Dialektik am Beispiel der Gefühlsbeziehungen untersucht und festgestellt: In

jeder Liebesbeziehung ist eine Hassbeziehung verborgen und umgekehrt, weshalb wir uns nicht wundern sollten, wenn das eine in das andere umschlägt. Freud nannte das die »Ambivalenz der Gefühlsbeziehungen«. Das Gleiche gilt für die Beziehung zwischen Pazifisten und Bellizisten, wobei die Ersteren den Krieg entschieden ablehnen, während die Anderen ihn als letztes Mittel der Konfliktaustragung ebenso entschieden bejahen.

Ein Wort noch zur Terminologie: Ich unterscheide Militaristen und Bellizisten. Militaristen sind Menschen, für die der Krieg das erste Mittel der politischen Konfliktaustragung darstellt. Bellizisten hingegen sind Menschen, für die er das letzte Mittel ist, nachdem alle anderen Mittel versagt haben.

Beide, Pazifisten und Bellizisten, sind in dieser Beziehung wie in einem Käfig gefangen. Der Käfig hat eine Tür, die ins Freie führt. Man muss aber wissen, wie sie sich öffnen lässt. Das Zauberwort, das »Sesam öffne dich«, das sie aufschließt, heißt: Gewaltfreiheit. Anders ausgedrückt: Wir brauchen ei-

ne konstruktive Alternative zur Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung und diese Alternative ist die gewaltfreie Aktion. Sie ist nicht weniger universal als die Gewalt, das heißt, sie ist auf Konflikte jeder Größe und Intensität anwendbar, angefangen bei persönlichen Konflikten, wie sie jede und jeder von uns kennt, bis zu nationalen und internationalen Konflikten, die gewöhnlich, nachdem alle anderen Mittel versagt haben, durch Terror, Bürgerkrieg oder Krieg ausgetragen werden.

Was gewaltfreie Aktion ist, auf welchen Voraussetzungen sie beruht und welche Konsequenzen sie hat, kann in diesem Artikel nicht dargestellt werden. Ich verweise auf die umfangreiche Literatur zum Thema, insbesondere auf die Bücher von Mahatma Gandhi und Martin Luther King, aber auch auf die von Theodor Ebert, Gernot Jochheim, Hildegard Goss-Mayr u.a.

Eins scheint mir allerdings so wichtig, dass es hier zur Sprache kommen muss. Die Gewaltfreiheit teilt mit der Gewalt zwar den universalen Charakter, sie unterscheidet sich von ihr in einem Punkt jedoch grundlegend. Während die Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung untauglich, ja kontraproduktiv ist, wenn es darum geht, den Konflikt im Interesse aller Beteiligten zu lösen, gilt für die Gewaltfreiheit das Umgekehrte. Sie ist untauglich, ja schädlich, wenn es darum geht, fremde Länder zu erobern, Völker zu unterjochen, Macht zu erwerben und Besitz anzuhäufen. Wir müssen folglich ehrlich werden im Hinblick auf unsere Ziele, denn daraus ergeben sich glasklar die Mittel, die zu ihrer Erreichung eingesetzt werden müssen. Auf diesen untrennbaren Zusammenhang zwischen Mittel und Zweck, Weg und Ziel hat Gandhi immer wieder hingewiesen.

Aus dieser Analyse ergibt sich für viele europäische Pazifisten eine überaus schmerzliche Erkenntnis. Der deutsche und europäische Pazifismus hat darin versagt, dass er sich im bloßen Neinsagen zum Krieg erschöpfte, statt eine konstruktive Alternative zu Krieg und Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung zu entwickeln und anzuwenden. Mehr noch, es war gar nicht nötig, diese Alternative selbst zu entwickeln, denn sie lag in den Schriften Gandhis, Kings und anderer vor. Man hätte sie nur anzuwenden brauchen. Selbstverständlich gilt auch hier, dass jede Konfliktsituation eine eigene schöpferische Problemlösung erfordert. Man darf folglich nicht mechanisch eine Aktionsmethode auf eine andere Situation übertragen. Doch das ist im Grunde selbstverständlich. Gandhi hat ganz bewusst kein »Lehrbuch der gewaltfreien Aktion« verfasst, sondern Erfahrungsberichte geschrieben, die die Leser ermutigen sollten, ihre eigenen Erfahrungen beim Experimentieren mit der Wahrheit und der Gewaltfreiheit zu sammeln.

Es ist meines Erachtens auch überflüssig, wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen, um die Wirksamkeit der gewaltfreien Aktion zu be-

weisen. Dieser Beweis ist längst erbracht. Das Gebot der Stunde lautet vielmehr, das Prinzip und die Methoden der Gewaltfreiheit in konkreten Konflikten auf allen gesellschaftlichen Ebenen anzuwenden! Das kann gar nicht nachdrücklich genug betont werden.

Wir müssen uns fragen: Woher kommt es, dass Gandhi in Südafrika und Indien sowie King in den USA zu Führerpersönlichkeiten aufstiegen, die Geschichte machten, während der europäische Pazifismus eine zwar respektable, aber doch letztlich unbedeutende Randerscheinung blieb? Die Antwort, es habe sich eben um charismatische Persönlichkeiten gehandelt, ist gewiss richtig, sie genügt mir aber nicht. Es kam noch etwas hinzu. Beide erkannten, das bloße Neinsagen zu Krieg und Gewalt bringt uns keinen Schritt weiter, wir brauchen etwas Besseres, um unsere Ziele Frieden und Freiheit, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit zu erreichen und das ist die gewaltfreie Aktion.

In dem Augenblick, wo wir das erkennen, löst sich die Konfrontation zwischen Pazifisten und Bellizisten in Wohlgefallen auf. Gandhi gilt heute in Europa als ein pazifistischer Superstar. Dabei wird leicht übersehen, dass er sich mehrmals am Krieg beteiligte, zwar nicht mit der Waffe in der Hand, sondern als Sanitäter, als Leiter eines indischen Sanitätskorps oder als Werber für die britische Armee während des Ersten Weltkriegs, doch das machte seiner Meinung nach keinen wesentlichen Unterschied. Er hat seine Teilnahme am Krieg auch in späteren Jahren nicht als Fehltritt bereut, sondern als notwendige Phase in seiner persönlichen Entwicklung gerechtfertigt. Europäische Pazifisten haben ihm das sehr verübelt und ein so ehrenwerter Pazifist, Anarchist und Sozialist wie der Holländer Bart de Ligt hat ihn sogar als »gewaltlosen Faschisten« beschimpft, von seinem dogmatisch pazifistischen Standpunkt aus mit einem gewissen Recht.

■ Die Entwicklung vom Feigling zum gewaltfreien Kämpfer

Gandhi löste die Konfrontation zwischen Pazifisten und Bellizisten in eine Abfolge von Stufen auf. Die unterste Ebene wird von der Feigheit, die sich widerstandslos der Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung unterwirft, gebildet. Demgegenüber tut der Kämpfer, der sich mit Waffengewalt gegen bewaffnete Angriffe wehrt, oder mit Waffengewalt gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung kämpft, das Richtige. Er sollte nur nicht dabei stehen bleiben, sondern zur zweiten Stufe, der Stufe des gewaltlosen oder passiven Widerstands, und schließlich zur dritten Stufe, der Stufe des gewaltfreien oder aktiven Kampfes für Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechte fortschreiten. Gandhi hat diese Entwicklung vom Feigling zum gewaltfreien

Kämpfer (Satjagrahi) für sich selbst in Anspruch genommen und seine Kriegsbeteiligung als einen notwendigen Schritt auf diesem Weg gerechtfertigt.

»Meine Gewaltfreiheit erlaubt es nicht, vor der Gefahr wegzulaufen und seine Lieben ohne Schutz zu lassen. Wenn die Wahl zwischen Gewalttätigkeit und feiger Flucht zu treffen ist, dann ziehe ich Gewalttätigkeit vor. Ich kann einem Feigling nicht mehr Gewaltfreiheit predigen als ich einen Blinden dazu verführen kann, schöne Gegenden anzusehen. Gewaltfreiheit ist der Gipfel der Tapferkeit. Ich hatte keine Schwierigkeit, Leuten, die in der Schule der Gewalt aufgewachsen waren, die Überlegenheit der Gewaltfreiheit zu beweisen. Als Feigling, der ich jahrelang war, hielt ich mich an Gewalt. Ich begann Gewaltfreiheit erst dann zu schätzen, als ich meine Feigheit aufgab.«

■ Nur die Praxis der Gewaltfreiheit beweist ihre Überlegenheit

Wir haben als Pazifisten erst dann eine Chance, unsere Mitbürger von ihrem Aberglauben an die Macht der Gewalt zu heilen, wenn wir ihnen nicht nur theoretisch beweisen, dass Gewaltfreiheit die bessere Methode der Konfliktaustragung ist, sondern es ihnen demonstrieren, indem wir ihre Prinzipien und Methoden in konkreten Konfliktsituationen anwenden. Sie werden erst dann von ihrem Aberglauben ablassen, wenn sie erfahren, Gewaltfreiheit ist nicht nur besser als Gewalt, sie ist vielmehr das einzig taugliche Mittel beim Aufbau einer gewaltfreien Gesellschaft. Es geht folglich darum, die Menschen zu befähigen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Erst dann werden sie ihre Wehrlosigkeitsängste und Ohnmachtsgefühle überwinden.

Ich habe kein Problem damit anzuerkennen, dass militärische Gewaltandrohung oder -anwendung in bestimmten Situationen einen Massenmord oder einen Völkermord verhindern können. Ich denke dabei weniger an den Krieg um das Kosovo von 1999, der dem deutschen Volk propagandistisch als Krieg zur Verhinderung eines Völkermords verkauft wurde, sondern an den Völkermord an den Tutsis in Ruanda oder an das Regime Pol Pots in Kambodscha, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Antwort vieler Pazifisten, es gehe darum, durch präventives Eingreifen eine Eskalation solcher Konflikte zu verhindern, ist gewiss richtig, sie genügt mir aber nicht, denn sie bleibt die Antwort auf Situationen, in denen ein derartiges rechtzeitiges Eingreifen versäumt wurde, schuldig.

Dogmatische Pazifisten sehen in dieser Einstellung einen Verrat am Grundsatz des Pazifismus, dem bedingungslosen Nein zum Krieg. Ich sehe das nicht so. Natürlich wäre es mir hundertmal, ja tausendmal lieber, wenn eine Armee gewaltfreier Kämpfer (Satjagrahis) in einer solchen Situation

eingriffe, um die bedrohte Volksgruppe zu schützen. Aber, so trivial es auch klingen mag, eine solche Armee gibt es (noch) nicht. Wir Pazifisten haben darin versagt, sie aufzustellen und im gewaltfreien Kampf auszubilden. Wenn man keine Soldaten, keine Waffen und keine Militärorganisation hat, kann man keinen Krieg führen. Wenn man keine Aktivisten hat, kann man keinen gewaltfreien Kampf ausfechten. So einfach ist das. Dann ist es mir immer noch lieber, eine Armee greift ein, um einen Massen- oder Völkermord zu verhindern, als dass ich untätig zuschaue, wie Hunderttausende brutal und unbarmherzig abgeschlachtet werden.

Die falsche Alternative: Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz! ist so leicht nicht zu widerlegen. Ihre Widerlegung lautet: Weder Krieg noch Auschwitz, sondern Eingreifen mit einer »Friedensbrigade« (Shanti Sena), um einen von Gandhi geprägten Begriff aufzunehmen.

■ Gewaltfreie Basisgruppen in jedem Dorf

Es hat in der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen einige hunderttausend Kriegsdienstverweigerer gegeben. Die meisten von ihnen haben einen Ersatzdienst im sozialen Bereich geleistet. Das ist nicht wenig. Es liegt mir fern, sie dafür zu tadeln. Im Gegenteil. Es ist meines Erachtens unvergleichlich viel besser, Menschen leben zu helfen, als sich dafür ausbilden zu lassen, sie zu töten. Aber, das muss auch gesagt werden, es genügt nicht. Solange es beim Neinsagen zu Krieg und Gewalt bleibt, wird der europäische Pazifismus nie mehr sein als eine respektable gesellschaftliche Randerscheinung. Was wir brauchen, sind Menschen, die sich zusammenschließen, um gemeinsam auf diesem Felde tätig zu werden. In jedem Dorf, in jeder Stadt könnte und sollte es eine gewaltfreie Basisgruppe geben (Gandhi nannte sie Shanti Sena, was soviel wie Friedensbrigade heißt), die aus nebenberuflichen und einem, höchstens zwei hauptberuflichen Aktivisten besteht. Diese Friedensgruppen würden auf individuellen und lokalen Konfliktfeldern tätig werden, wie zum Beispiel Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Ich bin sicher, die Arbeit würde ihnen so schnell nicht ausgehen. Natürlich wäre es wünschenswert, dass sich solche erfahrenen Friedensgruppen bei größeren gesellschaftlichen Konflikten, wie umweltzerstörenden Großprojekten, Rüstungsproduktion und Rüstungsexport, Atomanlagen und Atomwaffen und selbstverständlich auch bei Widerstandsaktionen gegen verfassungs- und völkerrechtswidrige Militäreinsätze zusammenschließen, um gewaltfreie Aktionen und Kampagnen durchzuführen. Möglich wäre das schon, daran zweifle ich nicht, wir müssen es nur wirklich wollen.

Ist nicht der Zivile Friedensdienst (ZFD) die Erfüllung meiner Forderung? Es fällt mir nicht leicht, hier zu widersprechen. Zweifellos ist der ZFD,

selbst wenn er vom Staat finanziert wird, nichts Verdammenswertes. Seine Funktion besteht im Wesentlichen darin, das Porzellan zusammen zu kehren und, soweit möglich, zu kitteln, das Militäreinsätze zerschlagen haben. Das ist nicht zu verurteilen und diejenigen, die das machen wollen, sollten es tun und dafür ein staatliches Gehalt in Empfang nehmen. Die Shanti Sena, die mir vor-schwebt ist freilich etwas anderes. Zu ihren elementaren Grundsätzen gehört ihre Unabhängigkeit vom Staat, was gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf »Staatsknete«. Die gibt es nämlich nur für Leute, die auf Kritik an den staatlichen Macht- und Gewaltapparaten verzichten und sich im Rahmen einer zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZIMIZ) in eine Militärstrategie einbinden lassen, sozusagen als eine Art sozialer Rot-Kreuz-Organisation. Den Befürwortern einer Sozialen Verteidigung geht es indes nicht um eine Ergänzung, sondern

um einen Ersatz der militärischen durch eine Soziale Verteidigung.

Letztes Argument: Der ZFD könnte doch so etwas wie ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer Sozialen Verteidigung sein. Ich fürchte, dieser Weg führt in die Irre und nicht ans Ziel, denn aus der Abhängigkeit vom Staat gibt es kein Entrinnen. In dem Augenblick, wo die Kritik an der Militarisierung unserer Gesellschaft mit Entschiedenheit vorgetragen wird, werden die »verantwortlichen Politiker« kurzerhand den Geldhahn zudrehen. Dann bricht die ganze Organisation zusammen. Eine Shanti Sena, so sie ernsthaft angestrebt wird, hätte eine große Zukunft, doch nur, wenn sie ihre Unabhängigkeit vom Staat hütet wie ihren Augapfel.

Dr. Wolfgang Sternstein ist Versöhnungsbund-Mitglied und Friedensforscher und -aktivist.

Joachim Schramm

Pazifismus ist mehr als direkte gewaltfreie Aktion

Wolfgang Sternstein diagnostiziert zum einen das Versagen des deutschen und europäischen Pazifismus und macht dies vor allem an der mangelnden Umsetzung einer konstruktiven Alternative zu Krieg und Gewalt, der gewaltfreien Aktion fest. Nun kann man angesichts der pazifistischen Zielsetzung, Krieg und Rüstung aus der Welt zu verbannen, den bisherigen Zielerreichungsgrad insgesamt als bescheiden bewerten.

■ Pazifistische (Teil-)Erfolge

Allerdings engt Wolfgang Sternstein die Mittel und Strategien des Pazifismus doch arg ein, wenn er sie auf die Methode der gewaltfreien Aktion reduziert und ansonsten nur eine negative Nein-Haltung beobachtet. Das Instrumentarium pazifistischer Politik ist doch um einiges breiter und Umsetzungserfolge sind auch durchaus vorhanden. Zu den Zielen des Pazifismus gehören doch ganz entschieden auch die positiven Bemühungen, Konflikte zwischen Staaten auf eine rechtliche Ebene zu bringen, also die Ausgestaltung des Völkerrechts. Mit dem zwischenstaatlichen Gewaltverbot der UNO-Charta ist Krieg als zuvor anerkanntes Mittel der Politik geächtet und in den Bereich der Ausnahme gedrängt worden.

Dies als wichtigen Schritt zu einer pazifistischen Politik zu begreifen und ihn zu verteidigen, ist gerade in einer Zeit wichtig, wo diese Festlegung zunehmend wieder in Frage gestellt wird. Mit der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes ist hier erst in letzter Zeit ein Instrument geschaffen

worden, Verstöße in diesem Bereich auch ahnden zu können. Es lässt sich somit eine Linie von Konkretisierungen verfolgen von den Forderungen nach einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie die Gründerin der Deutschen Friedensgesellschaft, Bertha von Suttner, schon vor 100 Jahren aufgestellt hat, bis heute. Hier sind im Laufe der Jahrzehnte pazifistische Zielsetzungen umgesetzt worden, auch wenn deren Wirksamkeit oft hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Die Verrechtlichung von zwischenstaatlichen Konflikten ist jedoch ein ganz entscheidender Schritt, da so die gewaltsame Austragung von Konflikten überhaupt als Unrecht definiert worden ist und so eine gesellschaftlich akzeptierte Vereinbarung existiert, Kriege zu verhindern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich der europäische Pazifismus stark auf das Nein zum Krieg konzentriert, angesichts der atomaren Bedrohung eine nachvollziehbare Schwerpunktsetzung. Doch auch hier sind die Bemühungen um eine Annäherung zwischen Ost und West, die Frage der friedlichen Koexistenz, das Eintreten für eine atomwaffenfreie Zone in Europa doch Konzepte und Forderungen, die neben das Nein zum Krieg auch die konstruktiven Bemühungen um eine Deeskalation der Konfrontation der Atommächte setzten.

Die Kriege unterhalb der atomaren Schwelle, die es bekanntermaßen auch zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes gegeben hat, rückten aber erst in den neunziger Jahren deutlich ins Bewusstsein der meisten Pazifisten. Mit der Propagierung der Zivilen Konfliktbearbeitung ist dann das zentrale Ele-

ment aufgegriffen und weiterentwickelt worden, um der Erkenntnis Rechnung zu tragen, dass Konflikte zum menschlichen Leben gehören und auch zwischen Staaten und innerhalb von Gesellschaften wohl immer anzutreffen sein werden.

Dass sich der Pazifismus im Nein zum Krieg erschöpft hat, kann ich also nicht erkennen. Allerdings ist es der pazifistischen Bewegung nicht gelungen, sich ein Instrument zu schaffen, mit dem sie – quasi autonom – gewaltfrei in Konflikte eingreifen kann. Dazu gibt es nur bescheidene Ansätze wie die Aktivitäten z.B. des Balkan Peace Teams oder die Bestrebungen zur Bildung eines Nonviolent Peacecorps. Ich denke aber auch nicht, dass sich die pazifistische Alternative auf dieses Instrument beschränken sollte und daher auch nicht allein daran zu messen ist. Die Idee, die hinter diesem Konzept steckt und die Wolfgang Sternstein ja auch mit seinen gewaltfreien Basisgruppen in jedem Dorf und jeder Stadt beschreibt, ist die Aktivierung von zahlreichen Freiwilligen, die dann bei Bedarf mobilisierbar sind, sich aus Beruf und Familienleben ausklinken und einen Konflikt in ihrer Region oder sogar weiter entfernt versuchen zu schlichten. Dabei müssten sie im Zweifelsfall sogar noch eine Gefahr für ihr Leben in Kauf nehmen. Nun können wir beobachten, dass sich Menschen immer wieder von der Not anderer Menschen anregen lassen und zu ehrenamtlichem Engagement auch in entlegenen Regionen dieser Welt bereit sind. Doch muss dabei ganz banal eine berufliche und finanzielle Absicherung in der Regel gewährleistet sein. Wenn Wolfgang Sternstein aber gleichzeitig das Konzept des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) ablehnt, da hier der Staat mit im Spiel ist, bürdet er diese ganze soziale Verantwortung entweder dem einzelnen Aktivist oder den Trägern solcher Aktivitäten auf. Diese sehe ich damit bei weitem überfordert.

■ Staatliche Ressourcen nicht den Militaristen überlassen

Ich denke nicht, dass der Pazifismus die Ressourcen des Staates den Militaristen überlassen und seine Alternativen davon unabhängig aufbauen sollte. Wir können uns nicht um die Frage herumdrücken, wie die Politik des Staates ausgerichtet ist, in dem wir leben und politisch agieren. Dabei können und sollen wir durchaus unsere eigenen Projekte der direkten gewaltfreien Aktion betreiben und so Beispiel geben. Eine Wirksamkeit aber im großen Stil, um Konflikte wie z.B. den angesprochenen in Ruanda zivil bearbeiten zu können, werden wir ohne staatliche Ressourcen nicht erreichen können.

Doch auch in diesem Bereich sehe ich pazifistische Politikansätze nicht verloren auf der Versager-Seite. Denn nicht nur die direkte gewaltfreie Aktion würde ich hier ansiedeln, sondern alle Ansätze einer Zivilen Konfliktbearbeitung, selbstver-

ständig auch die, auf staatlich-diplomatischem Wege präventiv oder deeskalierend in Konflikte zwischen Staaten einzugreifen, wie sie z.B. in der UN-Charta formuliert und durchaus auch angewandt werden. Hinzu kommt die Etablierung regionaler Einrichtungen wie die OSZE, die von ihrem Instrumentarium her die Möglichkeit bieten, zwischenstaatliche Konflikte in Kenntnis der vor Ort gegebenen Gesamtsituation auf zivile Weise zu bearbeiten.

Nun will ich damit nicht behaupten, der Pazifismus sei auf einem guten Weg und seinem Ziel schon sehr nah. Allerdings haben doch hier offenbar im Laufe der Zeit bestimmte pazifistische Wertvorstellungen und Instrumente einen nicht unbeachtlichen Raum eingenommen und dem freien Handeln der Militaristen bestimmte Fesseln angelegt. Dass diese Fesseln die Militaristen stören und man danach strebt, sie wieder loszuwerden, erleben wir in den letzten Jahren.

Damit ist nun einiges zur Etablierung pazifistischer Politikansätze und ziviler Konfliktlösungsinstrumentarien gesagt. Aber die Frage, die mit der Aussage von Wolfgang Sternstein zur Akzeptanz von Gewaltanwendung verbunden ist, ist nicht beantwortet: Was macht der Pazifist, um einen Völkermord zu verhindern.

Die Kriegsdienstverweigerer unter den Lesern werden sich dabei vielleicht an die alte Situation vor dem Prüfungsausschuss erinnern fühlen: »Sie mit ihrer Freundin nachts allein im Park, und dann der Russe mit der MPi...«. Ich kann mir in einer Gesellschaft immer Situationen vorstellen, in denen Gewalt von »durchgeknallten« Tätern nur mit Gewalt zu verhindern ist. Deshalb kann ich auch akzeptieren, dass wir innergesellschaftlich eine Polizei unterhalten, die in letzter Konsequenz Gewalt anwendet. Aber schon hier ist zu beobachten, dass der Einsatz polizeilicher Gewalt immer größere Ausmaße annimmt, je mehr Gewalt innergesellschaftlich akzeptiert wird. Vor Jahren haben wir Debatten um den »finalen Rettungsschuss« geführt, heute ist es erlaubt, ganze Passagierflugzeuge vom Himmel zu schießen. Man unterzieht sich nicht mehr der Mühe, nach den Ursachen der Gewalt und Möglichkeiten zu deren Bekämpfung zu fragen, sondern beschäftigt sich vorrangig mit den Mitteln, ihr »in letzter Konsequenz« mit Gegengewalt zu begegnen.

Dieses Beispiel auf die Außenpolitik übertragen: Ich sehe die »Bellizisten« in Deutschland nicht in erster Reihe bei der Bekämpfung der Ursachen von Krieg und Gewalt. Ich sehe sie als Legitimationslieferanten für diejenigen, die aus Deutschland wieder eine Militärmacht machen wollen. Wie viele Konfliktsituationen in der Welt mag es geben, bei denen man ehrlich sagen kann: Hier ist alles Denkbare an Diplomatie, an Anwendung nichtmilitärischen Drucks, an positiven Anreizen usw., also an Zivilen Konfliktbearbeitung versucht worden, um

eine Gewalteskalation zu verhindern? Hier hat man wirksam die Waffenlieferungen in die Konfliktregion unterbunden?

Nicht nur das Instrument der direkten gewaltfreien Aktion ist ausgearbeitet und einsatzbereit, wie Wolfgang Sternstein schreibt. Das gleiche gilt weitgehend für den ganzen Strauß an Instrumenten der Zivilen Konfliktbearbeitung. Wenn ich erkennen muss, dass meine Kraft nicht reicht, den Einsatz dieser zivilen Mittel durchzusetzen, kann ich durchaus auf das Handeln verzichten, wenn dieses Handeln bedeuten würde, der militärischen Gewalt das Wort zu reden. Im Zusammenhang mit Völkermord wird der Gewalteininsatz oft als wahrer Heilsbringer betrachtet, ohne zu schauen, was ein Gewalteininsatz real bewirken kann: Auch ein Militäreinsatz braucht eine Vorlaufzeit, die ich alternativ auch für zivile Maßnahmen nutzen könnte. Deeskaliert ein Militäreinsatz einen Konflikt oder führt er zu einer Steigerung der Gewalt? Wo sind denn die zahlreichen Beispiele, in denen Militär einen Völkermord verhindert hat?

Wenn Millionen Menschen in der 3. Welt sterben, weil bei uns Geld für Rüstung ausgegeben

wird, statt dort Hunger und Krankheit zu bekämpfen, dann ist das kein Versagen des Pazifismus, sondern ein Versagen unserer herrschenden politischen Eliten. Und so ist es auch ein Versagen der herrschenden Politik, wenn sie die vorhandenen Instrumente zur Deeskalation und Bearbeitung von Konflikten nicht rechtzeitig nutzt, um einen drohenden Völkermord zu verhindern. Sich hier den Lockungen des scheinbar allein helfenden Gewalteinsetzes zu widersetzen ist kein Dogmatismus, sondern die Erkenntnis, dass ich mich meiner politischen Ernsthaftigkeit und meines Vertrauens in die eigenen Mittel beraube, wenn ich hier nachgebe. Und diese politische Ernsthaftigkeit ist es, die der Pazifismus braucht, um die Zivile Konfliktbearbeitung den Menschen als überzeugende Alternative anbieten zu können, eine Mehrheit für Abrüstung und eine Stärkung des Völkerrechts zu gewinnen. Alles andere verschafft der militärischen Gewalt neue Legitimität und verlängert ihre Vorherrschaft.

Joachim Schramm ist aktiv in der DFG-VK und in der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK.

Reinhard J. Voß

Von falschen Freunden und schiefen Vergleichen

23

So sehr ich Wolfgang Sternstein schätze, so sehr irritiert mich seine recht undifferenzierte Bemerkung, er erkenne an, »dass militärische Gewaltandrohung oder -anwendung einen Massen- oder Völkermord verhindern können«.

Ich höre seit Jahren in den Gesprächen von pax christi mit der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) dieses Argument, das von deren Seite gleichzeitig als ebenso undifferenzierte Rechtfertigung des gegenwärtigen riesigen NATO-Militärapparates eingesetzt wird. Was mich daran stört, ist dies: Wir bemühen uns seit Jahren in Friedensbewegung und Kirchen, verstärkt seit dem 11. September 2001, weltweit Polizeistrukturen im UN- oder weltregionalen Rahmen zu fordern, die Terrorismus und Völkermord präventiv, aber auch situativ verhindern sollen; und bekommen von soldatischer Seite immer zu hören: das ist doch das Gleiche – wir sind solche! Sie verstehen sich als »Feuerwehrleute«, als Friedens-, Menschenrechts-, Bevölkerungs- bzw. Minderheitenschutz etc. Dass dies in UN-Einsätzen vor 1989 meistens und auch heute manchmal der Fall ist, will ich gerne konzedieren, z.B. noch derzeit in Afghanistan, wenn man allerdings ausblendet, dass dieses Land unter ihren Augen und mit ihrer Duldung »auf dem Weg zum Drogenstaat« ist (UN-Zitat, Süddeutsche Zeitung vom 03.03.2005).

Hier hören wir von Seiten der GKS übrigens in ihrer Erklärung »Der Friede ist möglich!« vom Dezember 2004 selbstkritische und politisch fordernde Töne: »(3) Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ist durch negative Erfahrungen deutscher Soldaten bei Friedenseinsätzen beunruhigt. (...) (4) Neben der militärischen Stabilisierung sind vor allem effektiver Polizeischutz, wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Entwicklung einer rechtsstaatlichen Demokratie Voraussetzungen zum Entstehen weiterer Regionen des Friedens.«

Aber Soldaten thematisierten bisher nach meiner Erfahrung kaum den politischen Gesamtrahmen, in dem sie eingesetzt werden (bzw. werden könnten). Die erwähnte Erklärung ist eine Ausnahme und vielleicht auch unserem Dialog geschuldet. Dass bedrohte Bevölkerungen geschützt werden müssen, muss international wie national künftig durch demokratisch legitimierte und kontrollierte (!) Polizei geschehen. Militär und Krieg bisheriger Form sind historisch überholt, ethisch widerlegt (»Gerechter Friede«) und im Massenvernichtungszeitalter brandgefährlich – was gerade auch durch die erneuerte US-Strategie globaler Kriegführung und den Versuch globaler Kontrolle von Macht, Weltwirtschaft, Rohstoffen und tendenziell auch von Glaubens- und Lebensweisen deutlich wird.

Hier geht es nicht um »dogmatischen Pazifismus«, sondern um realistische Perspektiven einer künftigen Weltinnenpolitik!

Wir haben in den letzten fünfzehn Jahren kleine, aber wichtige Fortschritte auf dem Wege zur nicht-staatlichen und staatlichen Organisation ziviler Konfliktverhütung und -bearbeitung gemacht. Friedensarbeit wird zum Beruf und erschöpft sich nicht mehr nur im Protest und Zeugnis. Der Zivile Friedensdienst ist das sichtbarste, aber leider noch total unterfinanzierte Zeichen. Er muss sich hüten – und er tut es –, sich einer staatlich bestimmten »zivil-militärischen Zusammenarbeit« einzufügen. Denn, so wurde in den »Leitgedanken 2004« grundsätzlich vom Forum ZFD festgestellt:

»Bewaffnete Kräfte der Konfliktparteien sind Akteure einer gewaltsamen Konfliktaustragung. Sie kommen für den ZFD im Rahmen seiner Gespräche mit den Konfliktparteien als Gegenüber, nicht jedoch für eine Zusammenarbeit in Betracht.« Immer wieder wurden wir von den Soldaten in unseren Gesprächen aufgefordert, die »Komplementarität« beider als politischen »Mix« anzuerkennen. Meine und die Antwort im besagten Grundsatzpapier lautet:

Ein- und Unterordnung – nein, aber Kontakte vor Ort – ja, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

- a) Anerkennung der Mandatierung von Konfliktparteien und Bevölkerung;
- b) Verzicht auf Verbindlichkeit im Sinne von Verabredungen zur Zusammenarbeit (d.h. Kooperation nur, wenn Rückzug möglich bleibt);
- c) Erkennbares eigenes ZFD-Profil vor Ort (wegen der Gefahr der Vermischung in den Augen der Bevölkerung);
- d) Nützlichkeit der Kontakte für die Ziele des ZFD-Projektes.

Der »Aktionsplan Krisenprävention« der Bundesregierung aus dem letzten Jahr hat ebenfalls viele Anregungen der Zivilgesellschaft staatlich aufgegriffen, leidet aber unter mangelnder Umsetzung, sprich: finanzieller Ausstattung.

Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, dass ich die Argumente der Staatsabhängigkeit sehr ernst nehme – als jemand, der den nichtstaatlichen christlichen Ansatz des »Schalomdiakonats« in den 1990er Jahren mit entwickelt und aufgebaut hat (www.schalomdiakonats.de). Wir werden staatliche Initiativen der zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung nur dann weiter entwickeln können, wenn wir unsere innere und auch organisatorische Unabhängigkeit bewahren – zumindest in großen Teilen der Friedensbewegung. So ist pax christi zugleich institutionelles Mitglied beim unabhängigen Oekumenischen Dienst Schalomdiakonats (OeD) und beim staatlich geförderten Forum Ziviler Friedensdienst (Forum ZFD) – abgesehen von den kirchlichen Bindungen unserer Bewegung, die weltweit und staatsunabhängig sind.

Würde nur die Parität zwischen militärischen und zivilen Ausgaben zur Konflikt-Intervention erreicht, so wäre eine hundertzwanzigjährige Utopie – ich denke an die Zeiten Bertha von Suttners – bald Wirklichkeit, weil die Effizienz nichtmilitärischer Wege offenbar würde. Militär ist nie oder selten (und dann nur als besiegt) gezwungen gewesen, sich auch nur nachträglich für sein Scheitern zu rechtfertigen. Zivile Konfliktbearbeitung musste sich schon immer vor ihrem Gelingen rechtfertigen.

▲... töricht, falsch und ablenkend

Damit bin ich bei Sternsteins These über das Versagen des Pazifismus beim Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland – womit er der törichten These des ansonsten von mir sehr geschätzten Heiner Geißler gefährlich nahe kommt, die Pazifisten seien für diesen Aufstieg verantwortlich und schuldig zu sprechen. Das ist falsch und lenkt zudem von den wirklichen Ursachen des NS-Aufstiegs ab wie den politischen, kulturellen, ökonomischen und ideologischen.

Über das hinaus, was Andreas Buro dazu schon im *Forum Pazifismus* (FP 2004, Heft 03, Seiten 3-10) geschrieben hat, gebe ich zu bedenken, dass der deutsche Pazifismus bis 1927/28 noch nicht mehrheitlich offen für Kriegsdienstverweigerung eintrat – insofern träfe ihn dieser Pazifismusvorwurf also gar nicht; erst der Briand-Kellogg-Pakt von 1928 eröffnete, allerdings viel zu spät, eine alternative Vision ziviler internationaler Konfliktlösungen. Aber 1929/30 zerfiel dann schon das Anfang des Jahrzehnts gegründete »Deutsche Friedenskartell« wieder – bezeichnenderweise wegen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Beteiligung an militärischen Planungen (Panzerkreuzerbau); es war der erste Groß-Versuch gewesen, Pazifismus strikt antimilitaristisch zu definieren. Schon dies zeigt, wie schief der erwähnte Vorwurf historisch gesehen ist und wie sehr er an der damaligen Wirklichkeit vorbei geht. (*Ich habe das näher ausgeführt in: Tilman Evers (Hrsg.): Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden, Opladen 2000, S. 127-144: Geschichte der Friedensdienste in Deutschland; hier: S.128-131*)

Der pazifistische Zeitgeist erwachte Ende der Zwanziger Jahre zu spät – und zwar insgesamt – trotz der jahrelangen vorherigen Appelle von Bertha von Suttner und anderen Pionieren des Antimilitarismus.

Verglichen mit den späten 1920er Jahren macht mir die Verbreitung des pazifistischen Zeitgeistes heute doch Mut, gerade auch angesichts neuer rechtsradikaler Tendenzen.

Dr. Reinhard J. Voß ist Generalsekretär der deutschen Sektion von pax christi.

Die Friedensbewegung sagt nicht immer nur »Nein«

Der deutsche und europäische Pazifismus habe versagt und sich ohne Alternative im Nein-sagen erschöpft, so Wolfgang Sternsteins herbes Verdikt. Das Urteil über Versagen hängt freilich von dem Anspruch ab, der als Maß dienen soll. Der Pazifismus nach 1945 hat versagt, Krieg zu verhindern. Ja! Er hat versagt die enorme Aufrüstung zu stoppen. Ja! Er hat versagt, die unsinnigen Ausgaben für Rüstung in sinnvolle Projekte der Entwicklung und der Naturerhaltung umzuleiten. Ja!

Aber sind das sinnvolle Maßstäbe, um pazifistische Arbeit zu beurteilen? Nein! Selbige ist doch keine Wunderdroge, die, nur richtig in die Welt gestreut, diese gänzlich verändert. Was für unrealistische Ansprüche würden da an Pazifismus gestellt, der in einer Welt wirken muss, die über Jahrtausende in Gewalt sozialisiert und deren Unterbewusstsein zutiefst von Gewaltphantasien und -ängsten geprägt worden ist. Pazifismus ist zumindest der Versuch, Gewalt in gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Zusammenhängen in einem sicher langen und sehr mühsamen Prozess zu vermindern. Dabei wird es nicht ausreichen, nur nein zu sagen – insofern stimme ich Sternstein zu –, sondern auch zivile und gewaltfreie Formen der Konfliktbearbeitung zu entwickeln und nach Möglichkeit durchzusetzen.

Sternstein behauptet nun, die Friedensbewegung habe immer nur Nein gesagt. Das ist schlicht falsch. Seit den frühesten Stadien der Friedensbewegung in Westdeutschland wurden immer Alternativen der Konfliktbearbeitung vorgeschlagen, sei es in Bezug auf die spannungsreiche deutsche Teilung, sei es zur gegenseitigen nuklearen Bedrohung oder zur Einleitung von Abrüstungsspiralen in den großen Debatten über Defensiv-Verteidigung. Soziale Verteidigung war ein wichtiger Ansatz, ebenso ziviler Ungehorsam. Später kamen Formen der grenzüberschreitenden Friedensarbeit hinzu. Viele, viele Ansätze für eine andere Politik wurden und werden noch heute vorgetragen, so auch immer wieder zivile Konzepte als Alternative zu konkreten kriegerischen Auseinandersetzungen in anderen Ländern. Freilich ist einzugestehen, dass die meisten Konzepte von der Politik nicht aufgegriffen und umgesetzt wurden. Darauf waren und sind aber pazifistische Basisgruppen durchaus angewiesen, denn sie selbst können solche Vorschläge nicht direkt verwirklichen. Sie können nur von der gesellschaftlichen Basis ihre Arbeit vorantreiben. In dieser Hinsicht ist von den Ostermärschen der 1960er Jahre bis nach Mutlangen und zur Arbeit im zerrissenen ehemaligen Jugoslawien sehr viel getan worden.

Pazifistische Arbeit hat außerdem sehr wohl und erkennbar in die deutsche Gesellschaft hinein gewirkt. Hier ist nicht der Ort, dies im Einzelnen nachzuweisen. Ich behaupte jedoch, es haben große gesellschaftliche Lernprozesse in Sachen Krieg und Frieden stattgefunden. Eine militaristische Entwicklung der deutschen Gesellschaft konnte verhindert werden. Wer in langen Zeiträumen denkt – und das ist für Pazifisten unabdingbar – wird hierin eine große Leistung und kein Versagen sehen.

Dem Begriff Pazifismus liegt das lateinische *pacem facere* zugrunde. Frieden zu machen kann auf vielen unterschiedlichen Feldern erfolgen und nicht nur in Basisarbeit oder gewaltfreien Einzelaktionen. Friede ruht auf vielen Säulen, an deren Standfestigkeit tausende, wenn nicht Millionen Menschen arbeiten. Ihnen allen Versagen vorzuwerfen, sollte sich Wolfgang Sternstein noch einmal überlegen.

»Ultima ratio« ist eine Blanko-Vollmacht

In seiner zweiten These legt Wolfgang Sternstein einen Finger auf einen schwierigen Punkt für Pazifisten. Wie geht man mit Gewaltsituationen um, die nicht präventiv verhindert wurden?

Dazu zwei Anmerkungen: Die Frage kommt sehr absolut daher, als ob die meisten Gewaltsituationen nicht durch präventives Handeln hätten verhindert werden können. Geht man die Liste der Kriege seit 1945 durch, so wird man finden, die meisten hätten bei ernsthaftem Willen der Staatenwelt vermieden werden können. Das allerwichtigste Problem ist deshalb, die Mittel so umzuschichten und Politik so zu verändern, dass präventiv Kriegsverhinderung erreicht und die erforderlichen Strukturen hierfür geschaffen werden.

Freilich bleibt dann noch die von Sternstein aufgeworfene Frage, wie können die wenigen verbleibenden Gewaltsituationen deeskaliert werden. Wie Sternstein schließe ich nicht aus, dass hierfür militärische oder polizeiliche Potenziale benötigt werden. Es stellt sich damit für diese vermutlich geringe Zahl von Gewaltsituationen für Pazifisten die Frage, wie solche Potenziale gestaltet und eingebunden werden müssen, damit sie nicht selbst, wie herkömmliches Militär, die Gefahr eines kriegerischen Konfliktaustrages steigern.

Kann eine solche Einbindung durch die UNO erfolgen? Müssen dazu Militär- und Polizeikontingente dauerhaft der UNO unterstellt werden, damit sie nicht im Sinne von nationalen oder ökonomischen Interessen tätig werden? Benötigt die UNO einen

eigenständigen Etat für solche Kräfte, um nicht von den Interessen großer Geldgeber abhängig zu sein? Wie muss die Bewaffnung aussehen und welche spezielle Ausbildung dieser Truppen ist erforderlich? Welche Sicherungen gegen Missbrauch sind vonnöten? Oder müssten nicht solche Truppen gar rein polizeilichen Charakter haben, also in hohem Maße in ihren Handlungen gesetzlich gebunden sein – alles höchst problematisch und schwierig abzugrenzen. Andere Fragen mögen hinzukommen.

Eine Debatte hierüber ist höchst wünschenswert. Sie könnte allerdings auch zu dem Ergebnis führen, dass eine politische Kontrolle der benötigten militärischen Potenziale nicht wahrscheinlich oder nicht möglich ist.

Bei Sternstein vermissem ich diese vorsichtige Annäherung an das Problem. Er spricht von Bellizisten, die Militär nur als letztes Mittel anwenden wollten. Aber das behaupten doch alle Militärs und Militärpolitiker von sich und stecken gleichzeitig in diese letzte Mittel fast alle Gelder, aber kaum etwas in die Konfliktprävention und auch nicht in die zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung!

Die These von dem »letzten Mittel« hat zudem enorme Implikationen: Das letzte Mittel hat nur einen Sinn, wenn überlegene militärische Potenziale geschaffen werden. Es ist also eine Blanko-Vollmacht für Aufrüstung. Eine solche Aufrüstung können sich nur die starken Staaten leisten. Das »letzte Mittel« ist deshalb ein Herrschaftsinstrument der mächtigen Staaten über die schwachen. Die Drohung mit dem letzten Mittel bei Präventiv-Verhandlungen, ob ausgesprochen oder nicht, konterkariert alle Prinzipien der Gewaltfreiheit einschließlich der Satyagraha-Normen Gandhis. Die Rambouillet-Verhandlungen vor dem Angriff der NATO auf Jugoslawien lassen grüßen!

Sternsteins Unterscheidung zwischen Bellizisten und Militaristen läuft letztlich auf die These vom »gerechten Krieg« hinaus. Die Bellizisten sind diejenigen, die eigentlich keine Gewalt anwenden wollen, und dies nur im humanitären Notfall tun, während die Militaristen militärische Gewalt auch für die Durchsetzung ihrer Interessen einzusetzen bereit sind. Diese Unterscheidung kommt dem herrschenden Diskurs über die kriegerisch gewalttätigen US-Amerikaner und die diplomatisch klugen und erfahrenen EU-Europäer, die jetzt sogar die Militarisation des eigenen Bereichs durch die Festschreibung von Aufrüstung in der geplanten EU-Verfassung vorantreiben wollen, sehr entgegen. Gutmenschliche Bellizisten in Europa und Militaristen in den USA – eine großartige Legitimation für den Aufbau des militärisch-industriellen Komplexes in EU-Europa. Ich frage mich auch, ob die Akzeptanz des Nebeneinander von Bellizisten und Pazifisten nicht ein Verzicht auf die Forderung nach Abrüstung impliziert. Das würde dann wohl das Ende von Friedensbewegung bedeuten.

Sternsteins Unterscheidung ist nicht nur aus den genannten Gründen unakzeptabel. Ein Blick in die Geschichte, um das gute Militär, die Bellizisten, zu finden, macht mich ratlos. Sicher gab es kluge Offiziere, die rechtzeitig kapitulierten, wie jener deutsche General auf dem Rückzug aus Frankreich bei Paris am Ende des Zweiten Weltkriegs. Doch um diese geht es bei dieser Betrachtung nicht.

■ »Beurteile andere nicht härter als dich selbst.«

Diejenigen, die zu große Bedenken haben gegenüber dem Einsatz von Militär, bezeichnet Wolfgang Sternstein als »dogmatisch«. Sie sähen seine Einstellung zum Militär als »Verrat am Grundsatz des Pazifismus, dem bedingungslosen Nein zum Krieg«. Das signalisiert dem Leser, es handle sich um Menschen und Gruppen, die einem festen Dogma anhängen und die Verhältnisse außerhalb ihrer dogmatischen Einsicht nicht zur Kenntnis nehmen oder verdrängen. Eigentlich muss man sich mit dogmatischen Gruppen, häufig wird gegenwärtig dafür auch das Wort »fundamentalistisch« verwendet, nicht mehr auseinandersetzen. Sicher hat Sternstein nicht diese Absicht, aber er leistet dem mit seinen Worten »dogmatisch« und »Verrat« unbedacht Vorschub. Was sagt doch Gandhi in seinen Satyagraha-Normen? »Beurteile andere nicht härter als Dich selbst! Du sollst weder ethisch noch intellektuell dem Gegner einen niedrigeren Rang als Dir selbst beimessen, sondern an ihm so handeln, als ob er wenigstens ebenso hohe ethische und wenigstens ebenso intelligente Analysen der Lage hätte wie Du selbst...«

Wolfgang Sternstein setzt in seinem Text auf die gewaltfreie Aktion. Ich halte dies für eine wichtige Handlungsoption, die weiter entwickelt werden sollte. Sie hat in jüngerer Zeit in ganz spezifischen Situationen zu Erfolgen geführt. Ich denke an die Aktionen, welche den friedlichen Übergang beim Zerfall der DDR erst ermöglicht haben. Ich denke auch an die Aktionen in der Ukraine angesichts von Wahlbetrug. Vielleicht sind die jüngsten Protestaktionen im Libanon auch in diese Kategorie einzureihen. Gewaltfreie Aktionen hat es auch in Westdeutschland zu Zeiten der Mutlanger Blockaden gegeben.

Die genannten Beispiele haben gemeinsam, dass sie auf dem Hintergrund einer großen Massenmobilisierung stattfanden. Wie wir wissen, ist diese aber nicht immer herzustellen. Unsicher ist auch, ob diese im Falle erheblicher Gegengewalt aufrecht erhalten bliebe. Die gewaltfreie Aktion werde ich deshalb als ein wichtiges Instrument pazifistischer Arbeit unter vielen anderen. Sie bedarf der Unterstützung großer Teile der Bevölkerung. Das verweist auf die große Aufgabe, die Bevölkerung für solche gewaltfreien Formen des Kampfes zu gewinnen. Ob kleine symbolische Aktionen dies

leisten können, erscheint mir zweifelhaft, auch wenn ihnen der Verdienst zufällt, immer wieder Zeichen zu setzen. »Sesam öffne dich«? Mein Glaube an Wunder geht nicht so weit.

In jüngerer Zeit habe ich immer wieder die These vertreten, die Friedensbewegung könne nicht auf eine schnelle und vollständige Überwindung militärischer Gewalt hoffen. Möglich und sinnvoll sei allerdings, um eine Verschiebung des Verhält-

nisses von militärischem Konfliktaustrag zugunsten ziviler Konfliktbearbeitung zu kämpfen. Hierbei müssten sich Erfolge erzielen lassen. Ich frage mich, ob dabei gezielte gewaltfreie Aktionen eine wichtige Rolle spielen könnten.

Prof. Dr. Andreas Buro ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

Matthias Engelke

Gegen falsche Alternativen

Könnte es einen besseren Tag geben, um den Frieden zwischen den Bellizisten und Pazifisten (beides im Sinne Sterneins) zu verkünden als den Heiligabend? Wir sind uns also endlich einig. Zwischen Pazifisten und Bellizisten bestehe kein Gegeneinander, kein Miteinander, sondern ein Nebeneinander. So das Friedensangebot von Wolfgang Sternstein an Erhard Eppler in seinem Leserbrief in der »Frankfurter Rundschau« vom 24. Dezember 2004.

Zumindest wenn es um den Einsatz militärischer Gewalt geht, um einen Völkermord zu verhindern, ist dies Sternstein allemal lieber, als tatenlos zusehen zu müssen – entweder/oder. Wer möchte das schon? Also wird der Pazifist, der auch diesen Einsatz ablehnt als »dogmatischer Pazifist« tituiert, wobei »dogmatisch« wie selbstverständlich im abwertenden Sinn gemeint ist. Ob hier vielleicht gerade ein Mangel an Dogmatik, d.h. an gedanklicher Durchdringung der Problematik im Zusammenhang von Geschichte und Gegenwart aller friedensstiftender Menschen dieser Erde, vorliegt, sei dahingestellt. Der eigentliche Pazifist – so Sternstein – sieht die Tatsachen, und solange keine Armee von gewaltfreien Kämpfern da sei, muss halt mit diesen Realitäten vorlieb genommen werden.

Gewaltförmiges Denken

Doch in dem »entweder – oder« hat sich das gewaltförmige Denken bereits eingeschlichen. Die polarisierende Wirkung der Gewalt und schon ihre Androhung schafft zwei Seiten – Täter und Opfer – und blendet eine dritte aus: Die der beteiligten oder unbeteiligten Dritten. Das erschlägt alternatives Denken und veränderndes Handeln.

In der Tat. Es ist in den Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland und Europa nicht gelungen, eine Armee nach dem Muster der Shanti Sena aufzubauen. Darin ist gewiss – und das sehe ich als ein Zeugnis der Wahrhaftigkeit – auch ein Versagen des europäischen Pazifismus zu

sehen. Doch erscheint mir diese Aussage als alleinige Antwort zu einfach.

Es ist nicht zu übersehen, dass es der Friedensbewegung immer nur dann gelang, Massen zu mobilisieren, wenn die persönliche Betroffenheit groß genug war. Sie zum Aufbau einer Armee gewaltfreier Kämpfer zu erzeugen wäre unredlich, wenn es nicht gelingt, mit dem Hinweis auf reale Gefahren (Atomwaffen; Missbrauch der Staatsgewalt bei Gebrauch der Notstandsgesetze; Umweltgefahren) Gehör zu finden. Die zahlreichen, längst unternommenen Versuche, Alternativen aufzubauen, gehören gewürdigt: z.B. Peace Brigade International, Christian Peace Maker und Nonviolent Peaceforce. Sie zu unterstützen ist m.E. angesagt. Eine Bankrotterklärung würde diese Anfänge missachten. Die Versuche, diese Ansätze zu verstärken über Anhörungen im Bundestag und über die Evangelische Berlin-Brandenburgische Kirche 1994, sind bislang nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Auch hier ist noch zu klären, warum, bevor so abschließend geurteilt wird.

Aber stimmt es denn, dass es angesichts eines drohenden Völkermordes zurzeit kein anderes Mittel als den Einsatz militärischer Gewalt gibt? Gerade der Verweis auf das Abschlichten in Ruanda 1994 verweist darauf, dass es sehr wohl möglich gewesen wäre, durch den Einsatz von UN-Einheiten, allein schon ausgestattet mit den Kompetenzen polizeilicher Gewalt, diesen wenn nicht zu verhindern, so doch wesentlich zu beschränken.¹⁾

Zwischen den Extremen »sich abschlichten lassen« und mit militärischer Gewalt Nothilfe leisten liegen noch zahlreiche andere Möglichkeiten. Viele solcher Fälle aufgelistet zu haben ist das große Verdienst der jüngst verstorbenen Birgit Berg in ih-

1) siehe die Diskussion zum Kosovo-Krieg: Reinhard Merkel: Das Elend der Beschützten, »Die Zeit« vom 12.05.1999; ders.: Nach dem Kosovo-Krieg: Können Menschenrechtsverletzungen militärische Interventionen rechtfertigen? Rechtsethische Grundlagen und Grenzen der »humanitären Intervention« am Beispiel des Kosovo-Krieges; erschienen in: MIRZ-Diskussionspapier Nr. 4, Marburg 2000

rer Karte der Gewaltfreiheit. Es gibt die Wege der Flucht und des überraschendem Handelns. Es gibt aber auch für den beobachtenden Dritten noch andere Möglichkeiten, als gewaltsam einzugreifen. Wer mit militärischer Gewalt in der Lage ist einzugreifen, kann auch mit anderen Mitteln eingreifen oder sich »nur« schützend vor die Opfer stellen. Die Beobachtung, dass dies politisch nicht gewollt wird, sondern ausschließlich in solchen Fällen – wie 1979 bei der militärischen Intervention Vietnams zur Beseitigung des Pol-Pot-Regimes in Kambodscha – nach den Regeln und Vorgaben militärischer Gewalt vorgegangen wird, kann nicht als Begründung dazu dienen, dass der Rückgriff auf dieses Vorgehen legitim sei. Nach dem gleichen Muster könnte ein Lehrer den Verzicht auf die Prügelstrafe damit verweigern, dass er andere Mittel nicht zur Hand habe.

Noch weiter grundsätzlich betrachtet lässt sich sagen: Aus dem »(zurzeit) nicht anders Handeln können« folgt kein »es so tun sollen«. Der Arzt, der nur dann in der Lage ist, einen Menschen dadurch vor dem drohenden Tod zu bewahren, indem er einen anderen Menschen tötet und dessen Organ verpflanzt, handelt unmenschlich, unverantwortlich, unmoralisch und unvernünftig.²⁾

Das führt dazu, die Vorstellung aufzugeben, als hätte man auf jede Herausforderung immer eine passende Antwort. Menschliches Leben und seine Geschichte enthält mehr Ambivalenzen und Abgründe, als dass sie in allen Fällen ausgeglichen oder behoben werden könnten. Das beinhaltet auch die Möglichkeit des Scheiterns. Gewaltfreiheit darf nicht selbst zu einer Ideologie oder Religion werden, die dies dann verdrängen müsste. Was – vielleicht nur zurzeit noch – unbeantwortbar ist, sollte als unbeantwortbar offengehalten werden, statt den Eindruck zu erwecken, mit dem schieflich-friedlichen Nebeneinander von Pazifisten und Bellizisten hätten wir nun das Arsenal, mit dessen Hilfe wir zwar noch nicht optimal dafür, aber auf alle Fälle von Krisen und Konflikte antworten könnten.

Dass Menschen bereit sind, andere zu töten – darauf weist eine Studie von Dave Grossmann hin – ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden.³⁾ Er beschreibt, wie schwer es selbst im Krieg Militärs fällt, die Tötungshemmung zu überwinden. Nach seiner Untersuchung ist diese Bereitschaft dazu erst dann gegeben, wenn alle Voraussetzun-

gen der folgenden Auflistung zumindest teilweise erfüllt sind:

- die Forderungen einer Autorität
- die Gruppenabsolution
- die Gesamtdistanz zum Opfer
- Zielattraktivität des Opfers
- aggressive Prädisposition des Tötenden.

Ist auch nur eine dieser Faktoren nicht gegeben, schwindet die Tötungsbereitschaft im Gruppenverbund. Daraus kann gefolgert werden: Wo immer es gelingt, der Glaubwürdigkeit auch nur einer dieser Faktoren den Boden zu entziehen, übt der Pazifismus auch ohne eine eigene Armee bereits außerordentlichen Einfluss aus.

Darum kann ich den grundsätzlichen Ansatz von Wolfgang Sternstein nur unterstützen, die Aufgabe des Pazifismus nicht in der Verneinung von Krieg und Gewalt zu sehen. Denn durch diese Verneinung begibt man sich – das wissen wir nicht erst seit Freud, sondern schon seit der Hegelschen Logik – in die untergründige Abhängigkeit dessen, was man verneint. Das Gegenüber zum Friedenswillen ist auch nicht das Militär, denn gerade dort gibt es viele Menschen, die vom gleichen Motiv angetrieben sind. Wahrscheinlich verdanken wir nicht wenigen Militärs, dass es seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bislang z.B. nicht zum militärischen Einsatz von Atomwaffen gekommen ist.⁴⁾ Dass der Kosovo-Jugoslawien-Krieg sich am Ende nicht zum Weltkrieg ausweitete, verdanken wir auch einem Militär (dem britischen General Michael Jackson⁵⁾).

Es geht um einen Kampf der Lebenshaltungen, also um einen Kampf, welchen Grundansichten Menschen bestimmenden Raum in ihrem Leben zugestehen – und was sich daraus dann mit Zwangsläufigkeit ergibt. Als Christ frage ich mich: Mit welcher Haltung entspreche ich mehr dem, was ich von Jesus von Nazareth verstanden und aufgenommen habe? Die – sich aus dieser Quelle speisende und gerade am Heiligabend gefeierte – Hoffnung darauf, Gewalt und mit ihr die Institution des Krieges zu überwinden, kann sich darum niemals mit der Auffassung zufrieden geben, dass es nun zwischen Bellizisten und Pazifisten ein Nebeneinander gebe.

Pfarrer Dr. Matthias Engelke ist Mitglied im Versöhnungsbund-Vorstand.



2) in: Peter R. Gleichmann und Thomas Kühne (Hrsg.): Massenhaftes Töten. Kriege und Genozide im 20. Jahrhundert. Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Band 2; Essen 2004, Klartext Verlag

3) Rezension von Gerhard Kümmel im Newsletter Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften 01/2005

4) vgl. den Bericht von Lee Butler, Zwölf Minuten, um über das Schicksal der Menschheit zu entscheiden. Der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Atomstreitkräfte Lee Butler erklärt seine Wandlung zum Rüstungsgegner, »Frankfurter Rundschau« vom 01.09.1999. Der General Lee Butler brachte den General Powell davon ab, im Golfkrieg 1991 Atomwaffen einzusetzen: Robert D. Green: Fast Track to Zero Nuclear Weapons; hrsg.: The Middle Powers Initiative, Cambridge 1999, S. 23

5) R. St.: Erkenntnisse zum Streit unter Nato-Generälen, »Neue Züricher Zeitung« vom 11.09.1999, Nr. 211, S. 3

Ellen Diederich

»Die Waffen nieder« aktuell

Die Rolle von Frauen beim Engagement gegen Kriege und Gewalt

Wir ehren heute, am Internationalen Frauentag, Bertha von Suttner, die als erste von 12 Frauen den Friedensnobelpreis bekommen hat, und alle Frauen, die sich im Widerstand gegen Krieg und Gewalt befinden.

Bertha von Suttner ist eine von Millionen Frauen der Welt, die sich für Frieden, Gerechtigkeit, die Rechte von Frauen und Kindern, der indigenen Völker, gegen die konzerngesteuerte Globalisierung mit all ihren Konsequenzen in verschiedenen Teilen der Erde einsetzen. Frauen machen laut einer UNO Untersuchung etwa 65 Prozent der Friedensarbeit. Wir sind überall auf der Welt an Aktionen gegen Rassismus, für Fremdenfreundlichkeit, an Stationierungsorten von Atomraketen, gegen den Wahnsinn eines atomaren Krieges, Atomkraftwerke hier und anderswo, gegen Kriege, von denen es zur Zeit etwa 30 auf der Welt gibt, beteiligt.

Ganz oben auf unserer Agenda stehen die Anstrengungen, Lösungen für den Erhalt einer Umwelt, die das Leben für die nächsten Generationen ermöglicht, zu finden. Grundvoraussetzung dafür, ein Leben in Würde zu führen, ist die Nahrungsmittelsicherheit für alle Menschen.

Wir sind Teil der Netzwerke gegen die konzerngesteuerte Globalisierung. Thomas Friedman, Kolumnist der »New York Times« stellte fest, dass für eine funktionierende Globalisierung die USA als unüberwindliche Macht handeln müssten. Die unsichtbare Hand des Marktes brauche die sichtbare Faust der amerikanischen Streitkräfte. MacDonalds mit seinem Fast Food könne nicht ohne die Kampffjets von McDonnellDouglas expandieren.

Heute sind wir mit vier Formen des Krieges konfrontiert:

Der Krieg der Ökonomie fordert täglich die meisten Opfer durch Hunger, Wassermangel und -qualität heilbare und vermeidbare Krankheiten wie Aids. Täglich sterben etwa 40.000 Kinder in diesem Krieg. Die Globalisierungsprozesse, die Versuche, eine umfassende Privatisierung aller Bereiche des Lebens von der Bildung bis zum Wasser durchzusetzen, die unbeschreibliche Profitgier dieses Prozesses führt zu immer mehr Verelendung, zu Kriegen.

Wir sind konfrontiert mit dem **Krieg der totalen Zerstörung**, wie er in den letzten Jahren in vielen Teilen Afrikas, in Afghanistan, in Tschetschenien, im Irak geschieht. Dieser Krieg hat lang andauernde Folgeschäden, zum Beispiel durch die an die 120 Millionen Landminen, die im Boden verschiedener Länder liegen. Durch diese Minen sind

Millionen Menschen verkrüppelt oder getötet worden. Geschosse mit abgereichertem Uran, abgeworfen im Irak, in Bosnien, im Kosovo, in Afghanistan haben unübersehbare Langzeitfolgen.

Konfrontiert sind wir drittens mit dem **Krieg der lang andauernden Traumatisierungen**, in dem Folter angewandt wird, Familienangehörige vor den Augen anderer Familienangehöriger ermordet, Vergewaltigungen als Kriegsstrategie eingesetzt werden, Kinder zu SoldatInnen gemacht, Menschen vertrieben und entrechtet werden.

Der Krieg um die Köpfe und Herzen der Kinder und Menschen: Der Krieg der Indoktrination und Rechtfertigung von Gewalt findet in verschiedenen Formen statt. Er zeigt sich auf der einen Seite durch Gewöhnung an und Ausübung von Gewalt, wie sie über die Massenmedien verbreitet wird. In den USA geht das so weit, dass über Großleinwände auf öffentlichen Straßen und Plätzen Entertainment für die Kriege der US-Army geworben wird.

Auf die Frage »Was ist Krieg?« gibt es unendlich viele Antworten. Ein Moment aber ist allen Definitionen inne: Krieg ist keine Abstraktion.

Wie oft kamen der befürchtete Anruf oder die eMail am Tag oder in der Nacht: Isabels Mann ist durch eine Autobombe im Washingtoner Exil durch den chilenischen Geheimdienst mit Unterstützung der CIA getötet worden. Anna arbeitet beim Komitee der Mütter der Verschwundenen in El Salvador. Ihre vierjährige Tochter wird nach unserer gemeinsamen Reise durch Europa, um über Salvador aufzuklären, absichtlich von einem Militär-LKW angefahren und schwer verletzt. Laura vom gleichen Komitee wird nach unserer Reise von den Todesschwadronen geholt, vergewaltigt und gefoltert. Maria musste endgültig aus Tschetschenien fliehen, lebt jetzt in einem der unsäglichsten Flüchtlingslager in Inguschetien. Das Haus von Monicas Eltern in Nordirland ist von einer Bombe getroffen worden. Carmen wurde von sechs Soldaten vergewaltigt, sie haben ihr eine Brust abgeschnitten, aus dem Militärbus auf die Straße geworfen in der Annahme, sie sei tot. Ein zufällig vorbeikommender Taxifahrer fand sie, brachte sie ins Krankenhaus, so wurde sie gerettet. Lara hat die Vergewaltigungen in Bosnien nicht verkraftet, ist wie versteinert, hat sich der kroatischen Armee angeschlossen. Gloria, die von der UNO ausgezeichnete Bürgermeisterin des Friedens, wird in Kolumbien durch einen General öffentlich be-

29

Friedensbewegung

05
1/2005

droht, ihr Leben ist gefährdet. Sumaya erzählt, dass sie in drei Monaten auf 26 Beerdigungen in Palästina war, unter den Toten viele Jugendliche, Freunde ihres Sohnes. ... die Liste geht endlos weiter.

■ Welches sind die Rollen von Frauen im Krieg heute?

Die Opfer: Seit Bertha von Suttner hat sich etwas verändert. In den Kriegen ihrer Zeit bis zum Ersten Weltkrieg waren etwa 10 Prozent der Getöteten Zivilbevölkerung, 90 Prozent Soldaten. Seit dem Vietnamkrieg ist das Verhältnis umgekehrt. Heute sind 80 bis 90 Prozent der Opfer im Krieg Zivilbevölkerung, vorwiegend Frauen und Kinder.

Die Mehrheit von Frauen und Kindern ist heute unmittelbar in Gefahr, durch direkte Gewalt, durch Waffengewalt in Kriegs- und Krisengebieten, durch strukturelle Gewalt der Ökonomie, Hunger und Umweltzerstörung, durch staatlich legitimierte Gewalt bedroht oder umgebracht zu werden.

Die Täterinnen: Frauen sind Arbeiterinnen, Ingenieurinnen und Managerinnen in Rüstungsbetrieben. Als Politikerinnen entscheiden sie mit über die Beteiligung am Krieg. Frauen sind Soldatinnen, sollen sich »die Institutionen der Gewalt erobern«, fordert die Militärsoziologin Ruth Seifert. »Einige unsere besten Soldaten tragen Lippenstift«, titelte das Magazin »Emma«.

Die Frauen der westlichen Welt fordern Gleichberechtigung. Bei dieser Forderung wird nicht befragt, welche Rechte das sind, mit denen wir gleich werden sollen. Die vorhandenen Rechte der Männer werden als Norm gesetzt.

Gleichheit im Militär bedeutet Teilhabe am Krieg. Als Friedensarbeiterinnen können wir sie nicht unter dem Aspekt der Karriere für Frauen und Männer aus den reichen Ländern betrachten.

Unsere Friedensarbeit ist nicht die der neutralen Beobachterinnen aus dem sicheren Abstand der Theorie oder des Geldes. Wir gehen in Kriegsgebiete, um Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, Solidaritätsarbeit zu leisten. Vor allem aber auch, die Beteiligung unserer Länder an Kriegshandlungen durch Rüstungsexport, Entsendung von Soldaten, Teilhabe am Krieg zu dokumentieren und zu kritisieren.

»Wenn Gleichheit das Recht auf einen gleichen Anteil an den Profiten einer Wirtschaftstyrannie bedeutet, ist sie mit Emanzipation unvereinbar. Freiheit in einer unfreien Welt ist nichts als ein Freibrief zur Ausbeutung. Lippenbekenntnisse zum Feminismus in den Industriestaaten sind eine geschickte Verschleierung der Vermännlichung der Macht der Verweiblichung der Armut in den Entwicklungsländern.« (*Germaine Greer: Die ganze Frau, München 2000, S. 14 f.*)

Frauen sind nicht per se das friedlichere Geschlecht. Nicht das Geschlecht oder die Hautfarbe sind ausschlaggebend, sondern viel mehr, welchen

Zurichtungen und Drangsalierungen zur Anpassung an den Dienst in primitiven oder hochgerüsteten Armeen die Menschen – Männer und Frauen – ausgesetzt sind. Bei den Marines, den Ledernacken, den Special Forces, den Geheimdiensten und anderen Militäreinheiten.

Um nicht missverstanden zu werden, ich bin gegen Frauen und Männer im Militär, Frieden fordert die Abschaffung allen Militärs.

Bertha von Suttners »Die Waffen nieder!« heißt für mich heute vor allem, die Funktion der Armeen, in denen Frauen und Männer Dienst tun, zu hinterfragen. Welche Ziele verfolgen die US-Armee, die Bundeswehr, die NATO in der globalisierten Welt?

In der globalisierten Welt gibt es viele neue Feindbilder, »die Anderen«. Wer sind »die anderen Menschen«? Wer ist der »Feind«? Ist der Irak »Feindesland«? Im Irak sind über die Hälfte der Bevölkerung Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren. Es ist also vor allem ein Krieg gegen Kinder. Was ist »die Achse des Bösen«, sind »die Schurkenstaaten«? Wer sind »die Terroristen«? Iran, Irak, Nordkorea, Kuba, Syrien, Al Qaida, Hamas?

Andere sehen CNN, Coca Cola, MacDonalds, Halliburton, Lockheed Martin, Bechtel, die US-Armee und andere als die Achse des Bösen an. Die Perspektiven sind unterschiedlich.

Welche Mittel sind wem zur »Bekämpfung des Bösen« erlaubt? Vor allem, wenn man »Gott auf seiner Seite« hat, auf welcher Seite auch immer.

Frauen sind **Reparatarbeiterinnen des Krieges**, in diesem Bereich haben wir eine lange Tradition. Als Trümmerfrauen, die den Dreck wegräumen, den Männer gemacht haben, als Engel der Gefangenen und Soldaten, die als selbstlose Krankenschwestern und Ärztinnen Wunden versorgen, für die wir nicht verantwortlich sind. Als Ärztinnen, Sozialarbeiterinnen, als Friedensfachkräfte, die in die durch ökonomische Interessen und Waffen aus den Industriestaaten zerstörten Länder gehen. Dort werden Frauen, Kinder und Männer, die Opfer geworden sind, durch uns versorgt. »Unsere Demokratie« wird diesen Ländern gleichzeitig durch Zerstörung der Länder beigebracht. »Worte wie Freiheit und Demokratie jagen uns inzwischen einen Schauer über den Rücken.« Die Reparaturarbeiten sind eingeplant in die Kriegsstrategien.

Welches die bessere Lösung für die armen Länder ist? Die Antwort ist einfach: Kein Krieg.

■ Der Widerstand

Frauen haben eine lange Tradition des Widerstandes. Von Lysistrata, die mit ihren Freundinnen entschied, den Männern solange jede Sexualität zu verweigern, bis der Krieg zwischen Sparta und Athen endete, bis hin zu den Frauen von Greenham Common, die in den achtziger Jahren 10 Jahre lang die Atomraketenbasis belagerten, gibt es jede nur

erdenkliche Form des Widerstandes, an denen Frauen beteiligt waren und sind.

Die 12 Frauen, die mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurden, repräsentieren die Bandbreite dieser Anstrengungen.

Bertha von Suttner erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 1905. 1889 erscheint ihr Roman: »Die Waffen nieder«. Mit diesem Buch revolutioniert sie die Idee der alten Ordnung, die den Krieg als unvermeidbares Phänomen in der Menschheitsgeschichte annimmt. Bertha von Suttner leistet auf unterschiedlichen Ebenen Widerstand gegen Krieg, Rassismus, Antisemitismus. Bestandteil einer friedlichen Gesellschaft ist für sie unbedingt die Emanzipation der Frauen. Sie gründet mit anderen zusammen die Österreichische und die Deutsche Friedensgesellschaft. Als einzige Frau nimmt sie an der ersten Weltfriedenkongferenz 1899 in Den Haag teil. Sie setzt sich für den Internationalen Gerichtshof ein, der bei Streitigkeiten zwischen Ländern als Schiedsgericht fungieren soll.

Jane Addams erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 1931. Starke Empfindung für die Ungerechtigkeit des Lebens treibt sie an. Sie, die aus wohlhabendem Haus kommt, sieht das Elend und die Not der Menschen zur Zeit der Industrialisierung. Sie wird Sozialarbeiterin, eröffnet Zentren in den Armenvierteln Chicagos, in denen Menschen Hilfe finden. Sie erkennt im Krieg Ursachen für menschliches Leid und die Verelendung, wird zur glühenden Pazifistin und Schriftstellerin: »Wahre Gerechtigkeit muss aus geschulter Einsicht hervorgehen, aus vertieftem Mitgefühl mit dem Leiden der einzelnen Menschen.« 1915 leitet sie den Frauenfriedenskongress in Den Haag. Hier kommen Frauen aus allen am Ersten Weltkrieg beteiligten Ländern zusammen, um Vorschläge zur Beendigung dieses Krieges zu entwickeln. 1919 wird sie zur Präsidentin der bis heute arbeitenden Frauenfriedensorganisation WILPF – Women's International League for Peace and Freedom gewählt.

Emily Green Balch erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 1946. Sie studiert in Paris, Berlin und in den USA. Sie ist, wie ihre Freundin Jane Addams, schockiert über die Armut, macht früh soziologische Studien über die Lage der arbeitenden Menschen. Sie wird Professorin, mischt sich aber in Fragen der internationalen Politik ein, die akademische Arbeit genügt ihr nicht. Ihr ganzes Leben lang versucht sie, Brücken zwischen verfeindeten Nationen zu schlagen, dazu beizutragen, die Gräben zwischen den Völkern zu überwinden. Sie wird Sozialistin, verliert ihre Arbeit als Professorin, weil sie sich öffentlich zum Pazifismus bekennt.

»Krieg wirklich aus unserem System herauszuschneiden, bedeutet jedoch eine enorme Revolution. Krieg kann nicht umgestaltet, er kann nur abgeschafft und ersetzt werden, und zwar durch effiziente Methoden, mit denen wir unsere Sicherheit selbst gestalten.«

Mairied Corrigan und Betty Williams erhalten den Friedensnobelpreis im Jahre 1977. Sie sind 1976 die Initiatorinnen der »Peace People« in Nordirland. Betty Williams ist Zeugin des gewaltsamen Todes dreier Kinder und eines jungen Republikaners am 10. August 1976 in den Straßen von Belfast. Es ist die Zeit der Eskalation der Gewalt. Die katholische Betty Williams und die protestantische Mairied Corrigan tun sich zusammen und organisieren große Friedensmärsche von Protestanten und Katholiken gegen die Gewalt. »Wir stehen ein für das Leben und die Schöpfung und sind gegen Krieg und Zerstörung. Die Gewalt muss ein Ende haben. ... Niemand zwingt uns, in den Krieg zu ziehen, aber es scheint so, dass es mehr Mut erfordert, nein zu sagen als ja. Vielleicht haben wir Frauen viel zu lange die Idee unterstützt, dass es tapfer und männlich ist, in den Krieg zu ziehen, der oft damit begründet wird, Frauen und Kinder zu verteidigen.«

Mutter Theresa erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 1979. Sie ist eine der bekanntesten Frauen des 20. Jahrhunderts. Sie gründet, entsetzt von der grauenvollen Armut in den Slums von Kalkutta den Orden »Missionarinnen der Nächstenliebe«, der heute über 500 Niederlassungen in mehr als 100 Ländern hat. Die Frauen und Männer des Ordens sorgen sich um die Ausgestoßenen, die Leprakranken, die Alten, die Alkoholabhängigen, verlassene Kinder, Flüchtlinge, Heimatlose. Die Mutter gibt ihm das Lebensmotto: »Lass niemanden zu dir kommen, der dich nicht besser und glücklicher wieder verlässt.« »Heute, am 10. Dezember 1979, geschieht im illustren Saal in Oslo etwas noch nie Dagewesenes: Eine Frau in Sari und Strickjacke, barfuß in ausgetretenen Sandalen, betritt den Raum. ... Ich nehme den Preis an, im Namen der Armen, da ich glaube, dass das Komitee mit der Verleihung an mich die Existenz der Armen anerkannt hat.«

Alva Myrdal erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 1982. Sie ist eine beruflich und politisch sehr erfolgreiche Frau. Sie wird die erste Abrüstungsministerin der Welt, eine der ersten Frauen, die Botschafterin eines Landes werden. Sie wird Schwedens leitende Vertreterin bei der UNO und UNESCO und gründet mit anderen zusammen eines der renommiertesten Friedensforschungsinstitute der Welt: SIPRI – Swedish International Peace Research Institute. Zusammen mit ihrem Mann, der den Nobelpreis für Wirtschaft erhält, entwickelt sie wichtige Teile des schwedischen Sozialstaatsmodells. Vor allem engagiert sie sich gegen Krieg und die atomare Bedrohung. »Krieg ist Mord. Das Zeitalter, in dem wir leben, kann nur als ein barbarisches bezeichnet werden. Die Rivalität um die Macht tritt einer sinnvollen Kooperation entgegen. Militärische Übungen und Kriegsspiele verletzen die grundsätzlichen ethischen Normen, die das Gebot *Du sollst nicht töten* beinhaltet.«

Aung San Suu Kyi erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 1991. Sie ist zwei Jahre alt, als ihr Va-

ter, der rechtmäßige Führer Birmas, Aung San, ermordet wird. Eine gnadenlose Militärregierung übernimmt das Land. »Innerhalb eines Systems, das die Existenz selbst der fundamentalsten Menschenrechte leugnet, ist Furcht bald an der Tagesordnung, Furcht vor Inhaftierung, Folter, Tod, vor dem Verlust der Freunde, der Familie, des Wohlstandes oder des Lebensunterhaltes, vor Armut, Isolation, Versagen.« Ende der achtziger Jahre rebellieren StudentInnen und buddhistische Mönche. Aung San Suu Kyi schließt sich ihnen an, wird zur Anführerin der Nationalen Liga für Demokratie, die 1990 einen erdrutschartigen Sieg erlebt. Die Generäle aber lassen die demokratische Wahl nicht gelten, Aung San Suu Kyi wird verhaftet, später unter Hausarrest gestellt. In ihren Widerstandsformen orientiert sie sich an den gewaltfreien Prinzipien von Gandhi.

Rigoberta Menchu Tum erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 1992. Sie ist die Tochter einer armen Indigena-Bauernfamilie aus Guatemala. Sie wächst in der Tradition der Quiché Nation auf, die in der kulturellen Tradition der Maya steht. Guatemala wird, wie nahezu ganz Mittelamerika, von einer Militärdiktatur unterdrückt. Besonders heftig sind die Kämpfe in den achtziger Jahren. Rigoberta Menchu Tum ist eine der Anführerinnen des Widerstandes der indigenen Bevölkerung. 1981 war sie gezwungen, das Land zu verlassen und beteiligte sich von Mexiko aus an der Organisation der Bauernaufstände. Sie ist eine der Initiatorinnen der vereinigten Opposition in Guatemala und aktiv in der Frauenrechtsbewegung. Mit ihrer Arbeit informiert sie die Welt über den Kampf des Volkes der Maya und wird weltweit zur bekannten Vertreterin für die Rechte der indigenen Völker und für ethnisch-kulturelle Versöhnung.

Jody Williams erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 1977. Sie repräsentiert die weltweite Bewegung gegen die Landminen. Etwa 120 Millionen Landminen bedrohen Menschen in vielen Ländern. Es gibt Länder, in denen mehr Landminen im Boden lagern, als das Land EinwohnerInnen hat. In jedem Jahr werden etwa 25.000 Menschen durch Landminen getötet, eine weit größere Anzahl ernsthaft verwundet und verkrüppelt. 90 Prozent von ihnen sind Angehörige der Zivilbevölkerung.

Die Kampagne gegen Landminen zeigt auch die wachsende Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen. Es sind solche Gruppen, die sich um die Ächtung der Landminen bemüht haben. »Die Internationale Kampagne hat einen Prozess in Gang gesetzt, der innerhalb weniger Jahre die Vision einer Ächtung von Antipersonenminen zur greifbaren Realität werden ließ.«

Shirin Ebadi erhält den Friedensnobelpreis 2003. Sie erhält als erste Muslima den Friedensnobelpreis. 1974 wird sie als erste Frau des Iran zur Richterin ernannt. 1979 übernehmen die Ayatollahs die Macht. Den Frauen wird das Richteramt wieder abgenommen, sie seien zu emotional und

irrational, heißt es. Shirin Ebadi lässt sich nicht entmutigen, beginnt verstärkt den Kampf um die Rechte von Frauen, Kindern und politischen Gefangenen. Fünf Jahre dauert es, bis sie die Zulassung zur Anwältin erhält. Sie vertritt zu Unrecht beschuldigte Menschen, deckt politische Skandale auf und kommt selber ins Gefängnis. In ihrer Vorstellung ist »der Islam interpretationsfähig, ein Glaube der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Es ist die herrschende patriarchalische Kultur, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verhindert. Der Islam ist nur ein Vorwand, der, richtig interpretiert, ein starker Befürworter der Menschenrechte sein kann.«

Wangari Mathaai erhält den Friedensnobelpreis im Jahre 2004. Sie ist die erste Afrikanerin, die den Friedensnobelpreis erhält. Die Waffe, die heute die meisten Menschen tötet, ist die, die Afrika auch am heftigsten bedroht: Der Hunger! In den letzten 50 Jahren ist die Hälfte der afrikanischen Wälder verschwunden. Der Wald aber ist eine der Voraussetzungen für eine Landwirtschaft, die die Menschen ernähren kann. 1978 beginnt Wangari Mathaai mit der Kampagne »Green Belt Movement«. Die Bewegung hat sich die Wiederaufforstung Afrikas zum Ziel gesetzt und bis heute viele Millionen Bäume gepflanzt. Wangari Mathaai ist unermüdlich in ihren Bemühungen um Aufklärung über die ökologischen Zusammenhänge, über die Kreisläufe von Wasser, Klima, Landwirtschaft, Ernährung. Sie hat viele Kämpfe bestehen müssen, wurde ins Gefängnis geworfen. Ihr strahlender Optimismus aber ist ungebrochen. Heute ist sie stellvertretende Landwirtschaftsministerin ihres Landes Kenia.

In der Tradition dieser Frauen sagen wir, wir lassen uns als Frauen

- nicht mehr für Krieg instrumentalisieren, nicht in die Kriegsstrategien einplanen,
- nicht als Mütter, nicht als Opfer, nicht als Soldatinnen
- nicht als diejenigen, die die Wunden wieder heilen sollen, für die wir nicht verantwortlich sind,
- nicht als humanitäre Helferinnen missbrauchen.
- Unsere Mit-Leidensfähigkeit, unser Mit-Gefühl stehen nicht mehr zur Verfügung.
- Dieses Mal werden wir auch die Trümmer nicht wieder wegräumen.

Wir wollen als Frauen nicht mehr die Opfer von Kriegen, sondern Akteurinnen des Friedens sein.

Ellen Diederich ist die Koordinatorin des Internationalen Frauenfriedensarchivs Fasia Jansen. Der Text ist die gekürzte Fassung des Redemanuskripts zur Eröffnungsveranstaltung für den Bertha-von-Suttner-Kunst- & Medienpreis am 8. März in Essen (nähere Informationen im Internet unter www.bertha-von-suttner-preis.de).

Klaus Pfisterer

KDV-Statistik 2004

Jahr	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ungediente	146.467	162.462	164.267	163.277	170.734	178.354	163.548	150.273
Einb./Vorbenach.	5.616	6.090	6.512	6.395	8.210	8.128	4.627	1.296
Soldaten	1.856	2.016	2.175	2.494	2.452	2.322	1.859	1.936
Reservisten	1.033	1.089	1.393	699	1.024	840	711	658
Summe	154.972	171.657	174.347	172.865	182.420	189.644	170.745	154.163

KDV-Anträge 1997 – 2004; Quelle: Bundesamt für den Zivildienst – Pressestelle (10.02.2005)

Die KDV-Zahlen sind 2004 um knapp 10 Prozent auf 154.163 Anträge (Vorjahr 170.745) gesunken. Stark rückläufig sind die KDV-Anträge von Ungedienten sowie Vorbenachrichtigten und Einberufenen. Die Musterungszahlen sind dagegen um knapp 4 Prozent auf 386.898 (372.752) gestiegen.

Bei den im letzten Jahr 369.745 abgeschlossenen Musterungsverfahren sind 67.914 Wehrpflichtige als nicht wehrdienstfähig gemustert worden. Hinzu kommen 57.066 Wehrpflichtige mit dem Tauglichkeitsgrad T3, der noch bis zum 01.10.2004 galt, und die danach als nicht wehrdienstfähig eingestuft wurden. Insgesamt wurden 124.980 Wehrpflichtige (Vorjahr: 117.102) als untauglich gemustert. Das sind 33,80 Prozent (Vorjahr: 32,23).

Es bleibt festzuhalten: Im Jahr 2004 standen rund 435.000 Wehrpflichtige zur Musterung an. Davon wurden mindestens 50.000 Wehrpflichtige nicht und weitere 125.000 untauglich gemustert. Somit müssen bereits 175.000 Wehrpflichtige keinerlei Dienst leisten. Und das sind noch nicht alle.

Die Musterungszahlen geben eine deutlichen Hinweis darauf, wie künftig die Zahl der Verfügbaren klein gehalten werden soll. Die Zahl der Untauglichen steigt. Im Jahr 2004 waren es bereits ein Drittel der gemusterten Wehrpflichtigen. Für die Beratungspraxis bedeutet dies zunächst, den Wehrpflichtigen eindringlich zu raten die Musterung abzuwarten, bevor sie einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen.

Für politischen Streit sorgt weiterhin die Ungleichbehandlung von anerkannten Kriegsdienstverweigerer gegenüber Wehrpflichtigen. Während Verteidigungsminister Struck in diesem Jahr rund 65.000 junge Männer zum Grundwehrdienst einzieht (Tendenz fallend), sind es beim Zivildienst rund 90.000 anerkannte Kriegsdienstverweigerer (Tendenz gleichbleibend). Nach wie vor bricht die Bundesregierung ihr Gleichbehandlungsversprechen aus dem Koalitionsvertrag von 2002.

Sowohl für den Zivildienst als auch für den Grundwehrdienst stehen deutlich mehr Dienstpflichtige als Finanzmittel für deren Einberufung zur Verfügung. Mindestens 75.000 Wehrpflichtige können daher keinen Dienst leisten. Mittlerweile müssen noch höchstens 37 Prozent eines Jahrgangs Grundwehr- oder Zivildienst leisten.

Jahr	2003	2004
wehrdienstfähig	235.319	235.676
vorübergeh. nicht WD-fähig	10.890	9.089
nicht wehrdienstfähig	49.716	67.914
Verwendungsgrad T3	67.386	57.066
Summe	363.311	369.745

Musterungen 2003/2004; Quelle: BMVg (10.03.2005)

Viele anerkannte Kriegsdienstverweigerer erhalten vom BAZ ein Schreiben mit dem Vermerk, dass sie sich eine Zivildienststelle suchen sollen, andernfalls würden sie zwangsweise einberufen. Der Leiter des BAZ bat die KDV-Beratungsstellen darum, Kriegsdienstverweigerer dahingehend zu beraten, dass sie sich möglichst zügig eine Stelle suchen. Nach der offiziellen Statistik vom 15.02.2005 stehen dem BAZ aber nur deutlich unter 400 Plätze für eine zwangsweise Einberufung zur Verfügung. Offensichtlich kann das BAZ den Zivildienst nur durchführen, wenn die Dienstpflichtigen bei ihrer Einplanung mitwirken. Wer sich nicht rührt, hat also beste Chancen, keinen Dienst leisten zu müssen. Darauf sollten die KDV-Beratungsstellen, die im Sinne der Kriegsdienstverweigerer beraten, zukünftig verstärkt hinweisen. Alles andere hilft nur, die die KDVer benachteiligende Einberufungspraxis des Bundesamtes zu stützen.

Die Wehrungerechtigkeit wird täglich vor Augen geführt, so dass sich jeder Politiker, der an der falschen Behauptung, es gebe sie, festhält, ins Abseits stellt. Die politische Forderung kann nur lauten: Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht noch in dieser Legislaturperiode.

Wir raten den Wehrpflichtigen nach wie vor, mit ihrem KDV-Antrag zu warten. Die Kampagnen von DFG-VK (www.Machs-wie-Dieter.de) und Zentralstelle KDV (www.Wehrpflicht-Nein-Danke.de) sind in der gegenwärtigen Phase ein wichtiger Bestandteil, denn sie zeigen den angehenden Wehrpflichtigen die Dienstungerechtigkeit auf und weisen auf Möglichkeiten im Umgang mit dieser Ungerechtigkeit hin.

Klaus Pfisterer ist KDV-Rechtsbeistand und Landessprecher der DFG-VK Baden-Württemberg. 

Karl-Klaus Rabe

»Gesegnete Unruhe«

Hans A. de Boer zum 80. Geburtstag

Als ich ihm das erste Mal bei einem Treffen des Versöhnungsbundes begegnete – das ist drei Jahrzehnte her, ich war damals 20, 21 Jahre alt –, nahm er mich zur Brust, nachdem ich einen kurzen Vortrag über den gewaltlosen Kampf der mexiko-amerikanischen Landarbeiter für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen in den USA gehalten hatte. Er ermahnte mich zur Disziplin. Wer gewaltlos etwas bewirken wolle, ich sage es einmal mit meinen Worten, müsse sich verdammt noch mal seinen Arsch aufreißen, wirklich hart arbeiten.

Ich kannte den Mann nicht, woher auch? Er war damals in meinem jetzigen Alter.

Abends saßen sie zusammen: Martin Niemöller und andere, die einst in der Bekennenden Kirche in der Nazi-Zeit Widerstand geleistet hatten. Und ich durfte zuhören. Das vergesse ich nie.

Hans A. de Boer, Jahrgang 1925, war Ende des Zweiten Weltkrieges so alt wie ich, als ich ihm das erste Mal begegnete. Der Sohn eines reichen Hamburger Kaufmanns wollte als 16-Jähriger nichts von der »Hitler-Jugend« wissen. Er hörte BBC London, begeisterte sich für »Nigger-Musik«, zählte zur »Swing-Jugend«, hörte Duke Ellington und Teddy Stauffer. Das reichte eigentlich, um ins KZ zu kommen.

Sein Lehrherr schickte ihn mit 17 in den »Osteinsatz« in das besetzte Polen. Er erlebte dort, wie Juden von Deutschen verfolgt und umgebracht wurden. Er fälschte Urkunden, um Juden zu retten, schüttete Zucker in Tanks von Wehrmachtfahrzeugen, wurde schließlich im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter des US-Geheimdienstes CIC.

Seine Lebensgeschichte ist auf einer Seite nicht darstellbar, nur so viel: 1950 kam er ins südliche Afrika, erlebte die Ausbeutung der Schwarzen durch die Weißen, lernte dort die Gandhi-Familie kennen, ging nach Indien, begegnete Pandit Nehru ... Der sollte ihm später viele Türen öffnen. Hans A. de Boer konnte mit Oberst Nasser in Ägypten sprechen, mit Marschall Tito in Jugoslawien, mit Mao Tse-tung und Tschou En-Lai in China ... Er lernte die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA kennen, Martin Luther King, Angela Davis, Malcolm X. Er erlebte den Krieg in Vietnam, flog 1967 mit dem später ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme nach Hanoi, wurde von Ho Chi Minh empfangen.

Hans A. de Boer studierte in Kanada Theologie. Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre war

er Dozent am Sevagram College in Indien, wo einst Mahatma Gandhi gewirkt hatte. In seiner »Freizeit« – für ihn ein Fremdwort – arbeitete er im von Mutter Teresa geleiteten »Haus für die verlassenenden Sterbenden« in Kalkutta. Er kam mit der damaligen indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi zusammen, traf den Dalai Lama, besuchte Tibet, begegnete dem Führer der Roten Khmer, Pol Pot.

Mit seiner indischen Lebensgefährtin, einer Ärztin, ging er zu Zeiten des Krieges nach Kambodscha, leistete medizinische Hilfe. US-Soldaten nahmen sie gefangen. Seine Lebensgefährtin wurde zu Tode gefoltert. Er überlebte die qualvollen Torturen.

1972 kehrte er nach Deutschland zurück, in »ein Land, das mir oft narkotisiert vorkommt«. Das sei ein Kulturschock gewesen.

Er wurde Berufsschulpastor in Duisburg, nutzte jede Minute, um sich einzumischen, bereiste in den Schulferien die Welt, um Vorträge zu halten, sich für politische Gefangene einzusetzen, in Konflikten zu vermitteln. In seinen Osterferien machte er die DDR unsicher, reiste durch die Republik – von der Stasi verfolgt. Seine Meinung wurde gehört: Die US-Regierung bat ihn um Mithilfe bei den Bemühungen um die Freilassung von Geiseln in Nicaragua; dann flog er wieder nach Asien – sprach mit Ajatollah Khomeini ... Wie viele Länder er aufgesucht hat, ich weiß es nicht. Es sind bestimmt 80 außerhalb von Europa. Im Auftrag von Kirchen, Menschenrechtsorganisationen, weil er eingeladen wurde ...

Als Lehrer war es sein Ziel, »jungen Menschen zu zeigen, dass es Spaß macht, sich mehr Wissen anzueignen, um sein eigenes Leben und das anderer zu verbessern. Schüler zur Kritikfähigkeit zu erziehen, mit der wirklichen Welt fertig zu werden, war meine schönste Aufgabe. Ich habe versucht, gegen die Anpassung zu erziehen, Mut zu machen, tapfer gegen den Strom zu schwimmen.«

Hans A. de Boer hat die Welt bereist, nicht als Tourist. Die Bücher über seine Arbeitsaufenthalte in fünf Kontinenten sind zu Bestsellern geworden, schon in den sechziger Jahren. Wohlmeinende nennen ihn einen »intimen Kenner der Dritten Welt«, einen »Voraus- und Querdenker«, einen »streitbaren Kirchenmann«, einen »Workaholic in Sachen Evangelium«, einen »radikalen Humanisten« ... Andere halten ihn für einen »Öko-Exoten«, einen »gewaltlosen Terroristen« oder einen »telegen Talkrunden-Schreck«. Das Lifestyle-Magazin

»Cosmopolitan« ernannte ihn zum »Mann des Monats«: »Aggressiv, mit Mut zum Streit und ohne Unterlass predigt der evangelische Pastor für Frieden und Gerechtigkeit. Er lässt kein Reizthema aus – von Aids bis Apartheid, von Atomkraft bis Arbeitslosigkeit ...«

Hans A. de Boer gönnt sich nichts: keinen Urlaub, keinen Luxus, nicht einmal einen Herd. »Ich war ein verwöhnter Junge aus gutem Hause und bin aus der deutschen Leistungsgesellschaft ausgetreten.« Sein Resümee: »Zu 99 Prozent habe ich keinen Erfolg gehabt, aber dieses eine Prozent lässt mir keine Ruhe. Unruhe kann sehr produktiv sein, ein Segen.« Konsequenz: Seine Briefe zeichnet er nicht »Mit freundlichen Grüßen«, sondern mit »Gesegnete Unruhe«.

Wenn ich ihn länger nicht gesprochen habe, eröffnet er heute sein Telefonat schon mal mit einem »Entschuldige, dass ich lebe. Du dachtest wohl schon, dass ich tot bin.« – Gott behüte, Hans, wir brauchen Dich noch. Weiter so!

Karl-Klaus Rabe ist Geschäftsführer des Lamuv-Verlags. Hans A. de Boer wird am 13. April 80 Jahre alt. Der Titel seiner im Lamuv-Verlag erschienenen Autobiografie lautet »Gesegnete Unruhe«. Wer de Boer zu einer Lesung einladen möchte, kann sich an den Lamuv-Verlag wenden: Postfach 2605, 37016 Göttingen; info@lamuv.de



Rezensionen und Hinweise

Helmut Kramer/Wolfram Wette (Hrsg.): Recht ist, was den Waffen nützt. Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert. Aufbau-Verlag; Berlin 2004; 432 Seiten; gebunden; ISBN 3-351-02878-5; 24,90 Euro

Im Oktober 2002 trafen sich zum ersten Mal Historiker mit dem Spezialgebiet Historische Friedensforschung und Juristen mit Interesse für eine kritische Justizgeschichte. Gemeinsam wurde das Spannungsfeld von Juristen zwischen Krieg und Frieden in der deutschen Geschichte erörtert.

Den beiden Herausgebern und dem Verlag verdanken wir die Veröffentlichung der Beiträge dieser Konferenz. Mit dem angenehm gestalteten Band sind die Beiträge vorerst vor einem Versinken in einem »Aufsatzgrab« geschützt.

Und es lohnt sich die Beiträge nachzulesen. Wie sich leider bald zeigt, ergab sich für die meisten Juristen kein Spannungsfeld. Im Zweifelsfall funktionierte die Justiz zugunsten von Militär, Waffen und Krieg.

Die Beispiele sind bedrückend. Es ist erhellend, der Linie zu folgen, die mit den Kriegsprotesten der beiden Abgeordneten im Deutschen Reichstag 1870 August Bebel und Wilhelm Liebknecht anhebt und mit der Aufarbeitung der Proteste gegen den Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 endet. Einige geradezu skandalöse Fälle werden in Erinnerung gebracht. Am bekanntesten ist sicherlich die Verurteilung Carl von Ossietzkys im Jahr 1931, die ausführlich geschildert wird. Genauso bekannt verdiente der Fall des Journalisten Garbe zu wer-

den, der nach dem Krieg noch dafür verurteilt wurde, dass er sich seiner Hinrichtung durch Flucht entzog, indem er einen ihn daran hindernden Polizeibeamten niederschlug (S. 231).

Einführende Artikel vollziehen die wechselvolle Geschichte des deutschen Pazifismus nach. Wie sehr er immer noch gespalten ist, zeigt sich daran, dass wohl zwischen dem bürgerlich-liberalen Lager (»Pazifismus«) und der Arbeiterbewegung (»Antimilitarismus«) unterschieden wird, aber der christlich-kirchliche Flügel (»Religiöse Sozialisten« und »Internationaler Versöhnungsbund«) mit Ausnahme einiger Namen unerwähnt bleibt. So wird z.B. des Kriegsdienstverweigerers Hermann Stöhr gedacht – 1940 hingerichtet. Er war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung (1939) jedoch nicht mehr bei der Inneren Mission beschäftigt (S. 213), sondern nach wie vor für den Versöhnungsbund tätig.

Die Blindheit gegenüber diesem Strom überrascht umso mehr, als es zahlreiche wechselweise Beziehungen gab, z.B. zwischen dem württembergischen »Friedenspfarrer« Otto Umfrid (1857-1920) und der Friedens-Warte. So war der Gründer der ersten deutschen Friedensgesellschaft, 1848 in Königsberg, ein Garnisonpfarrer – heute würde man Militärpfarrer sagen. Auch das bleibt in diesem Zusammenhang unerwähnt. Hier besteht Nachholbedarf, von dem sicherlich alle Seiten profitieren würden.

Ein großer Gewinn sind alle Beiträge, die dem biografischen Zugang gewidmet sind. Karl Holl greift aus dem Vollen und mäßigt sich – leider – mit

nur wenigen Kurzbiografien von Persönlichkeiten, u.a. auch Juristen, die der Friedensarbeit zugehörten.

Von der Verfolgung der Pazifisten schon vor dem Ersten Weltkrieg – z.B. Rosa Luxemburgs – über die Weimarer Republik bis ins Dritte Reich: Das Schema ähnelt sich: Willkürliche Veränderungen der Anklage, Messen mit zweierlei Maß (gegen Pazifisten und für Rechtsextremisten), weites Ausnutzen des Ermessensspielraumes wo es möglich ist, den pazifistischen Angeklagten zu schaden, Ablehnung eines solchen, wo sie selbst sich verteidigen müssen ...

Es ist verdienstvoll, dass auch die antipazifistische Vergangenheit der DDR-Justiz in einem gesonderten Beitrag untersucht wird.

Die Frage, warum Juristen auf solch schreckliche Weise der Staatsgewalt dienten, ja nicht einmal gehorchten, sondern in ihrem Missbrauch mitunter vortraten – wie während des Dritten Reiches, erläutert an einigen Beispielen – diese Frage bleibt unbeantwortet. Kann sie überhaupt beantwortet werden? Hinweise auf geistesgeschichtliche Zusammenhänge, Fragen der Ausbildung, Abhängigkeiten durch die Gestaltung des Arbeitsfeldes für Juristen (Richter, Staatsanwälte – in der BRD sind Generalstaatsanwälte nach wie vor an politische Weisungen gebunden – und Rechtsanwälte) in den verschiedenen Staaten bleiben vereinzelt. Da nicht alles auf einer Tagung, die zum ersten Mal Historiker und Juristen auf diese Weise zusammenbrachte, erörtert werden kann, wünschen wir von Herzen eine Fortsetzung.

Durch alle Beiträge hinweg hebt sich – wie ein roter Faden – immer wieder heraus, dass die einzige Gruppe von Menschen, die in allen drei Staatsgebilden (vom Nazi-Deutschland über die DDR und die westdeutschen bzw. dann die Wiedervereinigungsjustiz) als Pazifisten böse benachteiligt wurden, die Zeugen Jehovas sind. Sie stellten die meisten Kriegesdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg und Totalverweigerer in der DDR und wurden auch in der BRD für ihre Kriegesdienstverweigerung benachteiligt (S. 290). Sie galten im Dritten Reich und zur DDR-Zeit als »Freiwill« – niemand verwandte sich für sie. Grund genug, sich heute für sie zu einzubringen und ihrem Zeugnis für die Gewaltfreiheit die Ehre zu erweisen?

Das im Vorwort von Hans-Jochen Vogel geäußerte Motiv, sich mit dieser Geschichte zu befassen, »weil wir sonst Warnzeichen übersehen und wegschauen oder weghören könnten, wenn der Ungeist von neuem sein Haupt erhebt«, erweist sich, wenn man den Band am Ende beiseite legt, als doch zu sehr optimistisch: Der Ungeist hat sein Haupt bis heute nicht niedergelegt. Zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit:

Ein Artikel vom 11.12.2004 aus der Süddeutschen Zeitung (»Das Skandalurteil von Magdeburg«, Gerd Krumeich, Düsseldorf) wirft einen Fall

um den Reichspräsidenten Friedrich Ebert wieder auf, der sich 1924 gegen den Vorwurf des Landesverrates wehrte, weil er im Januar 1918 in die Streikleitung eines Munitionsarbeiterstreiks in Berlin eintrat. Warum gereicht es einem Mann nicht zur Ehre, einen Krieg durch einen Munitionsstreik beenden zu wollen? Ebert selbst sah es anders. Er sei in die Leitung eingetreten, um den Streik so bald wie möglich zu beenden. Das Gericht in Magdeburg bestätigte den Vorwurf des Landesverrates. Ebert empfand dies als Demütigung und starb im Februar 1925. Der Autor weist darauf hin, dass die Aktenlage den Befund des Gerichts bestätigen würde.

Kurz vor Weihnachten 2004 verurteilte ein deutsches Gericht den Pazifisten Wolfgang Sternstein zu zwei Monaten Haft. Er hatte am deutschen Atomwaffenlager Büchel ein Flugblatt an Soldaten verteilt, das diese dazu aufforderte – mit Hinweis auf das Völkerrecht – den Dienst zu verweigern.

Matthias Engelke



Wolfgang Sternstein: Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiografie. Norderstedt, Books of Demand, 2005. 488 Seiten, 50 Fotos; 28 Euro; ISBN 3-8334-2226-2

»Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!« Dieser Plakattext aus den Tagen des Widerstandes um den Bau des Atomkraftwerkes in Wyhl könnte auch als Überschrift über das Leben eines gewaltfreien Aktivisten stehen, dessen Autobiografie gerade erschienen ist. Dennoch würde dieses Motto zu kurz greifen, um das Leben von Wolfgang Sternstein in seiner gesamten Bandbreite zu charakterisieren. »Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit« – dieser Titel spiegelt treffend diesen ungewöhnlichen Lebensweg wieder. Herausgekommen ist ein sehr persönliches, selbstkritisches, offenes Buch. Sehr gelungen finde ich dabei die Verknüpfung von persönlichen Lebensereignissen mit Berichten über die Teilnahme an direkten gewaltfreien Aktionen bis hin zur theoretischen Reflexion verschiedener Problematiken.

Wolfgang Sternstein, 1939 in Braunschweig geboren, lernte brutale Gewalt früh kennen, vor allem durch seinen Vater, der mit Leib und Seele Nazi war. Er wollte seine Söhne zu »arischen Herrenmenschen« erziehen, die hart im Nehmen und noch härter im Geben sein sollten. So gab es schon in früher Kindheit viel Gewalt zu spüren und zu erleben. Am eigenen Körper, aber auch, wenn der Vater in Anfällen von Jähzorn die Mutter unbarmherzig schlug. Diese »Hölle«, wie Wolfgang Sternstein das Leben der Familie charakterisiert, bis es schließlich zur Scheidung der Eltern kam, hat er durchlebt, aber ist nicht völlig daran zerbrochen. Es scheint so, dass ihn diese früh erlittene Gewalt

tief geprägt und sensibel gemacht hat gegenüber vielfältigen Formen von Gewalt und Unrecht.

Weil er anderen nicht antun wollte, was ihm selber angetan worden war, verweigerte er den Kriegsdienst. Zu Beginn der 1960er Jahre gewiss eine ziemlich mutige Entscheidung, galten Kriegsdienstverweigerer damals noch allemal als Drückeberger und Feiglinge, waren auch völlig in der Minderheit. Zudem wurden den kriegsdienstverweigernden jungen Männern damals beträchtliche Schwierigkeiten gemacht – vor allem durch die jahrzehntelang berühmt-berüchtigten Gremien zur Gewissensprüfung –, bevor sie als Kriegsdienstverweigerer anerkannt oder schließlich doch abgelehnt wurden. Und so war dieser Schritt zur Kriegsdienstverweigerung für den heranwachsenden Wolfgang ein wichtiger Schritt zur Selbstfindung. Er lernte, zu dem zu stehen, wofür er sich entschieden hatte.

Noch etwas anderes brachte die Kriegsdienstverweigerung für Wolfgang Sternstein: die Auseinandersetzung mit der Frage nach einer konstruktiven Alternative zur militärischen Verteidigung. Er widmete sich fortan der Forschung über gewaltfreie Aktion und Soziale Verteidigung. Seine Doktorarbeit, die ihn jahrelang stark beanspruchte, schrieb er allerdings zu einem Thema aus der Marxismus-Forschung.

Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten finden sich in diesem Buch in zusammenfassender Form, zum Beispiel in zwei Kapiteln über das Konzept der Sozialen Verteidigung und in vier Kapiteln über Gandhi. Gerade Gandhi nennt Wolfgang Sternstein als den bedeutendsten unter seinen »Ersatzvätern«. Kein Wunder, dass dessen Experimente mit der Wahrheit sowohl in seinem eigenen Leben, als dann entsprechend auch in seiner Autobiografie eine herausragende Rolle spielen. Deshalb hat es im Übrigen durchaus seine Berechtigung, wenn Filme, die über Wolfgang Sternstein dann später fürs Fernsehen gedreht wurden, mit den Titeln »Gandhis Enkel« (SDR 1991) und »Auf den Spuren Gandhis« (SWR 2004) versehen wurden.

Doch bevor es soweit war, musste sich erst noch Verschiedenes ereignen. Mitte der 1970er Jahre sollte im badischen Wyhl ein Atomkraftwerk gebaut werden. Ohne dessen Bau, so der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger, hätten in den 1980er Jahren die Lichter ausgehen sollen. Aufgrund eines breit gefächerten gewaltfreien Kampfes wurde das AKW in Wyhl nicht gebaut – die Lichter gingen trotzdem nicht aus. Wolfgang Sternstein sieht diese Auseinandersetzungen »um Wyhl« als persönlichen Wendepunkt an. Von nun an wurden ihm die Bürgerinitiativen, wurde ihm die gewaltfreie Aktion immer wichtiger. Spätestens ab diesem Zeitpunkt lebt er in einer »Zwitterexistenz als Friedensforscher und Friedensarbeiter, als Wissenschaftler und »Basispolitiker«, wie er es selber nennt.

Stichwortartig einige Stationen seines Engagements: Bürgerinitiativen, Alternativbewegung, Aktionen an verschiedenen Brennpunkten der Anti-AKW- und Friedensbewegung: Brokdorf, Großengstingen, EUCOM, Mutlangen, Pflugschar-Aktionen, Gefängnisaufenthalte. Die Aktionen des Zivilen Ungehorsams brachten Wolfgang Sternstein zwangsläufig und gewollt mit dem Gesetz in Konflikt, unter anderem mit dem Ergebnis von bisher acht Gefängnisaufenthalten.

Die Autobiografie macht deutlich, wie Wolfgang Sternstein versucht, seinen eigenen Einsichten gerecht zu werden. Dazu gehört der Verzicht auf das sonst für einen Akademiker übliche Einkommen und eine angemessene Karriere. Dass mit Friedensaktivitäten kein oder nur wenig Geld zu verdienen ist, ist leider eine alt bekannte Tatsache in unserer Republik. Deshalb, daran lässt Wolfgang Sternstein keinen Zweifel, gelingt das eigene Engagement nur in dieser Form, weil auch die Familie mitmacht. Insbesondere Gisela Sternstein, die als Kunstmalerin teilweise ganz für das Familieneinkommen gesorgt hat, zieht mit ihrem Mann an einem Strang.

Wer in einer derartigen Weise versucht, in seinem Leben von dem abzuweichen, was als »normal« gilt, findet sich gewiss oft in einer Minderheitenposition wieder. Der Autor klagt darüber wenig. Offensichtlich gilt für ihn das Motto: Wenn du dich konsequent gewaltfrei betätigen willst, weil du nicht anders kannst und weil das deiner analytischen Überzeugung entspricht, dann musst du dich damit anfreunden, dass dein Platz am Rande dieser Gesellschaft ist. Das ist der Normalzustand. Wolfgang Sternstein scheint sich ganz gut mit diesem randständigen Platz angefreundet zu haben, wenngleich es sicherlich nicht seinem Lebensziel entspricht, Minderheit sein zu wollen.

Am Ende seines Buches zieht Wolfgang Sternstein Bilanz. Er kommt zu einem zwiespältigen Ergebnis:

Die sozialen Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte hätten im Vergleich zu früheren Emanzipationsbewegungen – abgesehen von der Ausnahme der Arbeiterbewegung – erstaunlich viel erreicht. Die Anti-AKW-Bewegung habe den Bau des Atomkraftwerks Wyhl und den Betrieb des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich verhindert. Sie habe zumindest dazu beigetragen, dass der »Schnelle Brüter« bei Kalkar nicht ans Netz gegangen und das gigantische Projekt einer Wiederaufbereitungsanlage weder in Gorleben noch in Wackersdorf verwirklicht worden sei. Ohne die gewaltlose Friedensbewegung in den 1980er Jahren wäre der INF-Vertrag zur Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen wohl kaum zustande gekommen. Und ohne das mutige Eintreten der Bürgerrechtler in der DDR hätte das dortige Regime seine morbide Existenz vermutlich noch jahrelang aufrechterhalten.

Es wäre zu wünschen, dass zumindest die jeweils in den sozialen Bewegungen Beteiligten sich selber ihrer durch sie errungenen Erfolge bewusst würden. Dazu kann diese Autobiografie einen guten Beitrag leisten.

Ganz nüchtern und ohne Illusionen stellt Wolfgang Sternstein aber weiter fest, er sei insofern gescheitert, weil er keinen Weg zu dem Ziel sehe, dem er seine Lebensarbeit gewidmet habe: der radikalen Umkehr weg von der zivilen und militärischen Nutzung der Atomkraft.

Anstatt mit Gandhis Konzepten die Welt in einen Himmel auf Erden, einen Garten Eden oder ein Paradies zu verwandeln, wie der Autor schreibt, hätten wir die Hölle daraus gemacht. Das Potenzial an struktureller, personaler und sublimer Gewalt sei in den vergangenen Jahrhunderten so sehr angewachsen, dass das Ende nahe sei. Wir würden bereits in der Endzeit leben. Zwar sei – theoretisch – eine Umkehr noch möglich, praktisch aber eher ausgeschlossen, weil das Kräfteverhältnis zwischen denen, die den atomaren Holocaust herbeiführen, und denen, die dagegen ankämpfen, sich in der Größenordnung von einer Million zu eins bewegen würde. Und weil jene Kraft, welche die Welt dem Ende entgegentreibe, unsere Gier nach Macht, Geld, Reichtum und Privilegien sowie unsere Furcht vor Ohnmacht, Mangel, Armut und Erniedrigung sei.

Alles Schwarzmalerei oder unseriöse Prophezeiungen? Ich denke: nein. Es handelt sich um aus analytischer Arbeit gewonnene Überzeugungen. Es fehlt uns nur oft der Mut, solchen und vielen weiteren höchst unbequemen Tatsachen ins Auge zu blicken. Wir alle beherrschen wohl gut die Kunst der Verdrängung, des Vergessens und Verleugnens solcher Tatsachen, die das Ende der Menschheit nahe gebracht haben.

Warum aber engagiert sich dann einer weiter angesichts dieses illusionslosen Fazits? Wolfgang Sternstein hat eine tröstliche Antwort für sich selber und all jene Menschen bereit, die von einem absehbaren Ende her alle unsere Bemühungen um Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Schöpfungserhalt nicht als vergeblich ansehen (wollen). Für ihn »trägt jede Anstrengung auf diesen Gebieten ihren Sinn und ihren Lohn in sich selbst, unabhängig von Erfolg oder Scheitern.« Sein Glaubensbekenntnis lautet: »Nichts, was Gutes in der Welt geschieht, ist verloren, aber alles, was Böses in ihr geschieht, ist verloren. Mag das Böse auch täglich triumphieren, so handelt es sich doch um lauter Pyrrhussiege, da es unter dem Blickwinkel der Ewigkeit betrachtet nicht existiert.«

Wer das Geschehen von drei Jahrzehnten gewaltfreier Widerstandsgeschichte in der Bundesrepublik kennenlernen oder sich daran erinnern möchte – die Autobiografie von Wolfgang Sternstein bietet eine wahre Fundgrube. Gerade das Persönliche ist es, was so wichtig und herausfordernd

ist, weil dadurch Einblicke in die Hoffnungen und Wünsche, in die Enttäuschungen und Konflikte eines Menschen möglich werden, der sich im Laufe seines Lebens immer mehr zu einem gewaltfreien Aktivisten gewandelt hat. Für mich war die Lektüre höchst interessant, spannend, aufschlussreich, herausfordernd und ermutigend. Ich wünsche dem Buch viele Leserinnen und Leser. Vielleicht bewirkt es bei der einen oder dem anderen, sich ein wenig von diesem geschilderten Lebensweg anstecken zu lassen. Wir alle brauchen solche Vorbilder!

Wie schreibt Horst-Eberhard Richter in seinem Vorwort: »Dieses Buch ist ein großartiges Dokument, wie ein eher stiller, introvertierter Mensch einfach aus seinem Glauben an die Menschlichkeit und an die Verantwortlichkeit Einzelner für das Ganze zu einem Vorbild für viele werden könnte, die in einer Zeit der Duckmäusigkeit und des Verdrängens wieder das Standhafte lernen könnten und sollten.«

Da sich kein Verlag für die Veröffentlichung des Buches fand, musste es quasi im Selbstverlag bei »Books on demand« erscheinen. Erhältlich ist es sowohl über den Buchhandel als auch direkt beim Autor: Wolfgang Sternstein, Hauptmannsreute 45, 70192 Stuttgart, Telefon 0711-1204655, Fax 1204657, eMail sternstein@uwi-ev.de (28 Euro zzgl. Versandkosten).

Michael Schmid



Christian Herz: Kein Frieden mit der Wehrpflicht. Entstehungsgeschichte, Auswirkungen und Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. agenda-Verlag, Münster 2003, 527 Seiten, 29,80 Euro; ISBN 3-89688-165-5

»Die gesamte Wehrpflichtgeschichte stellt eine Geschichte kontinuierlicher Demagogie, Lügen, Intrigen und bewußter Täuschung dar.« So lautet das Fazit von Christian Herz' Untersuchung über die Geschichte der Zwangsrekrutierung.

Herz ist Totalverweigerer und war jahrelang das Aushängeschild der Berliner Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär. Seiner Passion ging er auch in seinem Studium nach, die vorliegende Untersuchung hat er 2001 als Dissertation an der Freien Universität in Berlin eingereicht. Herz hat für seine Doktorarbeit wesentlich länger gebraucht als manch anderer – schließlich musste/wollte er »hauptberuflich« seine antimilitaristische Arbeit machen. Die Erfahrungen, die er dabei mit der Wehrpflicht sammeln konnte, gingen in die Untersuchung ein, seine klare politische Positionierung verbindet Herz mit präziser Wissenschaftlichkeit und – nicht zu unterschätzen – einem lesbaren Schreibstil. Nur dem Aufbau des Buches ist leider allzu deutlich sein Charakter als Doktorarbeit anzu-

sehen. Ein Strukturierungsfetischismus, der sich nicht scheut, rund 250 Unterkapitel anzubieten und diese etwa »A.3.5.1.1« zu überschreiben, ist ein Ärgernis.

Der »Geschichte kontinuierlicher Demagogie« geht Herz beginnend mit der Französischen Revolution nach, wo er dem Mythos der Brüderlichkeit und Freiwilligkeit entgegentritt. Schwerpunkt der Untersuchung ist aber die Wehrpflicht in Deutschland, genauer: auf deutschem Boden. Unterteilt in Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittem Reich, BRD und DDR geht Herz den offiziellen Argumentationen nach, mit denen die Wehrpflicht jeweils begründet wurde, und beschreibt ihren militärischen Stellenwert. Dabei arbeitet er die unterschiedlichen Legenden heraus, die sich um die Wehrpflicht ranken: Vom »legitimen Kind der Demokratie«, ihrer angeblichen deeskalierenden Wirkung; der »Wehrgerechtigkeit« und ihrer volkswirtschaftlichen wie strategischen Bedeutung.

Von anderen Untersuchungen hebt sich Herz dabei nicht nur durch seine unorthodoxe kritische Sicht ab, sondern auch dadurch, dass er jeweils ein Kapitel über den »Widerstand gegen die Wehrpflicht« einflieht. Das hätte freilich manchmal auch etwas ausführlicher ausfallen können. Auch die 50 Seiten über die DDR erscheinen etwas knapp, andererseits bieten sie eine Fülle von Informationen – es wäre unbedingt zu begrüßen, wenn West-Friedensbewegte zumindest dieses Kapitel lesen und ihre Westzentriertheit etwas ablegen würden. Wer weiß heute schon noch, mit welcher Energie gerade in den Jahren 1988 bis 1990 in der DDR gegen die Wehrpflicht vorgegangen wurde? Dass die DDR-Friedensbewegung nicht koordiniert vorgegangen ist und die BRD-Friedensbewegung sich nicht genügend für die Kämpfe »drüben« interessiert hat, ist für Herz ein beträchtlicher Grund dafür, dass die Wehrpflicht die Wendewirren überstanden hat.

Vom erheblichen Umfang des Werkes sollte sich niemand abschrecken lassen – es lässt sich auch bequem als Nachschlagewerk für einzelne historische Zeiträume nutzen.

Frank Brendle



Handbibliothek Christlicher Friedenstheologie. Hrsg. von Thomas Nauerth, Berlin 2004; www.digitale-bibliothek.de; CD-ROM; 19,90 Euro

Anlässlich der Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001-2010) betont der Ökumenische Rat der Kirchen die Notwendigkeit, »theologisch darüber nachzudenken, wie Geist, Logik und Praxis der Gewalt überwunden werden können« (Eröffnungsbotschaft Februar 2001). Zugleich formuliert er das Anliegen einer gewaltkritischen Erinnerungskultur: Wohl wissend um die dunklen Seiten einer

alles andere als gewaltfreien Kirchengeschichte, soll sie die »Zeugen Gottes gegen die Mächte der Gewalt, der Zerstörung und des Krieges« vergegenwärtigen und die von ihnen eröffneten »Wege aus der tödlichen Spirale der Gewalt« neu ins Bewusstsein rufen (Zentralausschuss-Botschaft September 1999).

Wo immer friedentheologische Reflexion und Erinnerungsarbeit angesagt sind, leistet die in der Reihe »Digitale Bibliothek« erschienene Handbibliothek Christlicher Friedenstheologie einen wertvollen Beitrag. Ihr Herausgeber Thomas Nauerth hat das verdienstvolle Projekt verwirklicht, auf einer CD-ROM dreißig Arbeiten zusammenzustellen, die, obwohl viele von ihnen zu den Klassikern einer Theologie des Friedens gehören, im Buchhandel nicht mehr erhältlich sind. Angesichts der verbreiteten Neigung, den Einsatz militärischer Gewalt mit der dehnbaren Denkfigur der »ultima ratio« zu rechtfertigen, ist Nauerth in seiner Einschätzung zuzustimmen: »...es ist jetzt Zeit – hohe Zeit –, die hier versammelten Bücher neu zu lesen und so in die aktuelle friedensethische Diskussion friedentheologische Impulse einzubringen.«

Abgesehen von einigen Schriften, die dem pazifistischen linken Flügel der Reformation zuzurechnen sind (z.B. Hans Denck: Von der wahren Liebe, 1527), liegt der Schwerpunkt der auf der CD-ROM

Forum Pazifismus

Ja, ich möchte das Forum Pazifismus-Abo.
Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt beim Normalabo 20 € zzgl. 2 € für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30.11. schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Förderabo I (30 €) Förderabo II (40 €)
 Förderabo III* (50 €) Normalabo (20 €)

Ich möchte das ermäßigte Abo für DFG-VK-Mitglieder (18 €)
Meine Mitgliedsnummer lautet: _____

Ich möchte das ermäßigte Abo für BSV-Mitglieder (18 €)
Zu den genannten Abopreisen kommen jeweils 2 € für Porto und Verpackung hinzu.
*Das Förderabo III beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende.

(Organisation) _____
 Vorname _____
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum/Unterschrift _____

Ich bezahle bequem per Bankeinzug Konto _____
 Bank _____ BLZ _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei Forum Pazifismus, Postfach 150354, 70076 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

 Datum Unterschrift



gespeicherten Bücher auf Werken des 20. Jahrhunderts. Der thematische Bogen der Texte ist weit gespannt: Einen breiten Raum nimmt die Auslegung biblischer Texte im Spannungsfeld von Gewalt und Feindesliebe ein (z.B. bei Egon Spiegel: Gewaltverzicht, 1987, und George H.C. McGregor: Friede auf Erden, 1955). Zeugnisse christlicher Gewaltfreiheit in der Alten Kirche werden in Erinnerung gerufen (z.B. bei Thomas Gerhards, Hrsg.: Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung in der frühen Kirche, 1991). Ebenso werden neuere Stimmen christlicher Kriegskritik dokumentiert (z.B. Gerrit Jan Heering: Der Sündenfall des Christentums, 1930; Franziskus Maria Stratmann: Krieg und Christentum heute, 1950; Jean Lasserre: Der Krieg und das Evangelium, 1956). Weitere Beiträge gelten der Spiritualität der Gewaltfreiheit (so u.a. Hildegard Goss-Mayr: Der Mensch vor dem Unrecht, 1976; Bernhard Häring: Die Heilkraft der Gewaltfreiheit, 1986; Thomas Merton: Gewaltlosigkeit, 1986) und friedensethischen sowie -politischen Grundfragen (u.a. Kasper Mayr: Der andere Weg, o.J.; Daniel Berrigan: Zehn Gebote für den langen Marsch zum Frieden, 1983; Walter Wink: Angesichts des Feindes, 1988).

Einige subjektiv ausgewählte Zitate mögen einen Eindruck von der thematischen Vielfalt der Handbibliothek geben: Unverändert aktuell geblie-

ben ist eine Problemanzeige, die Hermann Hoffmann, Priester und Mitglied im Internationalen Versöhnungsbund, 1933 niedergeschrieben hat: »...viele in der Kirche reden so vorsichtig, so weltklug und weltgewandt, dass es wie Diplomatensprache klingt und nicht wie Christensprache und noch weniger wie Christussprache. Und viele in der Kirche reden gar nicht - weil es nicht opportun ist.« Demgegenüber ist den in der Handbibliothek versammelten Autoren gemeinsam, dass sie sich einer deutlichen Sprache bedienen. Jean Lasserre etwa formuliert 1956 einen drastischen Fragenkatalog für Soldaten im Kriegseinsatz: »Kann ich Christus die Ehre geben, indem ich das tue? Wird dieser Befehl, den man mir zu geben im Begriff ist, mich nicht von Jesus scheiden? Muss ich wirklich diese Geiseln erschießen, deren Unschuld mir bekannt ist? ein Feldbordell einrichten für mein Bataillon? diesen Gefangenen foltern, von dem meine Vorgesetzten wertvolle Auskünfte haben wollen? meine Bomben auf dieses Dorf fallen lassen, das voller Zivilisten ist?« - Bernhard Häring betont die Ganzheitlichkeit des christlichen Glaubens als Antwort auf die mangelnde Prägekraft christlicher Werte bei der politischen Friedensgestaltung: »Eine individualistische Verengung des Glaubensverständnisses und der Frömmigkeit hat das Christentum weithin seiner Dynamik für das Reich des Friedens beraubt.« ... »Christen sollten sich auszeichnen durch eine klare Sicht, wie der Friede mit Gott, der Herzensfriede, der Friede mit dem Nächsten, ein friedienstiftendes Verhalten in der Umwelt und der gewaltlose Friedensdienst zum Heil der Völker ein Ganzes bilden.« - Für Hildegard Goss-Mayr ist das Festhalten an der Gewaltfreiheit eine Frage der christlichen Identitätswahrung, denn: »Sich für Gegengewalt zu entscheiden, bedeutet auch, sich vom Angreifer die Kampfmittel diktieren zu lassen. Wer gewalttätige Mittel wählt, lässt sich von der Verachtung und dem fehlenden Respekt vor der menschlichen Person anstecken ... Der Gewalttätige zwingt uns seine Mittel und seine Art zu denken und zu sein auf und zerstört damit unsere tiefsten Überzeugungen und Ideale.« - Egon Spiegel kommt als Ergebnis seiner biblischen Textstudien zu der Konsequenz: »Gottvertrauen und Gewaltgebrauch schließen einander aus ... Gewaltanwendung ist atheistisch.«

Biographische Notizen zu den Autoren und bibliographische Hinweise erleichtern die Einordnung der jeweiligen Texte. Die Suchfunktion der CD-ROM ist hilfreich für die Ermittlung von Zitaten und die thematische Erschließung der Bücher. Insgesamt gibt die von Thomas Nauerth erstellte Textsammlung einen beeindruckenden Einblick in die Ökumene der gewaltfreien christlichen Minderheitentradition. Als Arbeitsmittel zur Vertiefung des christlichen Friedenszeugnisses ist ihr eine weite Verbreitung zu wünschen.

Friedhelm Schneider

40

Bitte mit
0,45 €
frankieren

POSTKARTE

An
Forum Pazifismus
Postfach 15 03 54
70076 Stuttgart

ABOKARTE